Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 101. **Bielefeld, Montag, 3. Mai 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Die innerpolitische Krise.

Die Entscheidung in der Finanzkommission ist am Sonnabend vormittag gefallen, aber die Finanzreform ist um keinen Schritt weiter, denn diese Entscheidung war keine Entscheidung. Ablehnung des konservativen Antrags mit Stimmengleichheit, Ablehnung der erweiterten Erbschaftssteuer mit Stimmengleichheit!

Würde die Abstimmung im Plenum sich im gleichen Stimmenverhältnis halten, dann wäre allerdings mit dem konservativen Antrage auch die Erbschaftssteuer — ein wesentlicher Bestandteil der Finanzreform — gefallen und ein weiteres unheilbares Loch in die schon stark durchlöcherte 500-Millionen-Vorlage gerissen. Indessen die Kommisionsabstimmung ist nicht ohne weiteres auf das Plenum übertragbar. Die drei Gruppen: Konservative, Zentrum und Polen verfügen — selbst wenn der letzte Mann zur Stelle wäre — noch nicht über die Mehrheit. Allerdings steht diese letzte Entscheidung auf des Messers Schneide, sie hängt an kaum einem halben Dutzend Stimmen, wenn nicht erheblichere Umfälle eintreten. Bei dem Zentrum sind solche Umfälle nicht zu erwarten, dort handelt es sich um taktische Maßnahmen, um eine willkommene Gelegenheit, Bülow in Verlegenheit zu setzen, ihn vielleicht stürzen zu helfen, und damit die Bahn freizumachen, die wieder zur Regierung führt. Im Zentrum dürfte also streng Disziplin gehalten werden.

Bei den Polen kämen als Abtrünnige auch nur einer oder der andere der speziell mit der Vertretung von Arbeiterinteressen kokettierenden Abgeordneten in Frage. Und dort, wo es bisher am stärksten rumorte, in den konservativen Reihen, ist neuerdings erst wieder eine, unter gewöhnlichen Umständen sehr bedeutungsvolle Erklärung gegen die Erbschaftssteuer abgegeben worden. Der 50er Ausschuß, der große Vertretungskörper der konservativen Partei, hat am Freitag, 30. April, mit großer Mehrheit folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der weitere Ausschuß der konservativen Partei steht hinsichtlich der Reichsfinanzreform auf dem Boden der Beschlüsse des Ausschusses vom 22. d. M.

2. Er spricht der konservativen Fraktion des Reichstages, vor allem ihrem bewährten Führer Herrn v. Normann, für die korrekte und entschlossene Vertretung des konservativen Standpunktes in der Frage der Reichsfinanzreform den Dank und die Anerkennung der Gesamtpartei aus.

Der erwähnte Beschluß des engeren Ausschusses lautete:

Der Ausschuß der konservativen Partei beschließt für die Gesamtpartei: die konservative Reichstagsfraktion aufzufordern, so, wie bisher, mit aller Entschiedenheit auf ein Zustandekommen der Reichsfinanzreform hinzuwirken, dabei jedoch an Stelle und zum vollen Ersatz einer Ausdehnung der Nachlaß- und Erbanfallsteuer auf Kinder und Ehegatten, wogegen von der konservativen Delegiertenversammlung schon am 11. Dezember 1907 einmütig Stellung genommen worden ist, eine Reichswertzuwachssteuer in Verbindung mit anderen geeigneten Besitzsteuern vorzuschlagen. Was die indirekten Steuern anlangt, so wird empfohlen, den Vorschlägen der Regierung, insbesondere in bezug auf Bier, Tabak und Branntwein im wesentlichen beizutreten.

Es wird nun allerdings von den „Dresdener Nachrichten" gemeldet, daß in der Sitzung des 50er Ausschusses sämtliche sächsischen Mitglieder dieses Ausschusses gegen die Wertzuwachssteuer gestimmt haben. Aber ob sich nunmehr auch die beiden sächsischen konservativen Abgeordneten von der Fraktion trennen, steht doch noch sehr in Frage.

Der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung" wird allerdings von geschätzter Seite erneut mitgeteilt, daß innerhalb der konservativen Partei etwa 18 Abgeordnete auf dem Boden der Erbanfallsteuer stehen, und das Blatt gibt der Regierung den Rat, fest zu bleiben, indessen liegen keinerlei Anzeichen vor, daß bei der entscheidenden Abstimmung sich dio konservative Fraktion spaltet.

Wir möchten vorerst nur mit recht bescheidenen Absplitterungen beim konservativ-klerikalen Block rechnen, die wettgemacht werden dürften durch erbschaftssteuerfeindliche Drückeberger bei Antisemiten und Nationalliberalen. Wohin die Entscheidung schließlich fällt, kann von lächerlich unbedeutenden Zufällen abhängen.

Der Ernst der Lage wird in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" entsprechend gewürdigt. Das Blatt schreibt über den Ausgang der Finanzkommissionsberatungen:

> Die Beratung und Beschlußfassung hat also nur das eine Resultat gezeitigt, daß es unmöglich ist, an Stelle der Erbschaftsbesteuerung auf Kinder und Ehegatten einen entsprechenden Ersatz zu schaffen .... Damit ist zugleich die absolute Notwendigkeit gegeben, diese Steuer selbst festzuhalten und sie aller Schwierigkeiten und Widerstände ungeachtet zur Annahme zu bringen. Namens der verbündeten Regierungen hat der Reichsschatzsekretär in der Kommissionssitzung vom Donnerstag erklärt, daß ohne eine derartige Erweiterung der Erbschaftssteuer auf Deszendenten und Ehegatten die Reichsfinanzreform nicht gemacht werden würde und nicht gemacht werden könne. Durch diese Erklärung ist die feste Grundlage gegeben, mit der alle politischen Parteien für die nächste Zeit zu rechnen haben werden.
>
> Die Lage ist bitter ernst. Die Finanzreform, die eine vom deutschen Volke mit größter Entschiedenheit geforderte unaufschiebbare Notwendigkeit bedeutet, ist trotz immer wiederholter Anläufe und Versuche während der letzten sechs Monate im Parlament nicht weiter gekommen. Im ganzen genommen sind wir nicht wesentlich weiter als Anfang November. Die Reform muß jetzt erledigt werden. Das Volk verlangt es vom Reichstag. Das Ausland blickt mit Spannung auf uns. Die alsbaldige Erledigung ist zur nationalen Ehrensache geworden. Entzieht sich die Mehrheit des Reichstages dieser Aufgabe, so sind die Folgen unberechenbar.

Diese offiziöse Kundgebung vermeidet vorerst noch, auch nur anzudeuten, worin diese „unberechenbaren Folgen" bestehen können. Dagegen wird in der Presse fast aller politischen Parteien mehr als je mit der Auflösung des Reichstags gerechnet.

Die Freisinnige Volkspartei erläßt bereits einen kleinen Wahlaufruf, und das gleiche tut die konservative Partei, die in der letzten Nummer der „Konservativen Korrespondenz" im Einverständnis mit dem 50er Ausschuß der Partei einen Aufruf an die Konservativen im Lande veröffentlicht. Im ersten Teile schildert der Aufruf nochmals die Stellung der Konservativen zur Finanzreform; im zweiten Teile wendet er sich einem Wahlaufruf gleich im Hinblick auf den Ernst der Lage an die Parteifreunde im Lande, die er zur Geschlossenheit und zum Festhalten an der Partei ermahnt.

Den Konservativen soll Bülow ja gesagt haben, daß er nur eine Finanzreform vom Block will, ein Verlangen, dem gegenwärtig jeder reale Boden fehlt. Der „Börsencourier" erzählt:

> Reichskanzler Fürst Bülow hat den Führern der Konservativen gegenüber zu unzweideutigem Ausdruck gebracht, daß er eine Finanz- und Steuerreform aus den Händen des Zentrums und der Polen nicht entgegen nehmen werde. Aus der Haltung der Konservativen werde er die Konsequenzen ziehen. Ob diese Konsequenzen in dem Rücktritt des Reichskanzlers oder in der Auflösung des Reichstags bestehen werden, ist noch nicht bestimmt.

Wenn diese Nachricht richtig ist, dann ist der konservative Wahlaufruf um so verständlicher.

Für das deutsche Volk wäre es nur zu begrüßen, wenn ihm Gelegenheit gegeben sein sollte, sein Urteil über die 500 Millionen neuer Steuern abzugeben

* * *

Die Wertzuwachssteuer vor der Steuerkommission. Die Sitzung vom Donnerstag war außerordentlich stark besucht. Namentlich war vom Bundesrat eine sehr große Anzahl Vertreter anwesend. Wir nennen davon: Staatssekretär Sydow, Finanzminister v. Rheinbaben, Reichsbankpräsident Havenstein und eine große Anzahl Vertreter der Einzelstaaten. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. v. Gamp (Freikons.), daß in der Presse die Stellung seiner Partei falsch dargestellt sei. Sie stehe der Wertzuwachssteuer prinzipiell freundlich gegenüber, halte aber an der Erbschaftssteuer fest. Auf keinen Fall könne die Wertzuwachssteuer als Ersatz für die Erbanfallsteuer akzeptiert werden. Ein freisinniger Antrag verlangt die Erbanfallsteuer und eine Reichsvermögenssteuer.

Für die Konservativen erklärt Abg. v. Richthofen, daß die Meinungen jedenfalls so geklärt seien, daß Reden nur noch für die Oeffentlichkeit bestimmt seien, die Konservativen sind bei der Einbringung dieses Antrages nur konsequent geblieben. Die Agitation des Bundes der Landwirte habe sie in keiner Weise beeinflußt. Die Konservativen seien nicht geizig, sie wollen dem Staate geben, was er braucht; aber sie können auf keinen Fall dafür eintreten, daß die Hinterlassenschaft besteuert wird.

Abg. Wiemer (Fr. Vp.) hält den Antrag der Konservativen für absolut unannehmbar. Verbesserungen an dem Antrage vorzunehmen, habe gar keinen Sinn. Die Zuwachssteuer gehöre in erster Linie den Gemeinden, absolut aber unmöglich sei eine Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere. Die Regierung möge schleunigst den Entwurf einer Erbanfallsteuer in Verbindung mit einer Reichsvermögenssteuer einbringen.

Abg. Dr. Roesicke versucht dann, den Antrag der Konservativen näher zu begründen. Er will nur den müheloſen Gewinn getroffen wissen; eine Erbschaft sei aber kein müheloser Gewinn, denn Frauen und Kinder müssen in der Regel mitarbeiten und haben deshalb den Gewinn mitverdient. Aus einem großen Zahlenmaterial, das auf seine Richtigkeit nicht nachgeprüft werden kann, weist er nach, daß die Städte in der Hauptsache von der Wertzuwachssteuer betroffen werden müssen. Die Landwirtschaft bedürfe einer ganz besonderen Berücksichtigung. Die Rede des Abg. Dr. Roesicke dauerte genau 1½ Stunden. Nach ihm ergriff Staatssekretär Sydow das Wort, der es ablehnt, auf die vorgebrachten Gründe einzugehen und sich nur auf die Wertzuwachssteuer beschränkte, Wenn auch nicht zu verkennen sei, daß viel für die Belastung der Immobilien spreche, so haben doch auf eine solche Steuer zunächst die Gemeinden den ersten Anspruch. Wenn es auch richtig ist, daß das Reich an der Wertsteigerung ebenfalls Anteil hat, so stehen der einheitlichen Regelung doch sehr große Schwierigkeiten im Wege. Die Materie ist außerordentlich kompliziert, so daß einheitliche Höhe der Steuersätze unmöglich ist. Wenn die Steuer für das Reich gemacht wird, dann muß ein ganz erheblicher Betrag den Einzelstaaten überwiesen werden. Die Regierung werde versuchen, einen Entwurf für die Wertzuwachssteuer für Immobilien auszuarbeiten, wenn auch nicht zu vergessen sei, daß ein Teil der Bundesregierungen sich gegen diese Steuer erklärt habe. Für eine Berechnung des Ergebnisses der Steuer fehlt es an jeder geeigneten Unterlage. Frankfurt a. M. habe aus seiner Wertzuwachssteuer in einem Jahre eine Million eingenommen, im zweiten Jahre 448 000 Mk. und im dritten Jahre infolge der gesunkenen Konjunktur gar nichts. Man kann demnach auf sichere Einnahmen aus einer solchen Steuer überhaupt nicht rechnen. Zudem kann die Wertsteigerung der landwirtschaftlichen Güter, die dem Zolltarif zu danken ist, steuerlich überhaupt nicht mehr gefaßt werden. Der Ertrag sei auch höchstens auf 20 bis 30 Millionen Mark zu veranschlagen, deshalb sei diese Steuer als ein Ersatz für die Erbanfallsteuer ganz undenkbar.

Der preußische Finanzminister v. Rheinbaben trägt eine Statistik vor, aus der sich ergibt, daß die Wertzuwachssteuer in den preußischen Städten sich zwischen 3 und 25 Prozent bewegt. Der Gedanke der Wertzuwachssteuer ist zweifellos sympathisch. Es hängt aber sehr viel von den Verhältnissen der einzelnen Gemeinden ab. Die Schätzungen der Konservativen sind auf alle Fälle zu hoch. Die Wertzuwachssteuer soll den Gemeinden einen Ausgleich für den Wegfall des Oktrois geben. Die Grundstücke steigen mit dem Sinken des Geldes, sodaß nicht jeder Wertzuwachs einen Gewinn für den Besitzer bedeutet. Das Reich braucht sichere Einnahmequellen, umsomehr, als die Ausgaben höchstens nach unten hin schwanken. Von einer Reichsvermögenssteuer könne aber gar keine Rede sein.

Reichsbankpräsident Havenstein wendet sich gegen die Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere, die für den Verkehr eine unerträgliche Belastung, für die Volkswirtschaft eine Schädigung und für die Regierung eine undurchführbare Maßnahme sei. Der Gewinn aus Wertpapieren beruht auf kaufmännischer Tüchtigkeit, das Einkommen ist aber bereits durch die Einkommensteuer erfaßt, so daß die Umsatzsteuer auf Wertpapiere eine Doppelsteuer des Vermögens und des Einkommens darstellen würde.

Staatssekretär Sydow zieht aus den Auslassungen seines Vorredners die Konsequenzen, daß es möglich ist, eine Zuwachssteuer auf Immobilien einzuführen. Einen Ersatz für die Erbanfallsteuer könne diese Steuer aber nicht bilden. Eine Reichsvermögenssteuer sei abzulehnen, ebenso eine Umsatzsteuer für Wertpapiere. Der Staatssekretär gibt dann folgende Erklärung im Namen der Verbündeten Regierungen ab:

„Es bestehe Einigkeit im Reichstage darüber, daß von dem Besitz 100 Millionen Steuern geleistet werden sollen. Die Erbanfallsteuer genüge nicht. Die Lücke zu füllen, kann die Wertzuwachssteuer geeignet sein. Die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Gatten und Kinder sei eine unerläßliche Voraussetzung für die Finanzreform. Ohne diese Steuer kann und wird die Finanzreform auf keinen Fall zustande kommen."

Fürst Hatzfeldt erklärt namens der freikonservativen Partei, daß die Belastung des Grundbesitzes nicht von der Hand zu weisen sei. Seine Partei sei mit der Erbanfallsteuer einverstanden und wünsche nur, daß die gegebenen Verhältnisse berücksichtigt werden.

Abg. Weber wendet sich gegen die Haltung der Konservativen, die sich von direkten Steuern drücken wollen. Die Konservativen, die heute eine Wertzuwachssteuer verlangen, haben diese Steuer bisher immer bekämpft. Der Bund der Landwirte hat schon vor zwei Jahren die Wertzuwachssteuer als „sozialistisch" bezeichnet. Die Nationalliberalen halten an der Erbanfallsteuer fest und wünschen außerdem eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien.

Gegen 2 Uhr wurde die Sitzung auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt.

*

In der Fortsetzung der Beratung des konservativen Antrages am Freitag erhält Abg. Dr. Südekum das Wort, der darauf hinweist, daß sich die Kommission eigentlich in einer zweiten Lesung der Vorlage befindet, denn eine erste Lesung habe bereits am Dienstag unter Ausschluß der Sozialdemokraten stattgefunden. Es sei ganz gegen alle parlamentarischen Regeln und vom Schatzsekretär sehr unvorsichtig gewesen, ein derartiges Manöver zu machen. Wir verwahren uns dagegen, daß innerhalb des Parlaments noch ein zweites Parlament unter Ausschluß irgend einer Partei gebildet wird. — Schatzsekretär Sydow unterbrach den Redner und erklärte, daß er nur eine Vorbesprechung mit den Antragstellern gewünscht, es den Antragstellern allerdings freigestellt habe, Mitglieder anderer Parteien hinzuzuziehen. — Südekum wies darauf hin, daß sich der Schatzsekretär, ehe er an einer solchen Zusammenkunft teilnahm, von ihrer Zusammensetzung hätte überzeugen müssen. In den Ausführungen des Abg. Dr. Roesicke sei vor allen Dingen der Teil sehr sympathisch gewesen, der die Besteuerung des unverdienten Vermögenszuwachses will. Jedenfalls habe er damit sagen wollen, daß es unhaltbar sei, daß Menschen ihre Existenz auf bloßen Kapitalbesitz gründen wollen und dann andere für sich arbeiten lassen. Die Form, in der die Wertzuwachssteuer von den Konservativen verlangt wird, trifft aber durchaus nicht allen Wertzuwachs, der erzielt werden kann. Die Besteuerung von Grund und Boden wird aber eine beschränkte sein müssen, weil es sich um einen Monopolwert handelt. Die Steuer wird um deswillen nicht viel liefern können, weil nach dem Antrage Roesicke der landwirtschaftliche Besitz so gut wie steuerfrei bleiben soll. Es wäre besser gewesen, wenn man seinerzeit mit dem Zollgesetz auch gleich eine Wertzuwachssteuer für das Reich eingeführt hätte, dann hätte man den Wertzuwachs der ländlichen Grundstücke ohne weiteres erfassen können. Auf keinen Fall aber kann eine solche Steuer als Ersatz für die Erbanfallsteuer dienen. Wir wollen die Erbschaftssteuer und außerdem eine quotisierbare Reichsvermögenssteuer, die nach Bedarf einfach in die Höhe geschraubt werden kann. Redner verlangt dann, daß die Kommission zunächst die Erbschaftssteuervorlage zum Abschluß bringen soll. Abg. Müller-Meiningen (Fr. Vp.) bringt ein reiches Zahlenmaterial dafür bei, daß die Wertzuwachssteuer das nicht einbringe, was man von ihr erwarte. Die kategorische Erklärung des Schatzsekretärs Sydow vom Donnerstag habe klärend gewirkt. Es sei zu bedauern, daß der Entwurf einer Erbanfallsteuer noch nicht vorgelegt sei. Das Zentrum, das im Reiche die Wertzuwachssteuer wolle, habe sie für Bayern abgelehnt. Die Freisinnigen hoffen, daß die Regierung selbst noch auf eine Reichsvermögenssteuer kommen wird. — Abg. Raab (Antis.) tritt für die Reichswertzuwachssteuer ein und wendet sich gegen den konservativen Antrag, soweit dieser eine Erbschaftssteuer beseitigen will. — Schatzsekretär Sydow legt noch einmal den Standpunkt der verbündeten Regierungen zu den einzelnen Anträgen dar. — Abg. Spahn (Ztr.) führt aus: Die Regierung hätte, anstatt sich von vornherein festzulegen, doch noch nach anderen Wegen suchen müssen. Die Bedenken gegen die Wertzuwachssteuer sind durchaus nicht stichhaltig. Man muß diese Steuer eben für das ganze Reich einführen und nicht nur für einzelne Städte. Daß das Zentrum seine Stellung geändert habe, ist nicht richtig; wir sind eine vermögende Nation geworden, und dieser Gewinn muß besteuert werden. Das Zentrum will keine direkte Vermögenssteuer; jede indirekte Steuer schafft für die Beteiligten Unbequemlichkeiten, das müssen auch die Inhaber von Wertpapieren mit in Kauf nehmen. Der Regierung kann es schließlich gleich sein, woher sie das Geld bekommt, die Hauptsache ist die, daß der gebrauchte Betrag gezahlt wird. Das Zentrum besteht darauf, daß die Erbschaftssteuer durch eine Wertzuwachssteuer ersetzt wird. — Schatzsekretär Sydow erklärt noch einmal, daß die Regierung an der Erbschaftssteuer auf alle Fälle festhalte. Sie trifft das Vermögen, die Wertzuwachssteuer dagegen belaste das Geschäft. — Abg. Mommsen (Fr. Vp.) erklärt, eine Reform ohne Erbschaftssteuer sei ganz undenkbar. Das ist auch der Standpunkt der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Der Widerstand gegen die Reform liegt einzig bei den Konservativen; ihr Antrag steht im Widerspruch zum Besitzsteuerkompromiß, dem auch die Konservativen zugestimmt haben. Gerade die reichsten Leute, die nicht gezwungen sind, ihre Papiere zu verkaufen, würden durch eine Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere nicht getroffen werden.

In der Sitzung am Freitag nachmittag leistete sich zunächst der konservative Graf Westarp eine 1½stündige Obstruktions-

ehr, die eine verschlechterte Wiedergabe der Rede des Abgeordneten Roesicke war. — Müller-Fulda (Ztr.) tritt mit Wärme für den konservativen Antrag ein und empfiehlt dem Schatzsekretär dringend, sich mit den konservativen Wünschen zu befreunden. — Schatzsekretär Sydow lehnt dies ab mit dem Bemerken, daß an der Erbschaftssteuer unter allen Umständen festgehalten werde. — An der weiteren Debatte beteiligen sich noch Reichsbankpräsident Havenstein und Abg. Wiemer (Frs.).

Um 6 Uhr mußte die Debatte abgebrochen werden. Sie wurde am 1. Mai früh 9 Uhr wieder aufgenommen. Die Kampfeslust hatte sich gelegt, die Debatte war nur noch eine Nachlese aus den vorausgegangenen Tagen. Abg. Herold (Ztr.) verspricht sich einen hohen Ertrag aus der Wertzuwachssteuer. Mit bitterem Hohn behandelt er die Deputationen, die zu Bülow bestellt worden waren. Das sei eine Demonstration, die sich von den sozialdemokratischen Massendemonstrationen nur dadurch unterschied, daß sie in einem Palais stattfand. — Abg. Frhr. v. Richthofen konstatierte, daß das Besitzsteuerkompromiß als erledigt angesehen werden müsse, weil der Freisinn die Voraussetzungen nicht gehalten habe. — Ein polnischer Abgeordneter erklärte sich für den konservativen Antrag. — Von nationalliberaler Seite wird betont, daß auch ein Umsatzstempel auf Wertpapiere bedenkliche Folgen haben müsse. — Abg. Wiemer (Frs.) macht den Konservativen den Vorwurf, daß sie die Schuld an der Verschleppung der Finanzreform tragen, während sich Abg. Müller-Fulda den Witz leistet, als „Unbeteiligter" den Konservativen zu bestätigen, daß sie stets konsequent gehandelt haben. — Finanzminister v. Rheinbaben versichert, daß er keineswegs prinzipieller Gegner der Wertzuwachssteuer sei. — Abg. Dr. Roesicke leistet sich — unter allgemeiner Unruhe — wieder eine lange Rede, in der er allen Ernstes die Behauptung aufstellt, daß es in Deutschland siebzig Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern gibt!

Die weitere Debatte bot keinerlei Interesse mehr, meist handelte es sich nur um die „Aufklärung" von „Mißverständnissen". Bei der Abstimmung wird der Antrag der Konservativen mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Danach lagen noch Anträge von der Wirtschaftlichen Vereinigung, den Freisinnigen und den Nationalliberalen vor, von denen zunächst in getrennter Abstimmung der Antrag Raab angenommen wurde: erstens ohne Verzug eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die eine Besteuerung des Wertzuwachses von Grundstücken vorsieht; zweitens in Erwägungen darüber einzutreten, wie zum Ausgleich der den Grundbesitz belastenden Wertzuwachssteuer eine entsprechende Besteuerung des Zuwachses an beweglichem Kapitalvermögen erfolgen könne. Der erste Teil des Antrages wurde einstimmig, der zweite gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen. **Abgelehnt wurden zum Schluß die Anträge der Freisinnigen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Besteuerung der Erbanfälle an Deszendenten und Ehegatten vorsieht, und zweitens einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, durch den eine progressive Besteuerung des Vermögens in zweckentsprechender Verbindung mit der zur Kontrolle der Veranlagung heranzuziehenden Erbschaftsbesteuerung durchgeführt wird, sowie ein Antrag der Nationalliberalen, auf Erweiterung des bestehenden Erbschaftssteuergesetzes, und Vorlage eines Gesetzes zur Besteuerung des Wertzuwachses von Grundstücken, soweit nämlich durch den Ausbau der Erbschaftsbesteuerung nicht mindestens ein Betrag von 100 Millionen Mk. aufgebracht wird.**

Freisinnige und Nationalliberale erklären, zwar mitarbeiten zu wollen, ihre endgiltige Stellungnahme aber von den Beschlüssen ihrer Fraktionen abhängig machen zu müssen.

*

Ausfall der Plenarsitzungen des Reichstages?

Die Finanzkommission des Reichstags will angeblich am Dienstag an den Seniorenkonvent mit dem Ersuchen herantreten, ihr den ganzen Rest der Woche für ihre Verhandlungen freizugeben, so daß alsdann bis auf weiteres die Plenarsitzungen auszufallen haben würden.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Zentralverband deutscher Industrieller und die Finanzreform. Der Zentralverband deutscher Industrieller hielt am Mittwoch in Berlin eine Delegiertenversammlung ab, um sich mit der Finanzreform zu beschäftigen. Ein einstimmig gefaßter Beschluß geht dahin, daß die Finanzreform als dringend notwendig anerkannt wird. Der Zentralverband hält es für unerläßlich, daß ein Teil des Bedarfs aufgebracht wird durch indirekte Steuern und zwar in der Art, daß die Last nicht von den Herstellern, sondern von den Verbrauchern getragen wird. Der andere Teil soll vom Besitz aufgebracht werden, ohne aber die den einzelnen Bundesstaaten unentbehrlichen Steuerquellen anzugreifen. Der Zentralverband verspricht, die Regierung nach besten Kräften zu unterstützen.

Bedauerlich ist nur, daß der Zentralverband nicht auch versprochen hat, dafür einzutreten, daß die Löhne der Arbeiter so erhöht werden, daß sie die verteuerten Genußmittel auch bezahlen können.

Aus dem Reichstag.

In den Entwurf des Branntweinsteuergesetzes ist ein § 107 hineingekommen, der besagt, daß Essig-Essenz, die aus dem Holzessig gewonnen wird, zu Speisezwecken nicht mehr verwendet werden darf. Die Gärungsessigfabrikanten erblicken in der Essig-Essenz-Industrie eine erhebliche Konkurrenz. Für die Beseitigung dieser Industrie führte man dann ins Feld, daß an dem Genuß von Essig-Essenz bereits Menschen gestorben seien. Das ist richtig, hat aber aufgehört, seitdem der Bundesrat entsprechende Vorschriften für den Verkehr mit Essig-Essenz erlassen hat. Der Wunsch der Konservativen und der Gärungsessigfabrikanten geht dahin, die Verwendung der Essenz zu Speisezwecken zu verbieten und die Essenzfabrikanten entsprechend zu entschädigen. Die Gärungsessigfabrikanten haben sogar bereits erklärt, die Kosten der Entschädigung aufzubringen.

Gegen diese Bestrebungen wandten sich nicht nur die Vertreter der Einzelstaaten, sondern auch Sozialdemokraten, Zentrum und Freisinnige. Wenn die Verwendung von Essenz verboten wird, dann ist ein Kartell der von jeder Konkurrenz befreiten Gärungsessigfabrikanten, die darin von der Spiritus-Zentrale unterstützt werden, nur noch eine Frage der Zeit. Das bedeutet eine Verteuerung des Essigs.

Abg. Südekum wandte sich besonders gegen den Vorschlag, die Essig-Essenz-Industrie mit einer Sondersteuer zu belegen, sie müßte in der Folge zu einer Essigsteuer führen. Die ganz unhaltbare Position wurde von den Konservativen gleichwohl verteidigt und bei dieser Gelegenheit entschlüpfte dem konservativen Abg. Dietrich das Geständnis, daß die Konservativen noch immer auf das Branntweinmonopol rechnen.

§ 107 wurde schließlich abgelehnt.

Im Anschluß daran wurden zwei Resolutionen angenommen, deren eine vom Zentrum, die andere von den Konservativen eingebracht war, und die darauf hinzielen, mit den Essig-Essenzfabrikanten ein privates Uebereinkommen betr. Belastung der Essenz mit einer Steuer zu treffen. —

Die Vergütung für vollständig vergällten Spiritus wurde auf 18 Mk., für ausgeführten Spiritus auf 9 Mk. festgesetzt. Ausgeführter Spiritus bleibt von der Betriebsabgabe befreit. Damit bekommt das Ausland den Spiritus billiger als wie die deutschen Verbraucher.

* * *

Budgetkommission und Wohnungsgeld. Die Budgetkommission des Reichstags erledigte heute das Besoldungsgesetz. Nach einer kurzen Debatte, in der beschlossen wurde, daß Inhaber von Dienstwohnungen und Wohnungen in fiskalischen Gebäuden Wohnungsgeld selbstverständlich nicht gewährt wird, daß aber der Wohnungsgeldzuschuß bei Bemessung der Pension in Anrechnung kommt, beschließt die Kommission mit knapper Mehrheit, daß das Besoldungsgesetz, das nach der Regierungsvorlage am 1. April 1908 in Kraft treten sollte, schon am 1. April 1907 mit rückwirkender Kraft eingeführt wird.

Aus dem Landtag.

Die zweite Lesung der Berggesetznovelle begann in der Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses am Dienstag abend. Das Zentrum hatte einige der abgelehnten Anträge wieder eingebracht, und die in erster Lesung zurückgezogenen nationalliberalen Anträge sind in „verbesserter" Auflage wieder erschienen.

Zunächst wurde die Verantwortlichkeit der Grubenherren beraten. Die Freikonservativen wollten die Verantwortung der Bergherren wesentlich einschränken, damit sie nicht die Lust und Freude an ihrer Tätigkeit verlieren. So sollten sie nur für die ihnen am nächsten unterstehenden höheren Beamten verantwortlich sein und auch nur, soweit bei ihnen die Verantwortlichkeit überhaupt möglich ist. Dann sollten sie auch noch das Recht erhalten, die Verantwortlichkeit zu „teilen". Die Kommission beschloß zwar, die Beschlüsse der ersten Lesung aufrecht zu erhalten, schränkte aber doch die Verantwortlichkeit durch teilweise Annahme des freikonservativen Antrages auf die „nach den Verhältnissen mögliche" ein.

Eine Verbesserung brachte auch die 2. Lesung bezüglich der Nichterteilung oder Entziehung der Qualifikation der Aufsichtsbeamten. An Stelle der Beschwerde soll das Verwaltungsstreitverfahren beim Bergausschuß treten, der endgiltig entscheidet.

Dann kam die Beratung der Sicherheitsmänner an die Reihe. Die sozialdemokratischen Anträge sind nicht wieder eingebracht.

Das Zentrum beantragte zu § 80f Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit der Abänderung, daß auf allen Bergwerken, auf denen 20 statt 100 Arbeiter beschäftigt sind, Sicherheitsmänner vorhanden sein müssen. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Dabei kam auch das Geheimprotokoll der Bergherren zur Verhandlung. Die Nationalliberalen behaupteten, es sei durch Diebstahl in die Hände der Arbeiter gekommen, eine Behauptung, die von dem sozialdemokratischen Vertreter auf das Schärfste zurückgewiesen wurde. Das Zentrum ließ durch ein Bergarbeitermitglied erklären, daß die Beschlüsse der ersten Lesung praktisch wertlos und für die christlichen Arbeiter unannehmbar seien. Darauf wurde das Zentrum von allen Seiten beschworen, sich zu besinnen, und es wurde hervorgehoben, daß der Entwurf doch viele Verbesserungen bringe. Der Zentrumsantrag wurde abgelehnt.

Dagegen beschloß die Kommission, die Einrichtung der Sicherheitsmänner auch auf Erzbergwerke auszudehnen. In der ersten Lesung wurde ausdrücklich beschlossen, die Erzbergwerke auszuschließen.

Von der Sparsamkeit.

Ein höherer Seeoffizier macht in der vom Reichstagsabgeordneten Dr. Leonhart herausgegebenen Zeitschrift „Fortschritt" nachstehende Glossen über den Marine-Etat, bei dem, wie behauptet, mancherlei gespart werden könnte. Insbesondere spricht er über die große Höhe der Tafelgelder. „Bis vor zwei Jahren", so erzählt er, „erhielt der Chef einer Flotte in den Reichskriegshäfen 30 Mk., in den heimischen Gewässern 36 und im Auslande 60 Mk. täglich an Tafelgeldern. Die Kommandanten der größeren Schiffe 10, 12 und 18 Mk., je nach der Größe, die der kleineren 7,50, 9 und 13,50 Mk. usw., die Offiziere 3,20, 3,50 und 5,00 Mk. Außerdem ist bekannt, daß jede Messe noch ein Pauschquantum für Geschirr, Bedienung usw. bezieht, das 8 Mk. pro Tag beträgt. Nun stellte es sich heraus, daß diese Tafelgelder nicht mehr zureichten. Sie wurden sämtlich mit Zustimmung des Reichstags um 1 Mk. erhöht. Die Frage ist die: war dies unbedingt nötig? Jeder einigermaßen wirtschaftlich veranlagte Seeoffizier wird dies nur sehr beschränkt zugeben. Denn jede ökonomisch geleitete Messe mußte nicht unerhebliche Ersparnisse machen, die in die Privattaschen der Herren liefen. Greifen wir einen Fall heraus. Die Messeeinkünfte eines Kreuzerkommandanten in Ostasien beliefen sich seinerzeit auf 18 Mk. plus 8 Mk., täglich 26 Mk., im Monat rund 780 Mk. Fast allgemein begibt man sich in Ostasien für 2 Dollars — 4 Mk. — täglich beim Chinesenkoch in Verpflegung. Dies macht im Monat 120 Mk. Auch wenn man sich selbst verpflegt, bezahlt man sicher nicht viel mehr. Wir können dies durch detaillierte Rechnungslegung beweisen. Für kleinere Ausgaben, wie Stewards, Zulagen usw. sind 20 Mk. hoch angesetzt. Die gesamte Ausgabe für die Verpflegung beläuft sich also für den Kommandanten auf 140 Mk. monatlich. Rechnen wir für besondere Einrichtungsgegenstände noch 40 Mk. monatlich, so bleiben noch immer 600 Mark monatlich übrig .... Dafür läßt sich viel für Repräsentation leisten. In heimatlichen Gewässern genügt alle paar Monat ein einfaches Essen für die Schiffsoffiziere und ihre eventuellen Damen. Auch wenn ich den Wein in Rechnung stelle, so brauche ich hoffentlich nicht mehr als 30 bis 50 Mk. noch abzuziehen. Man sagt nicht zuviel, wenn man annimmt, daß früher die Kommandanten in Ostasien zum Beispiel bequem 400 Mark monatlich auf die Sparkasse legen konnten. Und daß es noch jetzt geschieht, wird niemand leugnen. Daß für Admiräle diese Beträge sich erheblich höher stellen, ist selbstverständlich." Der diese Zeilen schreibende Seeoffizier erblickt in der großen „Fachkenntnis" und „rhetorischen Geschicklichkeit" der Herren vom Reichsmarineamt den Grund, warum es dem Reichstage nicht gelingt, hier und an anderen Punkten größere Abstriche zu machen. Er wünscht dem Reichstage dieserhalb die nötige Sachkenntnis und Schlagfertigkeit.

Konservative und Mittelständler.

Seit der jüngsten Kundgebung der Mittelständler am dritten Ostertage, in der sie sich für die Erbanfallsteuer erklärten, haben sie es mit den Konservativen und Agrariern verschüttet. Die Organe der letzteren haben die „alten Freunde" mit allerlei Liebenswürdigkeiten überschüttet, wie das so üblich, wenn Freundschaft in die Brüche geht, die wenigstens von der einen Seite nur geheuchelt war. Die Konservativen haben zwar die Stimmen der Mittelständler gern hingenommen; sie haben sich auch mit Worten stets als deren Freunde aufgespielt; die Taten bestanden aber nur in reaktionären Gesetzgebungsexperimenten, von denen die Mittelständler in ihrer Beschränktheit sich Wunderdinge für ihren „Stand" versprachen. Daß sie durch die agrarische Zoll- und Steuerpolitik als Konsumenten und Produzenten mitgeschoren wurden, kam ihnen nicht zum Bewußtsein. Jetzt hat die Steuerfrage die Freundschaft zum Bruch gebracht. Der überspannte Kastenegoismus der Agrarier brachte selbst den beschränktesten Köpfen zum Bewußtsein, von welcher Art die bisherigen „Freunde" waren. Und die agrarischen Liebenswürdigkeiten provozieren auf der mittelständlerischen Seite ein ähnlich klingendes Echo. Die „Deutsche Mittelstandszeitung" rechnet mit den Konservativen und Agrariern wegen deren jüngsten feindseligen Haltung gegen die Mittelständler derbe ab. Sie erklärt:

„Die deutsch-konservative Partei ist im Begriff, sich die Sympathien des städtischen Mittelstandes unrettbar zu verscherzen. Wenn die ihr zunächststehenden Parteien den Augenblick richtig und prompt erfassen, so wird sich in den Städten in Hinsicht auf die Parteiverhältnisse eine gewaltige Schiebung vollziehen. Versuche, wie der Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe des Bundes der Landwirte, Rechtsanwalt Ulrich, einen unternahm, den einmütigen Kundgebungen des städtischen Mittelstandes auf dem Allgemeinen Deutschen Mittelstandstag und dem Beamtentag einen konservativ-antisemitischen Abend entgegenzusetzen, auf dem mit Fleiß Redner aus den Städten, darunter ein Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Mittelstandsvereinigung, zum Wort zugelassen wurden, werden die Bewegung nicht hemmen."

Zur Steuerfrage heißt es dann:

„Wären in den Vorlagen zur Reichsfinanzreform nur Steuern vorgesehen, die entweder die breite Masse oder das Gewerbe und den Handel oder die Börse oder die Rentenbesitzer usw. belastet hätten, dann würde es der konservativen Partei nicht einfallen, mittelstandsfeindliche Steuern, wie die Elektrizitäts- und Gas- und die Anzeigensteuer, zu bewilligen, sondern sie würde ihren guten Ruf der mittelstandsfreundlichen Partei par excellence weiter bewahrt haben. Es standen jedoch auch Besitzsteuern zur Verhandlung, die den Großbesitz in der Stadt und auf dem Lande treffen sollten. Da mußten zunächst alle mittelstandsfeindlichen Steuern bewilligt werden, und weiter mußte gegen diese Besitzsteuer ein gewaltiger Ansturm arrangiert werden. Da es zugunsten des ländlichen Großbesitzes geschah, gebührte es sich auch, daß der Bund der Landwirte die Führung erhielt."

Dann wird erklärt, der Mittelstand habe niemals die konservative Partei zu seinem Vormund erwählt: „Was fällt den Organen dieser Partei denn ein, daß sie eine Kundgebung des Mittelstandes in einer solchen Lebensfrage, wie es die Reichsfinanzreform für ihn und für das Reich ist, so mit Unrat bewerfen zu müssen meinen und die mit Undank belohnten Präzeptoren spielen? Von den genannten beiden konservativen Organen spielt sich die „Deutsche Tageszeitung" mehr aufs Hetzerische, Gemeine, die „Kreuzzeitung" mehr aufs Hochmütige, Insolente hinaus."

Vorläufig ist es mit der Freundschaft also aus. Aber seiner Natur nach ist der sogenannte Mittelstand heute reaktionär. Und so werden sich die schönen Seelen wohl bald wiederfinden.

Interessengegensätze im Zentrum.

Wie bei der Reichstags-Ersatzwahl in Düren-Jülich, so hat auch bei der Landtags-Ersatzwahl in Steinfurt-Ahaus (Westfalen) ein Teil der Arbeiterwähler des Zentrums aufbegehrt. Von 549 Wahlmännern haben 341 für den Zentrumskandidaten Fabrikant Cohaus gestimmt, dagegen sind etwa 50 dem Arbeiterstande angehörende Wahlmänner, durchweg christlich-gewerkschaftlich organisiert, der Wahl ferngeblieben, weil sie, wie es in ihrer an den Vorsitzenden des Kreiswahlkomitees gerichteten Begründung heißt sich nicht dazu verstehen könnten, einen Mann zu wählen, der das Koalitionsrecht nicht respektiere!

Die „Kölnische Volkszeitung" verurteilt zwar das Verhalten der streikenden Wahlmänner, aber sie meint doch, die Sache lasse sich hier wie in anderen Wahlkreisen, wo ähnliches stattgefunden habe, erklären. Im Wahlkreise Steinfurt-Ahaus habe ein Arbeiter in einer Wahlmännerversammlung das Zentrum angeklagt, daß es sich früher nie um die Arbeiter gekümmert habe, wozu dann das rheinische Zentrumsblatt bemerkt:

„Viel Wahrheit liegt in diesem Satze, denn die Arbeiterschaft im nördlichen Münsterlande ist sich selbst überlassen geblieben. Kreise, die dazu berufen wären wegen ihrer Bildung und ihres Ansehens, rühren heute noch keinen Finger, um die katholischen Arbeiter politisch zu schulen . . ."

Darin liegt das Geständnis, daß das Zentrum sich nur dann der Arbeiter erinnert, wenn sie es brauchen kann und wenn es fürchten muß, sie zu verlieren.

In derselben Nummer der „Kölnischen Volkszeitung" läßt sich der Generalsekretär Stegerwald vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften über das Thema „Zentrum und Interessengruppen" aus. Stegerwald gesteht zu, daß in der letzten Zeit sich die Schwierigkeiten in der Zentrumspartei gemehrt haben. Statt der ideellen Interessen, wie im Kulturkampf, ständen in der gegenwärtigen Zeit die materiellen Interessen im Vordergrund, was natürlich, zumal sich die verschiedenen Interessengruppen organisiert hätten, auch auf das Zentrum zurückwirke. Die katholischen Arbeiter beanspruchten nicht, daß ihre Interessen ausschließlich berücksichtigt würden, aber sie müßten auch dagegen protestieren, daß allen größeren Gesetzeswerken allzu stark der agrarische Stempel aufgedrückt werde. Das ehemals zu Recht bestehende Wort: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt" sei heute, wo 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland außerhalb der Landwirtschaft ihren Lebensunterhalt finde, zur Agitationsphrase geworden.

Diesen Gedanken glaubt Stegerwald einmal „aussprechen" zu müssen gegenüber einzelnen Kreisen in der Zentrumspartei, die meinen, der Arbeitereinfluß sei in der Partei schon zu groß geworden. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß von den 107 Abgeordneten des Reichstagszentrums nur fünf Arbeitervertreter sässen, während von der Stimmenzahl des Zentrums mindestens 35—40 Prozent aus Arbeiterkreisen stammten. Zudem sei ein Teil dieser Arbeitervertreter im Reichstage sowohl wie im preußischen Abgeordnetenhause nur unter ganz besonders ungünstigen Umständen gewählt worden.

Der Generalsekretär vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften weist hin auf die zunehmende Industrialisierung Deutschlands, die daraus folgende Berechtigung der christlichen Arbeiter, am politischen Leben und an der parlamentarischen Vertretung in erhöhtem Maße teilzunehmen, und endlich auf das Interesse der Zentrumspartei, dem intelligentesten und strebsamsten Teil der christlichen Arbeiterwelt die Mitarbeit in der Partei nicht zu verleiden.

Das ist alles sehr reserviert ausgedrückt, denn Herr Stegerwald ist ein zu guter Zentrumsmann, um seiner Partei unangenehm zu werden. Aber trotz aller Zurückhaltungen lassen die Aeußerungen erkennen, wie mannigfach und wie tief die Interessengegensätze im Zentrum sind.

Türkei.

Die Reaktion in Kleinasien. Pera, 2. Mai. Aus Adana laufen dauernd die traurigsten Nachrichten hier ein. Die Massakers nehmen noch immer an Umfang zu, und die Einzelheiten spotten jeder Beschreibung. Das Parlament hat nun gestern eine Kommission gewählt, die eine genaue Untersuchung anstellen und über Maßnahmen zur raschen Abhilfe beschließen soll. Ein Bataillon ist gestern nach Adana abgegangen, um die schlimmsten Exzesse zu unterdrücken; doch wird man noch weitere Truppen in den nächsten Tagen entsenden.

Konstantinopel, 2. Mai. Die Meldungen aus Adana lauten schrecklich. Ganze Dörfer sind ausgestorben. Unter den Armeniern herrscht Schrecken und Entsetzen. Sie verbarrikadieren sich, um das Leben zu retten.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 3. Mai.

Ausstellung von Schülerarbeiten der Handwerker-Schule zu Bielefeld.

II.

we- Die Klasse des Lehrers Godewolz, in der die bereits am Montag besprochenen Malerarbeiten angefertigt worden sind, enthält auch eine Abteilung für die graphischen Berufe, die für Lithographen, Buch- und Steindrucker von Interesse sein dürfte. Bemerkenswert sind die ausgestellten Holzschnitte. Der Holzschnitt ist eine im Aussterben begriffene Technik. Die einst so vielgeschätzten Holzschneider sind in Deutschland auf einige Hundert zusammengeschmolzen. Einst wurden sämtliche Illustrationen, z. B. die der „Gartenlaube", in Holzschnitt wiedergegeben. Die den photographischen Apparat zu Hilfe nehmende Chemigraphie hat, da sie schneller und originalgetreuer reproduziert, den Holzschnitt verdrängt, und nur noch zu bestimmten Zwecken, z. B. zur Herstellung von Katalogen für Maschinenfabriken, wird diese Technik wegen ihrer besonderen Eigenheiten vielfach verwandt.

Die uns vorliegenden Schülerarbeiten zeigen uns indessen, daß durch den Holzschnitt als Originalholzschnitt bislang gar nicht genügend beachtete oder richtiger völlig in Vergessenheit geratene Ausdrucksmöglichkeiten für den Buchdrucker gegeben sind. Nicht im Sinne des untergegangenen Holzschnittes des vorigen Jahrhunderts, der nur kopierte, sondern im Sinne der modernen Kunst, die die tiefe Fläche und den saftigen breiten Strich des Holzschnittes künstlerischer anzuwenden weiß, die nicht feines, geistloses Gestrichel geben, sondern schnell und markant Bilder und Gedanken aussprechen will. Für die moderne Reklame z. B., die Flächenwirkung verlangt, dürfte, namentlich bei größeren Formaten, die in Zinkätzung teuer sind, der

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 101. **Bielefeld, Montag, 3. Mai 1909.** **20. Jahrg.**

Staatsräson.

Die Unterkommission, die unter dem heiligen Paasche die Weinsteuer beriet, hat diese abgelehnt, und der Vorsitzende hat dies dem Deutschen Weinbauverein mitgeteilt. Wenn diese Ablehnung ein Vorläufer der Ablehnung der Weinsteuer im Plenum des Reichstages ist, so wollen wir es freudig begrüßen, daß die Kommission Widerstandsfähigkeit gezeigt hat. Wenn auch der Wein als Genußmittel für die arbeitende Klasse nur wenig in Betracht kommt, so müssen wir doch eine Weinsteuer als indirekte Steuer aus prinzipiellen Gründen verwerfen. Die vorgeschlagene Steuer hätte aber auch noch die Minderbemittelten unverhältnismäßig belastet und sie hätte auch die Situation der kleinen Weinbauern, die schon schlimm genug ist, noch mehr verschlimmert. Diese Situation hat in der Revolte, zu welcher die südfranzösischen Winzer die Verzweiflung getrieben hat, ihren Ausdruck gefunden. Die ausländische Konkurrenz wächst und der Weltmarktpreis erschwert den Produzenten den Absatz. Der vorliegende Weinsteuergesetzentwurf hätte aber zu alledem auch noch unabsehbare Steuerplackereien mit sich gebracht.

Wenn der „heilige" Paasche, dessen agrarische Neigungen bekannt sind, für die Schonung der Winzer eingetreten ist, so sollte man erwarten, daß die Finanzkommission sich auch zur Schonung der kleinen Tabaksbauern und der Tabaksarbeiter entschließen würde. Es ist zu befürchten, daß es an Versuchen nicht fehlen wird, den Tabak noch mehr als bisher beabsichtigt, „bluten" zu lassen, da nun für die unter den Tisch gefallenen Steuerentwürfe Ersatz gesucht werden soll. Herr Sydow wollte zu den 85 Millionen, die bisher durch Besteuerung des Tabaks aufgebracht worden sind, noch 77 Millionen hinzufügen. Nach einer dem Gesetzentwurf selbst beigegebenen Berechnung kann man annehmen, daß 72 Prozent des gesamten Steuerertrages von den Unbemittelten, 28 Prozent aber von den Bemittelten getragen werden. Unsere oberen Zehntausend halten sich, soweit sie nicht an der Tabaksindustrie beteiligt sind, die Augen zu gegenüber der steigenden Belastung dieser Industrie, die seit Jahren durch die unaufhörlichen Besteuerungsprojekte in ihrem Betrieb beunruhigt, unsicher gemacht und gelähmt wird. Reiche Leute machen sich keinen großen Kummer, wenn sie für ihre Zigarre einige Pfennige mehr bezahlen müssen. Herr Sydow selbst hat sich in diesem Sinne geäußert. Er meinte, wenn die Zigarren teurer würden, dann würden die Raucher zunächst zu einer geringeren Sorte übergehen, und wenn diese ihnen nicht mehr schmeckt, dann würden sie wieder zu der gewohnten Sorte zurückkehren, aber weniger rauchen. Dem Minister schweben also die Interessen des Protzentums vor. Aber was er sagt, trifft nach seiner eigenen Berechnung nur auf etwa 3 Prozent des Konsums zu; fast 97 Prozent desselben betreffen die billigen Sorten, und da können die Konsumenten die Preiserhöhungen nicht so gleichgiltig hinnehmen, wie die behäbigen Bourgeois.

Aber was Herr Sydow berührt hat, ist gar nicht die Hauptsache der Misere, die von einer Erhöhung der Tabaksteuer zu befürchten ist, sondern nur eine mehr nebensächliche Erscheinung. Die Tabaksinteressenten, Tabakspflanzer, Tabaksfabrikanten und Tabaksarbeiter, haben mit gleichem Nachdruck erklärt und erklären es heute noch, daß eine abermalige Erhöhung der Tabaksteuer die Tabaksindustrie zugrunde richten müsse. Der Reichskanzler ist gegen diese Protestbewegung heftig losgefahren, er hat aber mit Gründen sie nicht bekämpfen können, trotzdem er gewissermaßen die „Staatsräson" gegen sie ausspielte. Wenn die Tabaksindustrie zugrunde gerichtet wird, so sind eben am schlimmsten die Tabaksarbeiter daran, die darin beschäftigt sind. Sie mögen 200 000 Köpfe zählen, und wenn sich die Herren Staatsmänner um das Los des größten Teiles dieser Arbeiter nicht bekümmern, so ist es um so mehr Pflicht eines jeden, der für des deutschen Volkes wahre Interessen und nicht für die der oberen Zehntausend fühlt, den Bestrebungen entgegenzutreten, die dieser Arbeiterkategorie den ohnehin so schweren Kampf ums Dasein noch mehr erschweren wollen.

Als 1882 Bismarck die Einführung des Tabakmonopols beantragte, da rückte man die Sorge um die in der Tabaksindustrie beschäftigten kleinen Leute und die Arbeiter, die durch das Monopol zum größten Teil brotlos gemacht worden wären, in den Vordergrund. Der Reichstag lehnte das Monopol ab, weniger, weil er sich um das Schicksal der Arbeiter sorgte, als aus Furcht, das Monopol möchte eine Brücke zum Staatssozialismus bilden. Wenn es sich aber nicht um ein Monopol, sondern um eine Steuer handelt, so sind auch die liberalen Parteien leichter bei der Hand, den Tabak noch mehr „bluten" zu lassen.

Die Tabaksarbeiter befinden sich, wie bekannt, in einer weit ungünstigeren Lage als andere Arbeiterkategorien. Sie sind früher im Klassenkampf und in der Organisation immer in den vordersten Reihen zu finden gewesen, aber sie leiden darunter, daß in ihrer Branche der Andrang von ungeübten Arbeitern ein geradezu ungeheuerlicher ist. Die geübten Arbeiter, welche die besten Zigarren anfertigen, können noch eine gewisse Lohnhöhe behaupten; die ungeübten aber, welche die geringeren und geringsten Sorten anfertigen, drücken die Löhne immer weiter herunter. Es ist unglaublich, welche Leiden durch die Steuererhöhungen über diese Arbeiterkategorie verhängt worden sind.

Auf dem Kongreß der Tabaksarbeiter Deutschlands, der im Januar d. J. in Berlin stattfand, wurde festgestellt, daß seit 1879, als durch die Zollerhöhung so viele Tabaksarbeiter brotlos gemacht worden waren, der Lohn in dieser Branche niemals wieder als eine nur halbwegs ausreichende Vergütung für die gesundheitsschädliche Arbeit betrachtet werden konnte. Im Jahre 1906 erreichte der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters in der Tabakindustrie nur 574,75 Mk., d. h. die Tabaksarbeiter sind um 44 Prozent schlechter gestellt, als die meisten anderen industriellen Arbeiterbranchen. Auch während in der letzten Prosperitätsperiode der Durchschnittsverdienst bei anderen Branchen um 131 Mk. stieg, erhöhte er sich bei den Tabaksarbeitern nur um 33 Mk.

Diese Tatsachen, die damals in einer Resolution der Oeffentlichkeit unterbreitet wurden, sind für die Beurteilung der Sache unendlich wichtiger als die Witze des Herrn Sydow, resp. seine Betrachtungen, wie lange es dauern wird, bis der verwöhnte Bourgeois von einer geringeren Sorte Zigarren wieder zu einer besseren, die teurer geworden, zurückkehrt.

Kann man es wirklich mit der „Staatsräson", wie der Reichskanzler durchblicken ließ, rechtfertigen wollen, daß man diese Industrie und diese Arbeiterkategorie den neuen Leiden preisgibt, gegen die sie so einmütigen Protest erheben?

Nimmermehr! Denn tatsächlich ist hier gar keine Staatsräson im wahren Sinne des Wortes im Spiele. Es handelt sich nur darum, daß die herrschenden Klassen möglichst wenig zu den öffentlichen Lasten beitragen wollen.

Eine Erhöhung der Tabaksbesteuerung ist noch weniger angebracht und berechtigt, als eine Erhöhung der Weinsteuer.

(Hamburger Echo.)

Die Krise gegen die Wahlreform.

P. Wien, 27. April.

Die ungarische Regierung hat ihre Demission gegeben und der Ministerpräsident Wekerle führt die Geschäfte des Ministeriums nur noch provisorisch weiter. Dabei hat die Regierung das Vertrauen des Parlaments, nicht nur der Majorität des Parlaments, sondern fast des ganzen ungarischen Parlaments, wenn man von den paar Vertretern der nichtmagyarischen Nationalitäten absieht, und in der Audienz, in der der Ministerpräsident dem Kaiser die Demission überreichte, erklärte auch dieser, daß das Ministerium sein Vertrauen genieße. Woher also diese Regierungskrise? Scheinbar handelt es sich um die Frage, ob die Oesterreichisch-ungarische Bank getrennt werden soll, und formell wurde die Demission deshalb gegeben, weil der österreichische Kaiser und ungarische König der Banktrennung auch in ihrer milderen Form der Schaffung von zwei kartellierten Banken nicht zustimmen wollte. Aber in Wirklichkeit wollen die magyarischen Patrioten die selbständige ungarische Bank gar nicht, da diese dem ungarischen grundbesitzenden Adel, den Magnaten wie der Gentry, nicht so billigen Kredit gewähren könnte, wie die gemeinsame Bank. Die Frage der Bank wird nur vorgeschoben. Der eigentliche Grund der Krise ist die Frage der Wahlreform, und die Demission soll nur dem Zweck dienen, die Verpflichtung, eine Wahlreform zu schaffen, auf gute Art loszuwerden.

Als im Jahre 1906 Franz Josef mit dem ungarischen Reichstage seinen Frieden schloß und der „Koalition" — die aus der 1848er Unabhängigkeitspartei, aus der Verfassungspartei und aus der (klerikalen) Volkspartei sich zusammensetzt — die Regierung überließ, geschah dies auf der Grundlage eines „Paktes", wonach sich die Koalition verpflichtete, ihre nationalen Forderungen auf dem Gebiete des Heerwesens zurückzustellen und innerhalb zweier Jahre eine Wahlreform zu schaffen, die mindestens so weitgehend sein solle, wie die Wahlreform des Ministeriums Fejervary-Kristoffy (die bekanntlich das allgemeine gleiche Wahlrecht einführen wollte); dafür wollte der Kaiser wieder bis zu dieser Zeit auf militärische Forderungen verzichten. Die Frist von zwei Jahren ist bereits verflossen und die Wahlreform, der Hauptpunkt des Paktes, ist noch immer nicht durchgeführt. Allerdings hat das Ministerium im vorigen Jahre — übrigens auch schon nach Ablauf jener zwei Jahre — den Entwurf einer Wahlreform vorgelegt, die auch die kaiserliche Vorsanktion erhalten hat, obwohl sie nichts weniger als das allgemeine gleiche Wahlrecht bringt: eine Wahlreform, die außer einem System von zwei und drei Pluralstimmen für die Besitzenden auch die neue Erfindung von Zehntelstimmen für Analphabeten enthält. Immerhin konnte aber der liberale Jesuit, der das Ressort eines Ministers des Innern bekleidet, Graf Andrassy, sein Gewissen dabei beruhigen, daß ja seine Wahlreform „so weit gehe", wie die frühere. Aber so sehr dieser Betrug an den bisher rechtlosen Schichten der Bevölkerung, vor allem an der Arbeiterschaft, die Abgeordneten der Koalition freute, so kam doch die Unabhängigkeitspartei, die den Kern der Koalition und allein schon die Majorität des Reichstags bildet, bald darauf, daß der schlaue Fuchs auch sie um ihre Majorität bringen und die Mandate zum Besitz der Großgrundbesitzer, die zum Teil in der Andrassyschen Verfassungspartei, zum Teil aber in der ehemaligen Tiszaschen liberalen Partei maßgebend sind, machen wolle. Die Kossuthsche Unabhängigkeitspartei besteht aber zum größten Teil aus Advokaten, als Vertretern der Kleinbürger der Provinz und aus dem zahlreichen Kleinadel, der Gentry. Bei der Art, wie die ungarischen Wahlen durchgeführt werden, werden dort die Stimmen zu ziemlich niedrigen Preisen gekauft, und ein Mandat hat heute den Marktpreis von 20 000 bis 50 000 Kronen. Bei dem komplizierten Wahlrecht, das Andrassy plant, würden die Preise rasch auf das Zwei- und Dreifache steigen, und unter 100 000 Kronen käme nur der Feudalmagnat des Wahlbezirks davon, der seine Landarbeiter für sich zur Wahl zwingen könnte (was durch die Oeffentlichkeit der Wahl besonders erleichtert würde) und der überdies mit Hilfe der ihm ergebenen Kommissionen seine Wähler zu des Lesens und Schreibens Kundigen machen und ihnen so das volle Wahlrecht verschaffen könnte. Die autonomen Komitate sind nämlich in Ungarn fast vollständig in den Händen der Kreaturen der Großgrundbesitzer. Das war der Grund, weshalb plötzlich die Kossuth-Partei von der Wahlreform der Regierung nichts wissen wollte. Aber offen gegen sie aufzutreten, wagten sie doch nicht. Sie fürchten, daß die Krone sich dann auf den Pakt besinnen und die Einführung des wirklichen allgemeinen Wahlrechts — wenn nötig, mittels der bereits von dem energischen Kristoffy vorgeschlagenen Oktroierung, erzwingen könnte, womit dann die Herrlichkeit der Koalitionsklique mit einem Schlage zu Ende wäre.

Die Unzufriedenheit der Kossuth-Partei machte sich also auf andere Weise Luft. Plötzlich erinnerten sich die Herren, daß eine andere wichtige Forderung des magyarischen Volkes noch nicht erfüllt sei: die Forderung nach wirtschaftlicher Selbständigkeit, vor allem nach der selbständigen Notenbank. Dabei wußten sie sehr wohl, daß diese alte Forderung der magyarischen Ideologen, deren Durchführung allerdings eine schwere wirtschaftliche Schädigung der das ungarische Parlament beherrschenden Gentry wäre, von der österreichischen Regierung und vom Kaiser nicht bewilligt werden würde. Aber gerade deshalb wurde sie ja in den Vordergrund gerückt, um so mehr als sie die Möglichkeit bot, der Krone gegenüber wieder in die Stellung der Fordernden zu treten, also die Möglichkeit zu neuerlichen Verhandlungen über den Pakt.

Die Spekulation der Unabhängigkeitsparteien stützt sich auch darauf, daß die Krone jetzt mit neuerlichen Heeresforderungen kommen und vor allem als Folge des bosnischen Abenteuers neue Kanonen und eine Vermehrung der Rekruten verlangen muß. Das wollen sie ihr bewilligen, wenn die Krone dafür auf die Wahlreform verzichtet oder sich mit einer Scheinreform begnügt; ebenso wollen sie sich mit scheinbaren nationalen militärischen Konzessionen (mit irgend einem Lappen in ungarischen Farben oder dergl.) zufrieden stellen.

Um diesen Betrug an der Arbeiterschaft Ungarns zu ermöglichen, wurde jetzt die Komödie der ungarischen Ministerkrise inszeniert. Es wird sich ja bald zeigen, inwieweit man in Wien bei dieser Komödie mitspielen und ob man das nicht nur den Arbeitern, sondern auch den habsburgtreuen nichtmagyarischen Nationalitäten feierlich gegebene Versprechen verraten will.

Bielefelder Stadttheater.

en. Freitag, 30. April: Fidelio, Oper in zwei Abteilungen von Beethoven, Dichtung nach Bouilly von Josef Sonnleithner. Es bleibt doch die Oper der Opern. Beethovens Musik schildert die Vorgänge, die äußerlichen sowohl wie die seelischen, mit einer Genauigkeit, daß es eines ungeheuren Studiums bedarf, um hinter alle die Schönheiten des Werkes zu kommen. Dabei ist sie von einem Wohlklang, wie er bei Mozart und Gluck nicht süßer zu finden ist. Nun ist ja auch der Text derart, daß er der Musik reichlich Gelegenheit, zur Wirkung zu kommen, gibt. Pizarro, der verbrecherische Gouverneur, fürchtet die Gerechtigkeitsliebe Florestans und hat ihn widerrechtlich in den Kerker geworfen. Leonore, Florestans Weib, setzt alles daran, ihn zu befreien. Sie tritt, als Mann verkleidet, unter dem Namen Fidelio in den Dienst des Kerkermeisters Rocco, und es gelingt ihr, dessen Vertrauen zu erwerben, so daß sie sogar, als Pizarro den Tod Florestans beschlossen hat, weil er die Nachricht bekommt, daß der Minister die Gefängnisse inspizieren wird, mit zur Ausführung hinzugezogen wird. Hierbei bewirkt sie dann die Rettung Florestans, und die Oper endet mit der glücklichen Wiedervereinigung der Gatten, während Pizarro zu seiner Bestrafung abgeführt wird. Leider war das Theater leer und legte damit von dem wahren Kunstsinn des musikalischen Bielefeld ein trostloses Zeugnis ab. Dabei war eine vorzügliche Aufführung zu erwarten, und die Erwartung hat auch nicht getäuscht. Sowohl Josefine Grining als Leonore, wie Ernst Brandenberger als Florestan waren vorzüglich. Das berühmte Quartett des ersten Aktes, an welchem außer Josefine Grining noch Elisabeth Léclair als Marcellina, Carl Baumann als Jaquino und Carl Kruthoffer als Rocco teilnahmen, war eine Meisterleistung, auch des Kapellmeisters und des Orchesters. Den Pizarro sang Fritz Bergmann und den Minister Joseph Schutzner.

Sonnabend, 1. Mai: Der Trompeter von Säkkingen, Oper in drei Aufzügen und einem Vorspiel von Victor E. Neßler. Die Oper ist musikalisch vollständig wertlos, aber das Theater war voll und gewiß nicht nur wegen der kleinen Preise. Gespielt und gesungen wurde sehr gut. Joseph Schutzner machte den Trompeter. Im übrigen bietet solche Oper nur noch Anlaß, sich über den Unverstand des Publikums zu ärgern. Der Fidelio leer, der Trompeter voll, ein Kulturbild!

Heiteres.

Humor des Auslandes. Alte Dame: Sind Sie mit Herrn James Green verwandt?

Herr: Das bin ich ja selbst!

Alte Dame: Daher die wunderbare Aehnlichkeit!

Das Heidelberger Freudenhäuschen.*)

Komödie in ziemlich vielen Akten vom Großherzoglich badischen Eisenbahnministerium.

Der letzte Aufzug spielt beim Königlichen Landgericht in Stuttgart.
Zeit: 2. April 1909.

Personen: Der Redakteur des Simplizissimus, sein Verteidiger Herr Doktor Haußmann, ein Rechtsanwalt, fünf Richter.

Theaterbericht: Die Aufführung war glänzend, und das Publikum unterhielt sich prächtig. Mehrmals wurde bei offener Gerichtsszene so stürmisch gelacht, daß das Spiel unterbrochen werden mußte. Leider war das badische Ministerium nicht anwesend, und so hatte ein Vertreter für die Lachsalven zu danken. — — —

Wirklich, es gibt Humoristen in der feindlichen Stadt Karlsruhe, wo soviel gegähnt wird, und es werden dort Witze von einer zwerchfellerschütternden Unfreiwilligkeit gemacht.

Da ist also ein großherzogliches Eisenbahnministerium. Es hat in Heidelberg ein ganz, ganz kleines Freudenhäuschen gekauft, weil es den Platz zur geplanten Bahnhofsverlegung brauchte.

Dieses Häuschen, welches zwischen zwei anderen gleichartigen Instituten liegt, gehörte einem Dirnenhälter Siewi, der als Kaufpreis 42 500 Mark verlangte, wenn er das Haus vorbehaltlos verkaufen sollte. Das war dem Fiskus zuviel, und er versuchte nun auf Kosten der von ihm sonst stark betonten Sittlichkeit Ersparungen zu machen.

Nämlich er gab Herrn Siewi 25 000 Mark unter der Bedingung, daß der Mann seine Dirnenwirtschaft noch eine Zeit lang im fiskalischen Gebäude weiter betreiben durfte.

Man kann es drehen, wenden und deuteln, wie man will, das klipp und klare Ergebnis bleibt, daß das badische Verkehrsinstitut durch Gewährung von Gelegenheit, das heißt durch Kuppelei die Summe von 17 500 Mk. profitierte und nun wegen eines Vergehens gegen § 180 strafrechtlich verfolgt werden muß. Oder sagen wir: müßte.

Denn ich glaube nicht, daß der Karlsruher Staatsanwalt Strafantrag stellen wird, selbst wenn die Redaktion des Simplizissimus darauf bestehen sollte.

Diese hätte wohl alle Ursache zur Bosheit; denn man hatte sie vor den Richter geschleppt wegen eines unartigen Witzes über jenen großherzoglich badischen Nebenverdienst. Allein die Redaktion hat auch Ursache zur Dankbarkeit, weil sich die Verhandlung zum größten Spaß des Jahrzehntes — Kaiser Wilhelm würde sagen: des Jahrhunderts — ausgewachsen hat.

Und für ein so herzliches Lachen muß ein Witzblatt erkenntlich sein.

Also um fortzufahren: das badische Eisenbahnministerium hatte die Empfindung, daß die Blamage noch nicht genügend publik wäre, und beschloß, in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung alle heiteren Details dem Tränen lachenden Deutschland preiszugeben.

Wenn man so ungemein viel feuchten Lehm am Stecken hat, ist ein solcher Entschluß heroisch.

Von diesem Moment an wurde das Lustspiel zur aristophanischen Komödie. Ein badischer Regierungsrat bestätigte als Zeuge nicht weniger als alles, und sagte, der Fiskus habe gehofft, daß der Bordellbetrieb in seinem Hause nur kurze Zeit dauern werde, allein, diese Hoffnung habe sich nicht erfüllt.

Der großherzoglich badische Bordellier Siewi erzählte sachlich von seinen Einnahmen, die 400 Mk. im Monat betrugen, und hierzu bemerkte wiederum der Herr Regierungsrat, man habe dem Manne den Verlust seines Geldes minder schmerzlich machen wollen und ihm darum das Haus zu dem speziellen Gebrauche weiter überlassen.

Herr Siewi muß sich überhaupt bei der badischen Behörde einer überaus zarten Rücksicht erfreuen; denn als die Heidelberger Polizei die Schließung des Geschäftes im Dezember 1907 verfügte, gab sie dem fiskalischen Bordellier noch drei Monate Geschäftsverlängerung bis 1. März 1908, und als Siewi auch da noch den Verlust schmerzlich empfand, erlaubte man zum allerallerletzten Male eine viertägige Extraunzucht, wahrscheinlich mit besonderer Rücksicht auf den staatlichen Charakter des Etablissements. Erst am 4. März 1908 verloren die p. p. Mädchen und mit ihnen Herr Siewi ihre Beamtenstellung.

An der ganzen Geschichte ist mir nur eins unklar geblieben: wieso die badische Regierung die Pointe ihres eigenen wundervollen Humors hinterher nicht mehr verstanden und warum sie sich über den Simplizissimus geärgert hat, der ein älteres Freudenmädchen mit einem badischen Orden begaben ließ.

Das ist doch der folgerichtige, notwendige Ausklang dieser reizenden Novelle!

In allem Ernste: die sämtlichen bei Herrn Siewi beschäftigten Damen hatten Beamtencharakter und waren für den großherzoglich badischen Staat tätig.

Wenn sie verdienten, bekam Herr Bordellier Siewi pro Monat 400 Mark, wenn Herr Siewi 400 Mark bekam, erhielt der badische Staat eine Preisermäßigung. Aus jenem Freudenhaus führt eine direkte finanzielle Beziehungslinie zum Eisenbahnministerium, und jeder Besucher durfte sich mit Stolz sagen, daß er im großherzoglich badischen Vergnügungsdienst tätig war.

Warum also hätte so eine brave Phryne keinen Orden kriegen sollen? Weil sie dem Staate nicht mit dem Kopfe diente?

Du lieber Gott! Wer von den dekorierten Beamten hat das eigentlich getan?

Ludwig Thoma.

*) Aus Nr. 8 der Monatsschrift „März".

Kommunales.

d. **Von der Westfälischen Landgemeinde-Ordnung.** Bei den nach der Landgemeinde-Ordnung verwalteten Städten treten folgende Abänderungen gegenüber den Landgemeinden ein:

Die gewählte Vertretung heißt überall Stadtverordneten-Versammlung. Während bei der Gemeindeversammlung der Landgemeinden zwei Drittel der Mitglieder zu den Hausbesitzern gehören müssen, genügt es bei der Stadtverordneten-Versammlung, wenn die Hälfte ihrer Mitglieder mit einem Wohnhause angesessen sind. Zu beachten bleibt auch hier, daß die zulässige Zahl der Nichthausbesitzer auf die einzelnen Abteilungen gleichmäßig zu verteilen ist, so daß auch hier in keiner Abteilung mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder zu den Nichthausbesitzern zählen darf.

Das Gemeinde-, bei den Städten Bürgerrecht genannt, kann nicht durch Stellvertretung ausgeübt werden, die mit einem Wohnhause angesessenen Frauenspersonen und Minderjährigen haben somit kein Wahlrecht, wie in den Landgemeinden.

Die auswärts wohnenden Hausbesitzer werden nicht zu den Gemeindemitgliedern, sondern zu den Forensen gerechnet und haben demzufolge ebenfalls kein Wahlrecht

Nur diejenigen physischen und juristischen Personen, welche in einer Stadt seit einem Jahre mehr als einer der drei höchstbesteuerten Einwohner sowohl an direkten Staats- als an Gemeindeabgaben entrichten, sind, auch ohne im Stadtbezirk zu wohnen, berechtigt, an den Wahlen teilzunehmen. Bei den physischen Personen ist jedoch Voraussetzung, daß die übrigen Erfordernisse bei ihnen zutreffen, d. h., daß sie preußische Untertanen und selbständig sind, seit einem Jahre keine Armenunterstützung empfangen haben usw.

Nur diese höchstbesteuerten Personen können ihr Stimmrecht durch Bevollmächtigte ausüben. Die Bevollmächtigten müssen aber selbst stimmfähige Bürger sein.

Während in den Landgemeinden für einzelne Gemeindebezirke Dorf- oder Bauerschaftsvorsteher bestellt werden können, ist für die Städte vorgesehen, daß für einzelne Stadtteile Bezirksvorsteher (Rott- oder Viertelmeister) unter Beobachtung der früher besprochenen Vorschriften bestellt werden können.

Bei Anstellung der zum Dienste der Stadt erforderlichen Unterbeamten und Diener sind die Vorschriften wegen der zur Zivilversorgung berechtigten Militärpersonen zu beachten.

Die Besitzer der den Gemeinden gleichgestellten Güter sind für den Bereich derselben, gleich den Gemeinden, zu allen Pflichten und Leistungen verbunden, welche den Gemeinden nach den Gesetzen obliegen.

Dem selbständigen Gutsbezirk steht der Gutsbesitzer als Gutsvorsteher vor. Diese Stellung erlangt er indes erst durch die Bestätigung des Landrats. Der Gutsvorsteher hat alle Amtsverrichtungen, welche in den Gemeinden dem Gemeindevorsteher obliegen, im Bereiche des Gutsbezirks ohne Entschädigung für Dienstunkosten zu besorgen; er ist jedoch berechtigt, für Abwesenheits- und Verhinderungsfälle einen Stellvertreter auf seine Kosten zu bestellen, welcher dem Landrat zur Genehmigung präsentiert und auf dessen Verlangen, wenn es im Dienstinteresse nötig befunden wird, wieder entlassen werden muß. Der Gutsbesitzer muß einen solchen Stellvertreter bestellen, wenn er die gedachten Amtsverrichtungen selbst wahrzunehmen nicht imstande oder geeignet ist.

Unterläßt der Gutsbesitzer die Bestellung eines Stellvertreters, so steht dem Landrat unter Zustimmung des Kreisausschusses die Ernennung des Stellvertreters auf Kosten des Besitzers zu. Der Kreisausschuß beschließt auf Antrag der Beteiligten über die Entschädigung stellvertretender Gutsvorsteher.

Diejenigen Lasten, welche im öffentlichen Interesse den Gütern obliegen, sind von dem Gutsbesitzer und anteilig auch von den übrigen selbständigen Einwohnern des Gutes zu tragen. Die Verteilung der Lasten erfolgt durch ein Statut, welches der Bestätigung des Kreisausschusses bedarf.

* * *

Die Gemeindewahlrechtsreform für Anhalt wurde am Dienstag 27. April, im Landtage abgelehnt. Von unserem Genossen Voigt wurde ein Proportionalwahlrecht mit geheimer Stimmabgabe vorgeschlagen. Da in den Städten jetzt schon die geheime Stimmabgabe besteht, hoffte man, wenigstens diese Forderung durchzubringen. Mit 17 gegen 19 Stimmen wurde jedoch auch diese geringfügige Abschlagszahlung von den Agrariern abgelehnt. Gegen die Stimmen der Freisinnigen, eines Christlich-Sozialen und unseres Genossen wurde der „Proporz" und alle anderen Forderungen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Parteinachrichten.

Kinderschutz durch die Arbeiterorganisation. Die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hielt am Dienstag abend im Gewerkschaftshause eine zahlreich besuchte Delegiertenversammlung ab, zu der auch die Vorstände der Gewerkschaften eingeladen waren. Entsprechend dem Beschluß von Parteivorstand und Generalkommission wurde eingehend die Frage erörtert: „Wie ist ein wirksamer Kinderschutz durchzuführen?" Nach einem eingehenden Referat des Genossen Schaumburg wurde folgendes beschlossen:

1. Einsetzung einer Zentralkommission.
2. In jedem Reichstagswahlbezirk ist mit der Ueberwachung des Kinderschutzes durchgängig eine Person zu beauftragen.
3. Die gewählten Personen haben in Distriktszusammenkünften die einzelnen Fälle zu prüfen und zu versuchen, auf gütlichem Wege die Gesetzesübertretungen zu beseitigen. Soll eine Anzeige bei der Behörde erfolgen, so sind die Fälle der Zentralkommission zur Erledigung zu überweisen.
4. Ueber den Umfang und die Art der Beschäftigung der Kinder in den einzelnen Berufen ist eine Anleitung herauszugeben.
5. Zur Mitarbeit sind ganz besonders Frauen und Gewerkschaftsmitglieder aus solchen Berufen heranzuziehen, in denen viele Kinder beschäftigt werden.

Die Debatte war eine recht rege. Es wurden recht krasse Fälle von Kinderausbeutung, auch solche an „renommierten" Theaterbühnen, geschildert. Die spärlichen Schutzbestimmungen ständen auch in Hamburg vielfach nur auf dem Papier und Uebertretungen fänden hier sehr milde Richter.

Reichstagskandidaturen. In der letzten Quartalsversammlung der Organisation für Bromberg wurde der Genosse Stößel-Bromberg einstimmig als Kandidat für den Wahlkreis Bromberg proklamiert. Genosse Stößel kandidierte bereits 1903 in diesem Kreise.

Vom Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Justizrat Blumenthal in Kolmar ist am 12. Februar vom Landgericht Mülhausen i. Els. der Redakteur der „Mülhäuser Volkszeitung", Johann Martin, zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. In einem der Zeitung beigegebenen Flugblatte hatte er dem Bürgermeister Amtsmißbrauch vorgeworfen. — In seiner Revision rügte er Verkennung des § 193. Er sei Vorsitzender und Beauftragter der sozialdemokratischen Partei zu Mülhausen und wiederwählbares Gemeinderatsmitglied. Er habe nur die demokratische Partei angreifen und politisch auf die Wähler einwirken wollen. — Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urteils. Der einzelne Gemeindeangehörige, also auch der Angeklagte, habe bei den Wahlen ein Interesse, den Bürgermeister anzugreifen, wenn er von Verfehlungen desselben gehört habe. Das seien keine allgemeinen, sondern persönliche Interessen. — Das Reichsgericht erkannte jedoch auf eine Verwerfung der Revision. Es habe sich hier um einen Wahlkampf gehandelt, der in Mülhausen auszukämpfen war, und es sei nicht ersichtlich, wie dazu die Beleidigung des Bürgermeisters von Kolmar dienlich sein konnte. — Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revisionen des Genossen Hans Weber gegen das Urteil des Landgerichts Berlin I vom 5. Januar und des Redakteurs Georg Davidsohn gegen das Urteil desselben Gerichts vom 16. Februar. Genosse Weber war wegen Beleidigung des Kreisschulinspektors Schwarz in Königshütte zu 50 Mk. Geldstrafe, Genosse Davidsohn wegen Beleidigung von Postbeamten zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. — Wegen angeblicher Beleidigung eines arbeitswilligen Malergehilfen wurde Genosse Petzold als verantwortlicher Redakteur der Erfurter „Tribüne" vom Schöffengericht Apolda zu 75 Mk. Strafe verurteilt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde vom Landgericht Weimar verworfen, obgleich der Malergehilfe eine, dem Gericht auch bekannte, moralisch recht zweifelhafte Persönlichkeit ist.

Das Strafgesetz wider den Wahlrechtskampf. Nach fast dreimonatlichem Besinnen hat die Stettiner Staatsanwaltschaft gegen 22 Wahlrechtsdemonstranten Anklage erhoben, und zwar gegen einen Teil wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Vergehens wider das Vereinsgesetz, gegen alle außerdem noch wegen groben Unfugs. Es handelt sich um die Vorgänge vom 31. Januar dieses Jahres, bei denen die Polizei ohne jede Veranlassung mit blanker Waffe gegen friedlich demonstrierende Bürger vorging. — Das Landgericht Naumburg sprach den Genossen Hermann Helbig von der Anklage, das preußische Abgeordnetenhaus beleidigt zu haben, frei. Helbig soll am 12. April 1908 in Bornitz bei Zeitz in einer Versammlung gesagt haben, das preußische Abgeordnetenhaus müsse vor sich selber ausspeien. Der Freispruch erfolgte, weil Genosse Helbig diese Aeußerung referierend aus einem Parteiblatte wiedergab, das deswegen auf Antrag des Abgeordnetenhauses verurteilt worden war, lediglich, um zu kennzeichnen, daß das preußische Abgeordnetenhaus das einzige Parlament der Welt sei, das wegen Beleidigung Bestrafung fordere.

R. B. **Eine notgedrungene Abwehr.** Die ebenso ungerechtfertigten wie unkorretten Angriffe des polnischen sozialdemokratischen Klubs des österreichischen Reichsrats und des Krakauer „Naprzod" gegen die sozialdemokratische Dumafraktion haben in den Reihen unserer russischen und russisch-polnischen Genossen eine begreifliche Erregung hervorgerufen. Es dürfte auch in der Tat in der Geschichte der sozialistischen Internationale einzig dastehen, daß die Führer einer sozialistischen Partei der parlamentarischen Vertretung der unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen kämpfenden Bruderpartei eines Nachbarlandes mit Anklagen in den Rücken fielen, die, von nationalistischen Voraussetzungen und falschen Tatsachen ausgehend, den bürgerlichen Parteien neues Material für ihre antisozialistische Hetze lieferten.

Die Anklagen des polnischen sozialdemokratischen Klubs des österreichischen Reichsrats in ihrem offenen Brief an die sozialdemokratische Dumafraktion vom 25. März gipfeln darin, daß die sozialdemokratische Dumafraktion 1. nicht berechtigt sei, im Namen des polnischen Proletariats zu sprechen, weil kein polnischer Sozialist in der Duma anwesend sei, und 2. durch ihre Haltung bei der Beratung des Justizetats die nationalen Rechte Polens verraten und „dieselbe Position eingenommen habe, wie die Regierung und das Schwarze Hundert". Auf diese Anklagen hat die Dumafraktion in einem ausführlichen „Appell an die internationale Sozialdemokratie" geantwortet, der am 17. April im „Vorwärts" abgedruckt wurde. Nun wird dieser Konflikt auch in der russischen und russisch-polnischen Parteipresse erörtert, die den Angriff des sozialdemokratischen Polenklubs des österreichischen Reichsrates nicht als eine gelegentliche Entgleisung, sondern als einen zielbewußten Vorstoß gegen die russische Sozialdemokratie betrachtet.

„Es unterliegt keinem Zweifel" — so schreibt der bolschewistische „Proletarier" in Nr. 44 — „daß der „sozialdemokratische" Polenklub, als er unsere Fraktion angriff, Aufgaben verfolgte, die mit der Aufklärung der „Wahrheit" nichts gemeinsam haben. Man verfolgte eine andere Aufgabe; man wollte über die Köpfe der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten hinweg die Sozialdemokratie Polens und Litauens treffen. Hierzu war es notwendig, die russische sozialdemokratische Fraktion als einen Feind der polnischen Gleichberechtigung darzustellen und die nationalistischen Instinkte aufzuwärmen." Zur selben Frage schreibt Genosse War., einer der Führer der Sozialdemokratie Polens und Litauens, folgendes: „Es ist nicht das erste Mal, daß Daszinsky, der Anhänger der ehemaligen nationalistischen P. P. S. und jetzigen „revolutionären Fraktion" der P. P. S., im allgemeinen Chorus des reaktionären Polens gegen das revolutionäre Polen und das revolutionäre Rußland hervortritt. Ende 1905 trat er gleichfalls mit einem „Offenen Brief" hervor, in welchem den polnischen Arbeitern nachgewiesen wurde, daß sie an den allgemeinen russischen Streiks und der allgemeinen russischen Revolution keinen Anteil nehmen müßten, weil das der Aufgabe der Wiederherstellung des polnischen Reiches widerspreche." Dieser Brief fand den Beifall des gesamten reaktionären Polens, erlitt aber ein schmähliches Fiasko bei dem revolutionären polnischen Proletariat. Der Sozialnationalismus erhielt während der Revolutionsjahre den Todesstoß. „Erst Ende 1906, als das polnische Proletariat von der breiten politischen Arena zurückweichen und, von den Skalon und Kaznakow zum Schweigen gezwungen, abermals den „unterirdischen" Kampf aufnehmen mußte — erhob der Sozialnationalismus sein Haupt, trennte sich von der P. P. S. in Gestalt ihrer jetzigen „revolutionären Fraktion" und erhob unter den Fittichen des triumphierenden Zarismus kühn die Fahne der Wiederherstellung Polens, die er während der Revolutionsperiode, angesichts der Massenbewegung der Arbeiter, nicht gewagt hat, zu erheben."

Die ernste Gefahr des geschilderten Konfliktes rechtfertigt die Schärfe, mit welcher unsere russischen und russisch-polnischen Genossen die gegen sie erhobenen Anklagen abzuwehren suchen. Man darf gespannt sein, wie der sozialdemokratische Polenklub des österreichischen Reichsrats sein Vorgehen rechtfertigen wird. Gerade jetzt, wo innerhalb der internationalen Sozialdemokratie nationalistische Entgleisungen zu verzeichnen sind, tut es dringend not, daß auch in diese Angelegenheit völlige Klarheit hineingebracht wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Holzarbeiter-Aussperrung in Rheinland-Westfalen. Die Arbeitgeber bemühen sich krampfhaft, der Bewegung eine größere Ausdehnung zu geben, doch will ihnen das gar nicht gelingen. Nachdem die Tischlermeister den 5prozentigen Lohnabzug in wenigen Betrieben durchgeführt hatten und der Arbeitgeberbund einsah, daß er auf diese Art nicht zum Ziele kam, wurde beschlossen, am 24. April sämtlichen Tischlern in Rheinland-Westfalen zu kündigen. Die Innungen und der Schutzverband, auf deren Mithilfe die Holzindustriellen früher gar nicht gerechnet hatten, bettelte nun der Arbeitgeberbund geradezu an, doch mitzumachen. In einzelnen Orten haben daraufhin die Innungen dann auch ihre Truppen mobil gemacht. In Dortmund waren von 70 geladenen Unternehmern 24 erschienen, die dann beschlossen, auszusperren. In Gelsenkirchen waren die Unternehmer ebenfalls beisammen, doch wollten sie von der Aussperrung nicht recht etwas wissen. Herr Stauch, der Bundesvorsitzende in Gelsenkirchen, versprach den Arbeitgebern, daß in 14 Tagen die Geschichte vorüber sei. Erst dann zeigten sich die Meister den Wünschen des Bundes gefügig.

Am 24. d. M. waren die Holzhändler von Rheinland-Westfalen nach Duisburg zusammengetrommelt, um sie zu veranlassen, den renitenten Meistern, die die Scharfmacherei nicht mitmachen wollen, kein Rohmaterial zu liefern. Doch die Holzhändler waren nur in geringer Zahl erschienen; trotzdem wurden auch hier Beschlüsse gefaßt. Bemerkenswert ist aber, daß eine Stunde nach Beendigung dieser „Tagung" eine Anzahl Holzhändler aufs neue zusammentrat, um zu beraten, auf welche Weise man ein Geschäft bei der Bewegung machen kann, und wie man es anfangen muß, dem Bunde eine Nase zu drehen! — Die meisten Holzhändler kümmern sich um den Rummel gar nicht, weil die Bundesmitglieder bisher ihr Holz ladungsweise aus den Hafenorten bezogen haben. Die Arbeiterorganisationen haben aber auch schon jetzt Vorsorge getroffen, daß diejenigen Orte, in denen Holzmangel eintreten könnte, sofort mit jedem Quantum Holz versorgt werden können. Und da hat sich im Industriegebiet eine ganze Anzahl Firmen gemeldet, welche unter allen Umständen liefern wollen.

In der bürgerlichen Tagespresse renommiert der Arbeitgeberbund mit der großen Ausdehnung der Aussperrung. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" schreibt:

Die Aussperrung erstreckt sich über ganz Rheinland-Westfalen, von Köln bis Emmerich, von Hanau, Ibbenbüren, Bielefeld, Herford bis zum Siegerland. Die Zahl der Ausgesperrten beträgt mehrere Tausend, läßt sich jedoch augenblicklich noch nicht genau übersehen.

Die Notiz ist sicher vom Arbeitgeberbund lanziert; sie ist von A bis Z Schwindel.

Im Streik befinden sich in Dortmund 94 Holzarbeiter, davon geht nun noch ein Betrieb mit 25 Mann ab, weil die Firma sich bereit erklärt hat, die alten Löhne weiter zu zahlen; die Arbeit ist am Mittwoch dort wieder aufgenommen. In Kündigung stehen außerdem 94 Mann. In Gelsenkirchen haben nachträglich noch 4 Kleinmeister ihren neun Gesellen gekündigt, so daß insgesamt 53 Arbeiter in Kündigung stehen. In Wanne-Röhlinghausen stehen 15 Arbeiter im Streik und 28 in Kündigung. In Schwerte ist 5 Holzarbeitern gekündigt, und in Herne haben ebenfalls einige Meister ihren Arbeitern gekündigt. Das ist bisher die ganze Scharfmacher-Herrlichkeit!

Eine Anzahl der Ausgesperrten ist bereits anderweitig untergebracht. Einige Firmen verhandeln gegenwärtig mit ihren Arbeitern wegen Rückgängigmachung der Abzüge. Die Schwindelnachrichten der bürgerlichen Presse helfen über das Fiasko der Scharfmacher im Holzgewerbe nicht weg. Möge die Arbeiterschaft auch weiter für Fernhaltung des Zuzuges sorgen, dann werden auch die wenigen Arbeitgeber, die sich vom Arbeitgeberbund betören ließen, bald zur Besinnung kommen.

2800 Scharfmacher-Opfer! Die Schwarze Liste der Ruhrbergleute, datiert vom 28. März 1909, zählt immer noch mehr als 2800 Ausgesperrte und Verfemte! — Und das in dem „Sozial"- und „Rechtsstaat" Deutschland!

Knopfmacher-Aussperrung. In der Schneiderschen Knopffabrik in Frankenhausen am Kyffhäuser wurde sämtlichen Arbeitern gekündigt, da diese sich weigerten, einen vom Fabrikanten unterzeichneten Tarif anzuerkennen, der bedeutende Lohnabzüge enthielt. Diese Lohnverschlechterungen glaubten die Unternehmer bei der Einführung neuer Maschinen mit einzuschmuggeln. Von den 20 dort beschäftigten Arbeitern sind bis auf 2 alle organisiert. — In der Voigtschen Knopffabrik dauert der Streik seit bereits 10 Wochen unverändert fort. Hier streiken etwa 40 Personen.

Differenzen im Formergewerbe in Aachen. Seit langer Zeit führen die dortigen Unternehmer einen kleinlichen Krieg gegen die Arbeiter. Sie gehen systematisch darauf aus, durch Lohnabzüge und Maßregelungen die ortsansässigen Arbeiter aus den Betrieben herauszudrängen und durch fremde Arbeiter, die zu niedrigeren Löhnen arbeiten, zu ersetzen. Nunmehr hat eine von Formern und Gießereiarbeitern stark besuchte Versammlung unter Zustimmung der am Orte domizilierenden Gewerkschaften beschlossen, über die Gießereibetriebe Aachens die Sperre zu verhängen.

Im Schuhmachergewerbe in Frankfurt a. M. ist ein Tarif nicht zustande gekommen. Die Gehilfen beschlossen, von einem Streik Abstand zu nehmen und den Lohnkampf auf nächstes Jahr zu vertagen.

Ortskrankenkassenwahl in Mannheim. Bei der Ortskrankenkassenwahl entfielen auf die Arbeitnehmerliste des Gewerkschaftskartells 1170 Stimmen, gegen 1002 im Jahre 1906. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Auf die Liste für Arbeitgeberdelegierte, die vom Arbeiterrat aufgestellt war, wurden 201 Stimmen abgegeben. Die Arbeitgeber hatten diesmal nur ausgesprochene Scharfmacher auf die Liste genommen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Heidelberg wurden die Kandidaten der sozialdemokratischen Gewerkschaften gewählt. Die Liste des Gewerkschaftskartells wurde 864mal abgegeben. Die christliche Hirsch-Dunckersche Liste erhielt 259 Stimmen.

Heilsarmee und Hungerlöhne. Am 24. April wurde auf dem Trafalgar Square in London eine von dem United Workers Sweating Committe einberufene Massenversammlung abgehalten, um gegen die Hungerlöhne zu protestieren, die von der Heilsarmee in ihren Tischlerwerkstätten gezahlt werden. Mr. Mc Pherson, der Leiter der Versammlung, formulierte gegen die Heilsarmee die Anklage, daß sie unter dem Deckmantel sozialer und menschenfreundlicher Bestrebungen die Arbeitskraft der Tischler ausnutze und ihnen angemessene Löhne vorenthalte; ferner daß das Truckgesetz verletzt werde. Mr. Stennett von der Gesellschaft vereinigter Tischler- und Zimmerergesellen beantragte eine Resolution, durch welche „General" Booth, der Diktator der Heilsarmee, getadelt werde, bis auf den heutigen Tag keine finanziellen Abrechnungen über den Stand der Armee abgelegt zu haben, und verdammt werde, daß Booth seinen Tischlergesellen Hungerlöhne bezahle. Diese Resolution wurde angenommen.

Unternehmerspekulationen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" leistet sich in ihrer Ausgabe vom 25. April an erster Stelle einen Aufruf an die Arbeitgeber zur Hintertreibung der Maifeier und führt unter Berücksichtigung der Arbeitgebermoral, die sich in dem Satze: „Teile und herrsche" kennzeichnet, u. a. aus:

„Je zäher obendrein die sozialdemokratische Partei an dem Plane festhält, am 1. Mai eines jeden Jahres völlige Arbeitsruhe eintreten zu lassen, um der bürgerlichen Gesellschaft damit einen schlagenden Beweis von der Geeintheit und der Machtfülle der revolutionären Arbeiterbewegung zu liefern, um so mehr vermag der entschlossene Widerstand des Unternehmertums gegen diese willkürliche Unterbrechung des Fortganges der Arbeit zur Vertiefung der Gegensätze beizutragen, die an sich schon zwischen einem großen Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der sozialdemokratischen Partei bestehen. Denn ganz unzweifelhaft ist die Zahl derjenigen Gewerkschaftler, die mit dem politischen Radikalismus der Partei nicht einverstanden und des unausgesetzten Aufwärmens der sachlich längst zu den Akten gelegten Hypothesen des Marxismus überdrüssig sind, in ständiger Zunahme begriffen. Das mag an sich eine in absehbarer Zeit bevorstehende Besserung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt vielleicht nicht zur Folge haben. Immerhin ist aber nicht außer acht zu lassen, daß das Fortbestehen oder gar die Zunahme guter Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft diese Verhältnisse ganz unzweifelhaft dauernd verschlimmern müßten. Und darum sollte man sich keine Gelegenheit entgehen lassen, die wie die energische Bekämpfung der Maifeier zur Schwächung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anlaß bietet."

Die „Arbeitgeber-Zeitung" plaudert hier den uns Sozialdemokraten allerdings schon lange bekannten wahren Grund der jedes Jahr wiederkehrenden Mai-Aussperrungen aus. Die „gemäßigten" Elemente in der Arbeiterbewegung sollen durch die brutalen Aussperrungen eingeschüchtert und zugleich aufgehetzt werden gegen den „politisch-radikalen Teil der Arbeiterschaft". Das ist das Scharfmacherrezept, mit dem der geschlossenen Einheit der deutschen Arbeiterbewegung der Garaus gemacht werden soll. Wir setzen in die deutsche Arbeiterschaft das Vertrauen, daß wie bisher so auch in Zukunft dieses Scharfmacher-Rezept völlig versagen wird.

Zum Streik der Klempner und Installateure in Hannover-Linden. Seit dem 19. April befinden sich die Klempner und Installateure von Hannover-Linden im Ausstand. Infolge der zurzeit sehr günstigen Bauperiode sind die Arbeitgeber in arger Verlegenheit um Arbeitskräfte. Der Innungsvorstand ist nun eifrig bemüht, Arbeitswillige nach Hannover zu ziehen. Es wird zu diesem Zweck die Fach- und bürgerliche Presse in Anspruch genommen. In der „Illustrierten Zeitung für Blechindustrie" sucht die Innung 150 Gesellen. An sämtliche Herbergen zur Heimat hat der Innungsvorstand, wie schon erwähnt,

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 101. **Bielefeld, Montag, 3. Mai 1909.** **20. Jahrg.**

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

Schluß der Sitzung vom Donnerstag, 29. April.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Pensionskassen, auf welche die Interpellation sich bezieht, reichen in eine Zeit zurück, in der die beiden hier zu berücksichtigenden Momente, die Verhältnisse der Arbeiterversicherungen und des Arbeitsvertrages, wesentlich anders gestaltet waren als heute. Als die ersten Kassen entstanden, gab es keine reichsgesetzliche Arbeiterversicherung, und eine große Zahl von Werken konnte mit einem Stamm bei ihnen verbleibender Arbeiter rechnen. So fanden die Arbeiter durch die Kassen erwünschte Gelegenheit, sich für den Fall der Invalidität und ihre Hinterbliebenen für den Fall des Todes zu sichern. Damals ist diese Veranstaltung auch von den Arbeitern als erfreulich gepriesen worden. Das ist jetzt bekanntlich anders geworden. Nachdem wir einerseits durch die Reichsversicherungsgesetze ein festes Versicherungsrecht für die Arbeiter, und andererseits das Recht der Arbeiter aus dem Arbeitsvertrage fortschreitend ausgebildet haben, ist die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit mehr und mehr auf diese Kassen gelenkt, um zu prüfen, ob die Arbeiter durch sie in ihren Rechten verletzt werden. Hinzugekommen ist die Verschärfung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie die große Fluktuation der Arbeiter in großen Industriezweigen, vielleicht auch der Umstand, daß von einigen Seiten Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber sehr kritisch angesehen und darin Veranstaltungen erblickt werden, die dem einseitigen Geschäftsegoismus der Arbeitgeber und der Beschränkung der Arbeiter dienen sollen. So ist es allmählich gekommen, daß die ursprünglich gelobten Einrichtungen jetzt sehr kritisch beurteilt werden, obwohl ihre Satzungen im großen und ganzen nicht geändert sind und auch die Handhabung der Satzungsbestimmungen die gleiche geblieben ist. Wiederholt ist hier betont worden und auch von dem Vorredner ist dies geschehen, daß man die Pensionskassen nicht lediglich unter dem Gesichtspunkt der Versicherungseinrichtung betrachten darf. Bei der reinen Versicherung kann der Fortbestand des Rechtes nicht von willkürlichen Handlungen eines Dritten abhängig gemacht werden. Hier aber ist er abhängig von der dauernden Zugehörigkeit zu dem bestehenden Werk, die jeden Tag durch Kündigung seitens des Arbeitgebers gelöst werden kann, und hierin scheint mir der innerste Kern aller vorgebrachten Beschwerden zu liegen. Sie abzustellen, sind die verschiedensten Vorschläge gemacht. Man wollte überhaupt die Gründung von Pensionskassen mit Beitrittszwang verbieten, oder der ausscheidende Arbeiter sollte das Recht der Weiterversicherung haben, oder er sollte seine Beiträge ganz oder teilweise zurückerhalten. Der Vorredner hat noch eine Reihe weiterer Wünsche ausgesprochen. Auf alle kann ich im einzelnen jetzt nicht eingehen. Es befinden sich darunter wichtige und schwierige Fragen, die nicht so kurz erledigt werden können. Die beiden in der Interpellation ausgesprochenen Wünsche liegen auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Weil aber bekannt geworden ist, daß die willkürliche Kündigung des Arbeitgebers in letzter Hinsicht zu den Beschwerden Veranlassung gegeben hat, hat man auch nach Abhilfe auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages gesucht und geglaubt, die Kündigungsbefugnis des Arbeitgebers sollte nach längerer Dauer des Dienstverhältnisses beschränkt oder der Arbeiter auch ganz unkündbar angestellt werden. Man hat auch versucht, vor den öffentlichen Gerichten nachzuweisen, daß Statuten, welche das Versicherungsrecht mit dem Ausscheiden des Arbeiters aus dem Werke beenden, dem bestehenden Rechtszustand nicht entsprechen, d. h. den guten Sitten zuwider sind. Namhafte Vertreter der Wissenschaft haben diese Ansicht bejaht, andere haben sie verneint. Die Mehrzahl der ordentlichen Gerichte hat sie verneint. Schon daraus ergibt sich, daß die Frage in ihren Einzelheiten noch nicht geklärt ist, wenigstens kann ich dem Vorredner nicht beipflichten, daß die Frage spruchreif ist. Jedenfalls muß die Gesetzgebung und Verwaltung sehen, was angesichts des Standpunktes der Mehrheit der Gerichte geschehen kann. In erster Linie ist zu bedenken, daß die Pensionskassen freiwillige Unternehmungen sind, und welchen Zweck die Unternehmer damit verfolgten. Betrachtet man lediglich die Stellung der Arbeiter in den Kassen, so würden die Unternehmer dazu kommen, sie aufzulösen. (Abg. Hué: Nur zu!) Sie können nicht verlangen, Herr Hué, daß jeder Ihren Standpunkt teilt, und wenn die Kassen auch wirklich verschwinden, auch die so vielfach angegriffene Kruppsche Kasse, so würde ein großer Teil der Arbeiterschaft doch anders denken. (Abg. Hué: Fragen Sie sie doch mal!) Das Unternehmertum hat gar keine Versicherungseinrichtungen begründen wollen, sondern abgesehen von der sozialen Fürsorge wollte es sich unzweifelhaft einen Stamm fester Arbeiter schaffen. Besonders scharf spricht sich das in den Pensionskassen mit Beitrittszwang aus. Der Vorredner meinte, der Zweck der Pensionskassen sei nicht, dem Unternehmer eine ständige Arbeiterschaft zu sichern, sondern das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beseitigen. (Zuruf bei den Soz.: Einzuschränken! Ich habe hier mehrfach die Stellung vertreten, daß ich es für vollkommen unmöglich halte, durch gesetzliche Bestimmungen festzulegen, daß kein Arbeitgeber einen Arbeiter entlassen oder auch nur nicht annehmen darf, weil er einer Vereinigung angehört, die dem Unternehmer nicht paßt. Das ist bei unserer heutigen Wirtschaftsordnung und bei unserem heutigen gesellschaftlichen Leben ganz unmöglich. (Lebhafte Zustimmung bei den Natl. und Freis.) Alle Bestrebungen, derartige Dinge mit den Pensionskassen zu verbinden, laufen daher nicht auf eine Reform dieser Kassen hinaus, sondern auf die Aufstellung eines ganz neuen Systems. Angeregt ist ein Verband aller Werkskassen, so daß ein Arbeiter, der aus einer Kasse austritt und in einem anderen Werk einer Kasse beitritt, seine früheren Rechte nicht verliert. Die Entwicklung scheint auf diesen Weg hinzuweisen, ob aber das Ergebnis dieser Entwicklung die Beseitigung der individuellen Pensionskassen sein wird, kann niemand voraussehen, und ganz unmöglich ist es, diese Entwicklung durch gesetzgeberischen Zwang zu erreichen. In Oberschlesien sind Versuche der Verwaltung zu einer Zentralisierung der dort bestehenden Kassen gescheitert, weil das Unternehmertum dieser Verschmelzung abgeneigt war. Die Unternehmer wollen die Arbeiter an ihrem eigenen Werke festhalten und dieser Zweck würde durch die Verschmelzung vereitelt. Ich wende mich zur Frage der Wiedererstattung der Beiträge. Die Freunde der Wiedererstattung sagen, die Beiträge sind Teile des Arbeitslohnes. Ich will das Für und Wider dieser Frage im einzelnen nicht vortragen, aber bemerken will ich doch, daß das Gutachten des Prof. Kohler in der Kruppschen Sache geradezu umgekehrt behauptet, daß die Beiträge der Arbeiter in Wirklichkeit keine Lohnabzüge sind, sondern vom Unternehmer getragen werden. Der Unternehmer setzt ja auch den Lohn nicht nach seiner Willkür fest, sondern nach der Lage des Arbeitsmarktes. Findet er ein genügendes Arbeiterangebot für den um die Beiträge verkürzten Lohn so mag diese Auffassung in manchen Fällen richtig sein, und da kann von einer Rückerstattung der Beiträge keine Rede sein. Aber diese Betrachtung erschöpft die ganze Frage nicht. Praktisch und tatsächlich werden von dem Arbeiter Beiträge gefordert. Es wird ihm der höhere Lohn angesetzt und der um den Beitrag verkürzte ausgezahlt, weil die Pensionskasse auch nach dem Willen der Unternehmer sich nicht als ein einseitiges Unternehmen des Unternehmers darstellen soll, sondern als eins, das auch von den Arbeitern getragen wird und dessen Pensionsbezüge dem Arbeiter nicht als ein Geschenk erscheinen sollen.

Unter diesem Gesichtspunkt wird sich eine Rückerstattung der Beiträge nicht von der Hand weisen lassen und eine Reihe von Kassen hat sich dazu verstanden. Aber der gesetzgeberische Zwang könnte auch hier dem Bestehen der Kassen gefährlich werden. Dazu kommt, daß der Zwang zur Rückerstattung in Fällen von Streiks die Streikkassen der Arbeiter stärken würde. Auch müßte die Rückerstattung von Beiträgen sich nach versicherungstechnischen Grundsätzen richten, bei denen z. B. auch der Arbeiterwechsel eine Rolle spielt. Danach kann ich nur sagen, zurzeit muß von gesetzlichen Bestimmungen Abstand genommen werden; dagegen soll auf dem Verwaltungswege angeregt werden, daß den ausscheidenden Arbeitern ein Teil der Beiträge zurückerstattet werden. Das geschieht übrigens schon heute. Das Aufsichtsamt für Privatversicherung verlangt, daß bei Kassen mit Beitrittszwang nach 3—5 Jahren dem Ausscheidenden die Hälfte, bei Kassen ohne Beitrittszwang ein Drittel der Beiträge zurückerstattet werden. In beiden Fällen wird nicht unterschieden, ob das Ausscheiden ein freiwilliges oder nichtfreiwilliges ist. In beiden Fällen sieht das Aufsichtsamt von der Rückerstattung der Beiträge ab, wenn dem Ausscheidenden die freiwillige Weiterversicherung gestattet wird. Würden die Kassen wirklich, wie Herr Severing andeutete, nach Einführung der Witwen- und Waisenversicherung ihre Statuten ändern, um die Bezüge der Versicherung auf die Renten in Anrechnung zu bringen, so hätten die einzelstaatlichen Regierungen ja Gelegenheit, den Verhältnissen der Kassen näher zu treten. — Im übrigen habe ich mich mit Preußen und den übrigen Bundesstaaten in Verbindung gesetzt, ob und wie auch auf sie die Praxis des Aufsichtsamts für Privatversicherung zu übertragen sei. Abgeschlossen ist diese Angelegenheit noch nicht, aber seit mehreren Monaten im Gange. Nur auf diesem Wege der Verständigung wird man Reformen erreichen können, ohne die Existenz der Pensionskassen überhaupt in Frage zu stellen. Auch auf den Vorschlag, das Kündigungsrecht des Arbeitgebers zu beschränken, würde mit der Auflösung der Kassen geantwortet werden. Schließlich möchte ich zur Erwägung geben, daß die Interpellation wohl nicht angebracht war, da wir diese Angelegenheit sorgfältig im Auge halten, aber für ein gesetzliches Eingreifen ist sie nicht reif. Freiwillige soziale Einrichtungen werden und müssen immer die Elemente sein, auf denen der Fortschritt der sozialen Gesetzgebung sich aufbaut. Die Erfahrung lehrt, daß der sozial gerichtete Arbeitgeber — und der deutsche Arbeitgeber ist sozial gerichtet — sich nie an den gesetzlich vorgeschriebenen Einrichtungen genügen läßt. Aber darum muß die Gesetzgebung auch vorsichtig sein und nicht weiter gehen als unbedingt notwendig. (Bravo! rechts, und bei den Liberalen.)

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Dr Osann (natl.): Herr Severing hat uns heute nichts neues gesagt, all das, was er angeführt hat, ist auch im vorigen Jahre gesagt worden. Wir haben damals in einer Resolution die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Pensionskassen für Arbeiter verlangt. Es wird sich dabei aber auch um ähnliche Kassen der Kaufleute, von Beamten, bei Theatern und auch bei den Gewerkschaften handeln. Auch bei den Gewerkschaften verliert der Austretende oder Ausgeschlossene jedes Recht auf die Erstattung seiner Beiträge; hier sollten doch die Sozialdemokraten zunächst einmal Wandel schaffen. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl., Lachen bei den Soz.) Wenn auch anzuerkennen ist, was die Werkskassen für die Arbeiter getan haben, vor allem die Kruppsche Kasse, so ist doch richtig, daß es unserm sozialen Empfinden nicht entspricht, daß der ausscheidende Arbeiter aller seiner Rechte und aller seiner Beiträge verlustig geht. Diese Kassen hätten sich nicht von andern überflügeln lassen sollen, welche mindestens einen Teil der Beiträge zurückzahlen — besonders städtische Unterstützungskassen tun das. Aber auch einige Fabrikunterstützungskassen tun das, einige zahlen sogar die vollen Beiträge zurück, also würde es wohl auch bei der Kruppschen Kasse gehen. Freilich ist dann die Gefahr vorhanden, daß die Arbeiter ihre Arbeitsstellen verlassen, sobald ihnen ein Kapital aus der Pensionskasse zu zahlen ist. Leicht kann es auch dahin kommen, daß die Arbeitgeber die Kassen ganz aus eigenen Mitteln erhalten. (Zuruf bei den Soz.) Das Wort Hués: „Weg mit den Kassen", wird in der Arbeiterschaft keinen Widerhall finden; wir dienen dem sozialen Frieden, wenn wir derartige Einrichtungen fördern. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Giesberts (Ztr.): Im vorigen Jahre haben wir die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Werkspensionskassen verlangt. Inzwischen ist uns eine Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes zugegangen, die ebenfalls nicht eine Erdrosselung dieser Kassen wünschen, aber eine Reformierung. Ich bestreite gar nicht, daß die Arbeitgeber bei der Einrichtung der Kassen aus humanen Gründen gehandelt haben; aber daneben hatten sie auch den egoistischen Zweck, sich einen Arbeiterstamm zu sichern. Deshalb dürfen die Statuten der Kassen nicht so eingerichtet sein, daß sie in gleicher Weise die Erbitterung der alten wie der jungen Arbeiter hervorrufen. Es müßte möglich sein, die Rückzahlung der Beiträge für den ausscheidenden Arbeiter in das Statut aufzunehmen. Viele Beschwerden der Arbeiter ließen sich ohne Erschütterung der Kasse und ohne große Opfer für die Arbeitgeber erfüllen. In der Verteidigungsschrift der Firma Krupp sind mancherlei Widersprüche enthalten. Am meisten Verbitterung wird erzeugt, wenn die Firma eigenmächtig entscheidet, ob die Zurückzahlung der Beiträge zu erfolgen hat oder nicht. Darin stimme ich dem Abg. Severing vollkommen bei, daß die voraussichtlich an sich schon sehr geringen Witwen- und Waisenbezüge nicht auch wieder auf diese Pensionen angerechnet werden dürfen. Die Aufregung der Arbeiterschaft über solche unhaltbaren Zustände steigt immer mehr. (Abg. Behrens: Sehr richtig!) Sie ist nicht etwa der Agitation gegen diese Kassen zuzuschreiben, denn im Bezirk der Firma Krupp durfte es vor wenigen Jahren niemand wagen, über ihre Pensionskasse überhaupt zu sprechen; auch die Unzufriedenen selbst wagten es nicht. Wie unhaltbar die Zustände werden, beweist z. B. die Tatsache, daß bei Seydel u. Naumann in Dresden nach einem

Die Freunde.

Orvitano ist ein Dörfchen irgendwo im Bergesland in Oberitalien. Es liegt am Fuße eines zerklüfteten, hohen und gänzlich vegetationslosen Berges, den der Volkswitz Monte Benvolio (der Wohlwollende) getauft hat.

Aber das Dörfchen selbst und seine Umgebung ist unter Orangen und Pfirsichen versteckt wie eine Oase in einer Steinwüste. Hoch über den niedern grauen Häusern thront ein helles schönes Gebäude wie ein kleiner Palast. Es ist eine Fremdenpension und der Besitzer heißt — man erschrecke nicht — Maier — Signore Maier. Vielmehr er hieß so. Jetzt ist er tot.

Signore Maier war aus einem süddeutschen Landstädtchen gebürtig gewesen und hatte sich zwanzig Semester lang beflissen, ein Arzt zu werden. Diesen löblichen Plan verhinderte indessen die fatale Einrichtung des Staatsexamens. Als der Kandidat der Medizin Philipp Maier zu Freiburg im Breisgau mit dem zwanzigsten Studiensemester zugleich das dreißigste Lebensjahr hatte und im nämlichen Jahre sein Vater das Zeitliche segnete, da fand er, daß das nicht unbeträchtliche angeerbte Vermögen einer besseren Verwendung fähig sei, als sich das der alte Holzhändler gedacht hatte. Der alleinige Erbe reiste ohne bestimmte Ziele nach Italien. In Orvitano blieb er an der schönen fünfundzwanzigjährigen Witwe des heruntergekommenen umbrischen Edelmannes Gaetone hängen, wurde von derselben geheiratet und ergab sich von diesem Zeitpunkt an neben einem sehr beschaulichen Leben dem ausgiebigen Genuß der guten oberitalienischen Weine. Seine Frau, ein kluges resolutes Wesen, sah zur Zeit ein, daß dieser Gang der Dinge nicht ewig dauern könne und drang darauf, eine kleine Fremdenpension einzurichten. Ihr „Signore Philippo" war damit einverstanden, und da es ihm gar nicht an künstlerischem Geschmack und auch nicht an Geld fehlte, so baute er oben über dem Dorf das schöne weiße Haus mit dem flachen Dach und den vier Säulen am Eingang. Nach einigen Jahren hatte das kleine Unternehmen eine feste, treue Kundschaft. Alte Philologen, Maler, Musiker, Schriftsteller und ähnliches Volk, zumeist Deutsche, fanden sich, wenn die Feigenbäume Augen bekamen und das ganze Dörfchen von der Pfirsichblüte wie in einen Rosaschleier gehüllt war, oben beim Signore Maier ein, um sich „von der Kultur auszuruhen", wie das einige von ihnen geistreich nannten.

In Orvitano konnte man sich von der Kultur wirklich ausruhen. Unter den sechzig Seelen des Dörfchens war jede für sich eine Persönlichkeit. Da gab es keine von der Straßenwalze des modernen Großstadtlebens flachgedrückte Mittelmäßigkeit. Ob es sich nun um die Signorina Teresina handelte, die mit ihren dunklen Augen um sich warf, daß selbst die ältesten Herren aus dem Palazzo Maier Feuer fingen, oder um den kleinen Carlo Petrino, der eine Stimme hatte wie ein kleiner Engel und schon wie ein Zwanzigjähriger spucken konnte, oder um dessen Vater, den Postmeister Petrino, der bei einem irredentistischen Aufstand einen österreichischen Advokaten eigenhändig erschossen hatte und dabei so gutherzige Augen und einen so rotblonden Bart besaß, daß er hätte irgend ein sentimentaler Deutscher sein können — ganz einerlei — es waren alle frei gewachsene Menschen, jeder in seiner urwüchsigen Eigenart, so wie die wilden Feigenbäume von Orvitano jeder ein Feigenbaum war und doch wuchs und seine Zweige streckte, wie er wollte. Von den neununddreißig Männern der Gemeinde waren fünfundzwanzig Radikale, Freidenker, Ungläubige und Garibaldianer. Wenn sie vom Papst redeten, spuckten sie verächtlich aus und ihre Erbitterung gegen die Kirche kannte keine Grenzen. Die anderen Vierzehn trugen bei den Prozessionen in der Karwoche abwechselnd den holzgeschnitzten Leichnam des Herrn, gingen täglich zur Kirche und waren sicher im Himmel einmal so ziemlich die besten Plätze besetzen zu können. Und trotzdem gibt es nirgends auf der Welt eine solche Harmonie im privaten und im öffentlichen Leben, wie in Orvitano. Beide Teile haben glühende Ueberzeugungen. Aber diese Glut wirkt einigend anstatt trennend. Wenn man Ueberzeugungen hat, muß man diskutieren. Für einen richtigen Italiener ist das ein selbstverständliches Axiom. Wie kann man aber diskutieren, wenn man sich nicht im Wirtshaus bei einem Glas Wein zusammensetzt? So sind in Orvitano aus dem Feuer des Weines und der Beredsamkeit zwischen den Todfeinden der Lebensanschauungen Freundschaften fürs ganze Leben entstanden. Eine solche Freundschaft verband den Signore Maier, den Atheisten und für die Ewigkeit gänzlich verlorenen Feind der Kirche mit seiner Ehrwürden dem Capelano Vincenzo Dolci.

Nie hat das Schicksal zwei verschiedenere Menschen zu Freunden gemacht. Des Geistlichen Gesicht strafte alle Regeln der Physiognomik Lügen. Wenn er mit den Händen auf dem Rücken und vorgestrecktem Bäuchlein, über das die nicht sehr saubere Soutane sich spannte, so daherschritt und in seinem lächelnden Gesicht sich die dunklen Aeuglein lauernd und beobachtend hin und her bewegten, hätte man ihn für einen ausgemachten Schurken halten können. Das war er indessen ganz und gar nicht. Zwar hatte er zwei Seelen in seiner Brust, aber so sehr sich dieselben auf seinem Gesicht vereint spiegelten, in Wirklichkeit hielt er sie streng auseinander. Wenn er nicht gerade im Dienst der heiligen Kirche die geistliche Gewalt repräsentieren mußte, war er ein herzensguter Kerl. Selbst in schwierigen Fällen siegte die hellere seiner beiden Seelen. Das hat sich auch bei dem letzten Dienst gezeigt, den er seinem Freunde erweisen konnte. Der Signore Maier, auf dessen allemanischen leichten Sinn die italienische Luft wie Treibhaustemperatur gewirkt hatte, besaß eher das Aussehen eines Künstlers als das eines Pensionshalters. Mit einem ungeheuren Schlapphut auf dem Kopf lief er immer anscheinend tief beschäftigt herum, tat aber in Wirklichkeit so gut wie nichts. Dafür trank er immer um so mehr. Sein Freund, der zwar auch kein Verächter weltlicher Genüsse war, wovon sein hochrotes Näslein genügend Zeugnis ablegte, warnte ihn zwar oft während ihrer scharfen Zechereien, nicht gar zu hitzig vorzugehen. Chi va piano, va sano, sprach er oft mit erhobenem Zeigefinger zu Signore Maier, und ließ die unangenehme Perspektive vor ihm erscheinen, daß er, wenn er (der Pfarrer) ihn überlebe, ihm kein christliches Begräbnis könne zuteil werden lassen. Der Signore Maier aber pochte auf seine germanische Kraftnatur und schlug des Freundes Warnungen in den Wind.

Eines Tages aber legte es ihn.

Es war in diesem Frühjahr. Ich war nach einjähriger Pause wieder einmal in das liebe Nest gekommen. Alles war noch wie früher. Man mußte, um die Etikette von Orvitano nicht zu verletzen, am ersten Tage nach der Ankunft dem Signore Petrino und dann sofort am zweiten Tag, der Unparteilichkeit wegen, dem Signore Dolci einen Besuch machen. Dann wurde man so nach und nach zu allen Familien eingeladen; saß, wenn es kühl war, im Haus am Kamin, aß gebratene Kastanien, trank roten Wein dazu und versicherte sich gegenseitig in den höflichsten Ausdrücken, wie glücklich man sei, sich wieder zu sehen. Wenn es abends warm war, saß man unter der großen Ulme auf dem Platz mitten im Dorf und dann kamen die jungen Mädchen, begrüßten die Fremden mit der Eleganz und hoheitsvollen Anmut, welche die Töchter von Orvitano ebenso ihr eigen nennen wie die großen Donnas von Venedig. Und gerade so wie früher kamen dann, wenn die deutschen Herren Künstler, Schriftsteller und Genossen warm werden wollten, die wirklichen Besitzer der Herzen dieser Schönen und führten sie vor den betrübten Augen der Tedesci (die Deutschen) hinweg in die abendliche Dämmerung.

Alles war genau wie früher und auch der Küster, der zugleich Ratschreiber war und, um sich zu starke Gewissenskonflikte zu ersparen, in dieser Doppelstellung in kirchlichen Angelegenheiten kirchlich, in Gemeindeangelegenheiten aber radikal stimmen durfte, saß immer noch mit dem Hut auf dem Kopf und einer langen schwarzen Brissago im Mund hinter dem Fenster seines Häuschens und malte bedächtig Buchstaben aufs Papier.

Nur eines war anders geworden. Man sah nicht mehr den Signore Maier geschäftig ums Haus und im Dorf herumstiefeln. Er lag im Bett und dachte ans Sterben. Darin täuschte er sich nicht. Eines Morgens teilte die immer noch hübsche und sehr gefaßte Signora Maier den Gästen mit, daß ihr Phillipo in der Nacht gestorben sei. So rasch hatte niemand das Ende erwartet, auch nicht des Toten Freund, der Pfarrer, den die Nachricht in eine große Aufregung versetzte.

Beerdigen durfte er ja schließlich den Verstorbenen. Er hatte ihn oft besucht, und was da zwischen ihnen besprochen worden war, ging ja niemanden etwas an. Das würde er schon rechtfertigen können. Aber, ob er ohne einen Sturm der Entrüstung bei den Kollegen der Nachbargemeinden zu erregen auch die Glocken läuten lassen dürfe, während der Gottesleugner und Feind des heiligen Vaters bestattet wurde, das bezweifelte er doch ernstlich und mit Recht. In seiner Not wandte er sich an den Küster, der auch in den schwierigsten Fällen immer noch einen Ausweg gewußt hatte, wenn es sich darum handelte, die Forderungen der Ueberzeugung mit den Pflichten des Herzens zu vereinigen. Auch diesmal versagte der alte Schlauberger nicht.

Streck 322 Arbeiter, die länger als 10 Jahre beschäftigt waren, entlassen worden sind, wodurch ihre Pensionsansprüche in der Gesamthöhe von 125 000 Mk. verloren gingen. (Hört, hört!) Wir hoffen, daß die Regierung den Wünschen der Arbeiter aller Verbände entgegenkommen wird, solange noch Zeit ist, die Arbeiter zur vernünftigen Mitarbeit an diesen Kassen zu gewinnen. (Bravo! im Ztr.)

Abg. Cuno (Fr. Vp.): Wir stehen nicht auf dem Boden des Abg. Hue, der leichten Herzens diese Kassen beseitigen möchte, falls seine Wünsche dabei nicht erfüllt werden. Wir erkennen an, daß es sich dabei um Wohlfahrtseinrichtungen handelt, die geeignet sind, die Lebenslage einer großen Zahl von Arbeitern sicherer zu stellen als die mancher selbständiger Handwerker. Andererseits verkennen wir nicht, daß diesen Kassen mancherlei Mängel anhängen, weil mit ihnen seitens der Arbeitgeber Zwecke verfolgt werden, die außerhalb der Fürsorge für die Arbeiter liegen. Auffallend ist uns, daß gerade die äußerste Linke hier das Prinzip des freien Arbeitsvertrages auf das äußerste übertreibt. Die maßvollen Ausführungen des Abg. Severing werden hoffentlich mit dazu beitragen, daß die Regierung die Frage in ernste Erwägung zieht, wie die auf diesem Gebiete bestehenden Mißstände gemildert werden können. Die Zurückzahlung eines Teiles der geleisteten Beiträge genügt jedenfalls nicht, viel mehr liegt den Arbeitern natürlich an der Erhaltung der Vorteile der Pensionsversicherung.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Abg. Hue (Soz.) — persönlich —: Herr Cuno meinte, ich wollte die Pensionskassen ohne weiteres beseitigen. Ich habe demgegenüber vorläufig folgendes zu erklären: Als der Herr Staatssekretär auf die Schwierigkeiten einer gesetzlichen Regelung dieser Materie hinwies und meinte, es sei schließlich die Frage aufzuwerfen, ob die Unternehmer die Kassen nicht auflösen würden, habe ich dazwischen gerufen: „Dann nur zu!" Auf eine Bemerkung des Abg. Arendt „Das ist charakteristisch" habe ich dann weiter gesagt: „Selbstverständlich, wenn keine Reformen kommen." Daß ich selbst die Reform der Kassen will, beweist die Tatsache, daß ich die Interpellation eingebracht habe.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Besprechung.)

Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung vom Donnerstag, 29. April, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopff.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft" fortgesetzt.

Ein Antrag der Kommission, 15 000 Mark von dem Dispositionsfonds zu Beihilfen und Unterstützungen für Kunst- und wissenschaftliche Zwecke zu streichen, wird nach kurzer Debatte angenommen.

Abg. Hammer (kons.) wendet sich gegen die Ueberproduktion von sogenannten „Künstlern" im Kunstgewerbe. Im Kunstgewerbe könne man noch Geld verdienen, man dürfe nur nicht zu stolz dazu sein. Redner kritisiert sodann die Tätigkeit des Direktors der Breslauer Kunst- und Gewerbeschule.

Abg. Dr. Wagner (frk.) weist diese Angriffe als unberechtigt zurück.

Ohne Debatte wird eine Petition des Professors Dr. Wisser-Oldenburg um Bewilligung einer Staatsbeihilfe zur Aufsuchung und Zusammenstellung holsteinischer Volksmärchen der Regierung als Material überwiesen.

Das Kapitel „Kunst und Wissenschaft" wird bewilligt. Es folgt die Beratung des Kapitels „technisches Unterrichtswesen".

Abg. Faßbender (Ztr.) wünscht, daß die Verwaltungsingenieure so ausgebildet würden, daß sie nirgend in der Verwaltung von Juristen verdrängt würden.

Abg. Rosenow (Fr. Vp.) schließt sich diesem Wunsche an und verlangt Schaffung eines Lehrstuhls für Gewerbehygiene an der technischen Hochschule zu Charlottenburg.

Geheimrat Naumann erwidert, ein Lehrstuhl für Gewerbehygiene sei bereits vorhanden. Als Dozent sei jetzt Dr. Kaup, der Leiter des Reichsmuseums für Arbeiterschutz, gewonnen. Zur Ausbildung von Verwaltungsingenieuren halte Professor Franz in Charlottenburg Kurse ab, auch seien für Aachen 26 000 Mark zur Ausbildung von Wirtschaftsingenieuren ausgeworfen. Es müsse sich aber in erster Linie hier darum handeln, Verwaltungsingenieure für industrielle, koloniale Unternehmungen usw. auszubilden.

Die Abgg. Strosser (kons.), Dr. Wagner (frk.) und Heisig (Ztr.) fordern Ausbau der technischen Hochschule in Breslau.

Ministerialdirektor Dr. Naumann macht darauf aufmerksam, daß die Regierung für die Hochschule in Breslau schon 4 Millionen verwandt habe und weitere Mittel nicht zur Verfügung stellt.

Das Kapitel „technisches Unterrichtswesen" und das Kapitel „Kultus und Unterricht gemeinsam" werden bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Medizinalwesen".

Abg. Faßbender (Ztr.) richtet an die Führer der Abstinenzbewegung die Mahnung, sich vor Uebertreibungen bei der Schilderung der schädlichen Wirkung des Alkohols zu hüten und fordert größere Aufmerksamkeit für die Zahnpflege in der Schule.

Geheimrat Kirchner stimmt dem Vorredner zu.

Abg. Lübicke (frk.) wünscht eine ausgiebigere Krüppelfürsorge.

Ein Regierungskommissar gibt zu, daß die vorhandenen Fürsorgeanstalten für Krüppel nicht ausreichen. Der Minister habe sich bereits an die Provinzen gewandt und um deren Eingreifen zugunsten der Krüppel ersucht. Besonders notwendig sei Aufklärung der Bevölkerung darüber, daß man die meisten Krüppel heilen könne, daß man ihnen Unterricht gewähren müsse, der sie später zum Erwerbe befähige.

Abg. Winkler (kons.) wendet sich gegen die schematische Durchführung der Nahrungsmittelkontrolle namentlich auf dem platten Lande. Die Kreisärzte stellten oft sonderbare hygienische Anforderungen. So forderte ein Kreisarzt, daß auf dem Hofe einer Schule der Dunghaufen beseitigt werden solle, und ein anderer verlangte die Zuschüttung eines Dorfteiches, weil darauf Gänse und Enten herumschwämmen. Das Herumschwimmen dieser Gänse und Enten nannte der Kreisarzt eine Gefahr für die Gesundheit des Dorfes! (Beifall rechts.)

Ministerialdirektor Förster: Ich kann nicht zugeben, daß die Klagen gegen die Kreisärzte im allgemeinen berechtigt wären. Seit Verabschiedung des Kreisarztgesetzes hat die öffentliche Gesundheitspflege ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Das verdanken wir der Initiative und der Tatkraft der Kreisärzte. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Die Sterblichkeits- und Krankheitsstatistik ist eine viel bessere geworden.

Abg. Rosenow (Fr. Vp.): Eine Rückrevidierung der Bestimmungen für die Kreisärzte würden wir für gewissenlos halten. Im Kultusministerium muß auf alle Fälle eine neue Einteilung vorgenommen werden. Wenn wirklich das Unterrichtsministerium nicht vom Kultus getrennt werden soll, dann mache man wenigstens das Medizinalwesen zu einer selbständigen Abteilung oder zu einem besonderen Ministerium. Die Aerzteschaft beklagt sich bitter über ständige Zurücksetzung, namentlich seitens der Verwaltungsbehörden. Redner führt Fälle an in denen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in schroffster Weise in die Befugnisse der Präsidenten von Aerztekammern eingegriffen hätten. In einem Falle in Westpreußen habe der Oberpräsident dem Vorsitzenden der Aerztekammer, als das Verfahren kaum eingeleitet war, schon den Vorwurf schlimmster Inkollegialität gemacht. Redner bedauert sodann den Erlaß des Ministers über die Führung des Titels „Spezialarzt". (Beifall links.)

Ministerialdirektor Förster: Wir halten daran fest, daß den Titel „Spezialarzt" nur derjenige Arzt führen darf, der eine spezialistische Ausbildung erhalten hat. Wo das nicht der Fall ist, ist die Führung des Titels „Spezialarzt" ein Mißbrauch, der meist zu Reklamezwecken erfolgt. In solchen Fällen hat die Aerzteorganisation Remedur zu schaffen. Das bezweckte der Erlaß des Ministers. Die einzelnen Fälle, welche der Vorredner angeführt hat, um nachzuweisen, daß Uebergriffe gegenüber den Präsidenten der Aerztekammer erfolgt seien, sind mir nicht sämtlich bekannt. Nur zwei Fälle sind zu unserer Kenntnis gelangt, in beiden ist eine Entscheidung noch nicht erfolgt. Ich kann mich deshalb über diese noch nicht äußern.

Abg. Switala (Pole) beschwert sich über die Nichtschließung einer ostdeutschen Schule trotz Ausbruchs einer Scharlachepidemie und beklagt, daß der Ostmarkenverein Aerzte nach dem Osten locke, indem er ihnen in Aussicht stelle, daß sie schneller zu Kreisärzten ernannt werden würden.

Abg. Hirsch (Soz.): Auch meine politischen Freunde sind für eine Loslösung der Medizinalabteilung vom Kultusministerium. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein besonderes Medizinalministerium nötig ist, und wir halten es für einen unerwünschten Zustand, daß so viele verschiedene Angelegenheiten, wie die der Kirche, Schule und des Medizinalwesens, die gar nichts miteinander zu tun haben, unter einem einheitlichen Ministerium stehen. Allerdings werden wir uns kaum mit der Anregung einverstanden erklären können, daß die Medizinalabteilung eventuell dem Ministerium des Innern angegliedert würde. Ich fürchte, dann kämen wir aus dem Regen in die Traufe. Den Wünschen auf Milderung der Nahrungsmittelkontrolle bitte ich nicht Folge zu geben. Es handelt sich hier um die Volksgesundheit, und die steht uns höher, als die agrarischen Interessen. Die Volksgesundheit darf nicht Halt machen vor den Interessen agrarischer Kreise. (Sehr richtig! bei den Soz.) Noch immer ist die Sterblichkeit sehr groß, wenn sie auch infolge verschiedener Maßnahmen nachgelassen hat. Namentlich im Osten steht die Sterblichkeit weit über dem Durchschnittssatz. Während im Durchschnitt auf je tausend Einwohner 18 Sterbefälle kommen, beträgt deren Zahl in fast allen Regierungsbezirken des Ostens 23. Die Stadt Berlin, die immer als ungesund hingestellt wird besonders von den Agrariern, hat eine Sterblichkeit unter der Durchschnittszahl. Aehnlich, wie bei der allgemeinen Sterblichkeit, ist es bei der Säuglingssterblichkeit. Auch diese hat allmählich abgenommen, aber sie betrug 1906 im Durchschnitt auf 1000 noch immer 177, und auch hier übersteigt der Osten den Durchschnitt ganz erheblich, so Westpreußen mit 204, Schlesien mit 212 Sterbefällen. Wir müssen auf das lebhafteste protestieren, wenn man das, was bisher in hygienischer Beziehung geschehen ist, wieder beseitigen will. Bei dem Gesetz betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten stehen wir auf dem Standpunkt, daß das Gesetz einzelnen Gemeinden große Lasten aufbürdet, aber das allgemeine Interesse, das Interesse der Volksgesundheit, steht höher, als das Interesse einzelner Kreise. Deshalb müssen wir auch auf diesem Gebiet vorwärtsschreiten. Im Etat sind die Mittel zur Ausführung dieses Gesetzes um 50 000 Mark gekürzt mit der Begründung, daß der bisherige Betrag von 230 000 Mark über das Bedürfnis hinausgeht. Ich glaube, es wäre sehr wohl möglich, nicht nur diese 50 000 Mark, sondern noch weit mehr für derartige Zwecke zu verwenden. Das ergibt sich aus dem Bericht der Medizinalverwaltung, der konstatiert, daß das Gesetz, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, sich vielfach gar nicht durchführen lasse, weil die Wohnungsverhältnisse es nicht gestatteten, den Kranken abzusondern und auch den Krankenhäusern jedes Mittel zur Absonderung der Kranken fehle. (Hört, hört! bei den Soz.) Das zeigt auch, daß, wenn noch so viele Aufwendungen für die Gesundheitspflege gemacht werden, nichts erreicht wird, wenn nicht Hand in Hand damit eine vernünftige Wohnungshygiene geht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist erfreulich, daß das Interesse für die öffentliche Gesundheitspflege sich überall zu rühren beginnt, in Gemeinden, wie im Staate. Aber all diese Leistungen können nicht die richtigen Früchte tragen, wenn nicht Hand in Hand damit eine vernünftige Wohnungspolitik geht. Der Bericht des Kultusministeriums konstatiert ausdrücklich, „daß eine wirksame Durchführung der Absonderung in der Behausung des Kranken sehr oft mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, daß es in der ärmeren Bevölkerung nur selten möglich war, die Absonderung vorschriftsmäßig so einzurichten, daß der Kranke mit anderen, als den zu seiner Pflege bestimmten Personen, dem Arzte und dem Seelsorger, nicht in Berührung kam". Sie haben hier ein amtliches Dokument zum Beweise dafür, daß das Gesetz auf dem Papier steht, wenn nicht gleichzeitig dafür gesorgt wird, daß die Bevölkerung, in derem Interesse es gemacht ist, im stande ist, sich vernünftige Wohnungen zuzulegen. Ich möchte der Regierung anheimgeben, die Summe, um die der Titel zur Ausführung des Gesetzes gekürzt ist, für ähnliche Zwecke zu verwenden, wie es bereits eine ganze Anzahl von Gemeinden tut. Es gibt eine Reihe von Gemeinden, die sich nicht darauf beschränkt, dem Kranken Heilung zuteil werden zu lassen, sondern dafür sorgt, daß jeder Kranke womöglich sein eigenes Zimmer hat. Wir haben namentlich in den großen Städten eine sehr große Bevölkerungsschicht, die wegen der hohen Mietspreise gezwungen ist, Schlafburschen aufzunehmen. In Charlottenburg ersetzen wir jetzt der Familie die Miete, die sonst der Schlafbursche zahlt, von der Gemeinde, damit der Kranke sein eigenes Zimmer hat. Wo der Kranke nicht einmal ein eigenes Bett hat, wird ein solches aus Mitteln der Gemeinde geliefert. Vielleicht könnte der Staat auch diesen Weg beschreiten. (Zustimmung links.) Das Wohnungselend beschränkt sich aber nicht auf die großen Städte, sondern wir begegnen ihm auch auf dem platten Lande. Ganz besonders schlecht sind die Wohnungsverhältnisse für die Saisonarbeiter. Auch hier kann ich mich auf amtliche Mitteilungen beziehen. Nach diesen genügten z. B. im Regierungsbezirk Potsdam die Massenwohnungen landwirtschaftlicher Arbeiter meist nicht den polizeilichen Anforderungen. (Hört, hört! bei den Soz.) Es wird erzählt, daß sehr häufig Krankenstuben fehlten, daß dies auch der Fall war, als auf den Quartieren des Rittergutes Stolpe eine Reihe von Cholerafällen ausbrach. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Kreise Regenwalde wurden die hölzernen Baracken der Bahnsprengarbeiter untersucht. Dabei fand sich, daß das Lagerstroh im Schlafraum unsauber war und daß Waschgeräte und Aborte fehlten. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch im Regierungsbezirk Bromberg herrschten vielfach große Uebelstände, und es wird ausdrücklich im amtlichen Bericht gesagt, daß diesen Uebelständen eine Ausbreitung der Pocken zu danken war. Weiter wird das Reichsseuchengesetz dadurch illusorisch gemacht, daß vor allem auf dem Lande nicht immer Gelegenheit vorhanden ist, die an übertragbaren Krankheiten Leidenden in Krankenhäusern zweckmäßigerweise abzusondern. Auch das geht aus dem amtlichen Bericht hervor. Es herrschen also teilweise Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen. Wo die Mittel der Gemeinde nicht ausreichen, hat der Staat die Pflicht, helfend einzugreifen. Es gibt noch eine ganze Reihe von Gemeinden, in denen es an ausreichenden Krankenhäusern fehlt, oder in denen Krankenhäuser vorhanden sind, die den Anforderungen der modernen Hygiene nicht entsprechen. Wir halten es für unbedingt notwendig, daß die Verpflegung in den Krankenhäusern unentgeltlich ist. Es geht nicht an, daß man sich in den Krankenhäusern von geschäftlichen Grundsätzen leiten läßt. Bei Beratung des Etats des Charité-Krankenhauses werden wir auf die Erhöhung der Pflegesätze zurückkommen, die nicht im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege liegen. Weiter halten wir für notwendig die gesetzliche Regelung des Hebammenwesens. Der vom Regierungstisch versprochene Gesetzentwurf ist uns immer noch nicht vorgelegt worden. Wie notwendig er ist, ergibt sich schon daraus, daß wir in Preußen noch Kreise haben, wo fast drei Viertel aller Mütter überhaupt nicht die Hilfe einer Hebamme genießen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Folgen sind Kindbettfieber, hohe Sterblichkeit der Frauen und natürlich auch eine hohe Kindersterblichkeit. Die Staatszuschüsse, die seit einiger Zeit für diese Zwecke gewährt werden, genügen nicht, wir verlangen eine gesetzliche Regelung. Wir sind sehr gern bereit, alle die Mittel zu bewilligen, die für die öffentliche Gesundheitspflege notwendig sind. Ich sage das selbst auf die Gefahr hin, daß Freiherr v. Zedlitz wieder sagt, solche Erklärungen hätten keinen Wert, wenn man nachher nicht doch für den Etat stimmt. Ich habe an dieser Stelle keine Veranlassung, die Auffassung des Herrn v. Zedlitz von unserer Etatablehnung oder -bewilligung näher zu erörtern. Ich möchte dem Freiherrn v. Zedlitz nur den Rat geben, seinerseits dafür zu sorgen, daß alle unsere Wünsche erfüllt werden, daß der Etat so gestaltet wird, wie wir es verlangen. Dann wird ja die Abstimmung zeigen, ob die Erwartungen des Herrn v. Zedlitz in Erfüllung gehen. Vorläufig habe ich keinen Anlaß, seine Neugier zu befriedigen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heisig (Ztr.) fragt an, wie es mit den Verhandlungen über die Zulassung der Tierärzte zur Promotion stehe und erörtert die Durchführung der Gesundheitspolizeigesetze, die nicht immer dem Sinne des Gesetzgebers entspreche. Schließlich verbreitet er sich über die Frage der Feuerbestattung.

Das Haus vertagt dann die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.

Schluß: 4½ Uhr.

*

75. Sitzung vom Freitag, 30. April, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird beim Kapitel „Medizinalwesen" fortgesetzt.

Die Abgg. Geisler (Ztr.) und Marx (Ztr.) wünschen bessere Nahrungsmittelkontrolle auf dem Lande wie in den Städten.

Abg. Müller-Sagan (Fr. Vp.) tritt dafür ein, daß den Veterinärmedizinern die Promotion an den tierärztlichen Hochschulen in Preußen ermöglicht wird.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß die Medizinalabteilung darauf keinen Einfluß hat.

Abg. Müller-Sagan (Fr. Vp.) bedauert, daß kein Vertreter des zuständigen Ressorts anwesend sei.

Abg. Dr. Kindler (Fr. Vp.) befürwortet den Neubau des hygienischen Instituts in Posen.

Ein Regierungskommissar gibt eine entgegenkommende Erklärung ab.

Abg. Dr. Heisig (Ztr.) wünscht Herabsetzung der Hebammengebühren.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Provinzialschulkollegien" klagt

Abg. Dr. v. Campe (natl.) darüber, daß an der Hildesheimer höheren Mädchenschule die Prüfung in Deutsch, Pädagogik und Geschichte von katholischen Examinatoren erfolge.

Ein Regierungskommissar hält dies für unbedenklich, zumal vom Standpunkt der Anhänger der Simultanschule aus, denen der Vorredner doch angehöre.

Abg. Dr. Bell (Ztr.): Wäre Herr v. Campe konsequent, müßte er nicht nur

---

Nach einem vertrauten Gespräch mit dem Capelano ließ er einen kleinen zweirädrigen Wagen mit dem Maulesel davor anspannen und fuhr in der Richtung nach Bergamo davon. Dort hielt er vor dem Hause des Dottore, des Distriktsarztes an, der alle vierzehn Tage einmal amtlich die Dörfer des Distrikts besucht, was den Bewohnern des Dorfes und der umliegenden alleinstehenden Häuser durch Glockengeläute jedesmal angezeigt wird. Der Dottore war ein guter Bekannter des Signore Maier und selbst Freidenker und Garibaldianer. Der Besuch des Küsters von Orvitano bei ihm war nur von kurzer Dauer.

Zwei Tage nachher wurde der Leichnam des Signore Maier unter großer Beteiligung des Dorfes und der fremden Gäste zur letzten Ruhe bestattet, während der Trauerzug durch die mit wilden Morgensternen übersäten Wiesen hinaus nach dem Kirchhof schritt, läuteten alle Glocken des viereckigen Kirchturms so feierlich wie noch nie.

Wenn aber später den Capelano von Orvitano seine Kollegen fragten, ob es wahr sei, daß er bei der Beerdigung des Gottesleugners habe läuten lassen, so wies er eine solche Verdächtigung mit Entrüstung zurück. Der Distriktsarzt von Bergamo sei zufälligerweise zur gleichen Zeit nach Orvitano gekommen und für den habe es geläutet.

A. Fendrich.

Kleines Feuilleton.

Die Unverschämtheit der Schundliteratur-Fabrikanten, so schreibt das „Hamburger Echo", wird immer größer. Der machtvolle Kampf, der überall gegen die Nic Carter-Hefte und ähnliche Produkte schamloser Gesellen eröffnet ist, hat diesen Schund in seinen bekannteren Erscheinungen etwas in Mißkredit gebracht. Das schädigt natürlich den Absatz. In einigen Städten, so in Hamburg und Hannover, ist der Straßenvertrieb dieser Hefte überhaupt verboten. Doch die Schundliteratur-Industrie, die ja ganz außerordentlich einträglich ist, weiß sich zu helfen. Sie schafft neue Serien mit neuen Titeln und bringt sie in neuem Gewande auf den Markt, der sich diesen neuen Erzeugnissen natürlich ebenso willig öffnet wie den alten. So erschienen, als kaum die von der Hamburger Polizei verbotenen Schriften aus den Zeitungsständen auf der Straße verschwunden waren, a tempo neue Schriften an denselben Ständen von dem gleichen gemeingefährlichen Kaliber wie die verbotenen. So die „Bibliothek moderner Zehnpfennig-Romane", die ein Verlag von W. W. Klambt in Neurode im Eulengebirge in den Handel bringt. Die in ziemlich unscheinbarem Gewande erscheinenden Hefte tragen Titel wie: „Geheimnisse des Spielsaales", „Zwei Frauen", „Das walte Gott", „Mammon und Marmor" usw. Die Titel sind so charakteristisch, daß man kaum nötig hat, den Inhalt zu lesen, um zu wissen, was diese graugrünen Heftchen bringen. Sie bringen stilistisch und stofflich den gleichen Schund wie die von der Hamburger Polizei verbotenen, prangen aber nichtsdestoweniger an allen Verkaufsständen. Und wie sie gehen das erfährt man aus dem Aufdruck: „Ueber 8½ Millionen Bände vertrieben". Welche Summen von Geld sind also in diesen Schund hineingesteat, und wieviel Gift hat der verbreitet! Die Firma W. W. Klambt ist eine G. m. b. H. und ihre Inhaber sind Frau Hedwig Rose und Frau Dr. Ludwina Nawe, während Dr. Eduard Rose als Prokurist fungiert. Die Firma hat Zweigniederlassungen in Speyer und in Hamm i. W., was auch von dem großen Umfang ihres Be- und Vertriebes zeugt.

Und neben diesem Dreck prangen in etwas anderer, aber ebenfalls unauffälliger Aufmachung die Hefte der neuentstandenen Schund-Serien „Ein Warenhausmädchen", „Meisterdetektiv Robert" usw.

Das Frechste aber leistet sich eine Firma A. Eichler in Dresden-A., die Zweigniederlassungen in London, Paris, Newyork, Lodz (Rußland) und Berlin hat. Diese Firma vertreibt auch die berüchtigten Nic Carter-Hefte. Da diese in verschiedenen Städten nicht mehr vertrieben werden dürfen, hat die spekulative Firma Ersatz geschaffen. Ihr neuestes Produkt heißt „Die Denkmaschine". Natürlich ist es wieder ein Serien-Unternehmen. Jedes Heft kostet 20 Pfg. Die Ausstattung ist gar nicht mal ganz übel, desto übler freilich der Inhalt. Der Gipfel der Unverfrorenheit wird von diesem Unternehmen aber erklommen, indem auf dem Titelblatt das Profil von Gerhart Hauptmann prangt. Das Bild eines der zartesten deutschen Poeten muß also herhalten, um Reklame für diesen gemeinen Schund zu machen. Hoffentlich weiß Gerhart Hauptmann diesem Mißbrauch zu steuern. Gesetz und Rechtsprechung geben ihm die Handhabe dazu.

Die Tatsache, daß trotz der Proskriptionsliste der Polizei, deren Beachtung von den Organen der Polizei stets kontrolliert wird, immer neuer Schund entsteht und seinen Weg in das Publikum findet, dürfte auch denen, die bisher noch daran gezweifelt haben, wohl beweisen, daß mit den Prohibitivmaßnahmen von Polizei und Staatsanwalt im Kampfe gegen die Schundliteratur so gut wie nichts zu machen ist. Mit um so größerer Energie sollte man deshalb einmal den Kampf gegen Schmutz und Schund durch positive Mittel, namentlich durch Verbreitung guter Literatur, aufnehmen. Es gilt eine Aufgabe zu lösen, die für die geistige, moralische und körperliche Gesundheit unseres Volkes, für die gesamte Kultur von höchster Bedeutung ist.

müßte er nicht nur konfessionelle Prüfungskommissionen, sondern auch konfessionelle Schulen fordern, und dem könnten wir nur zustimmen.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) erwidert, daß er stets ein Anhänger der konfessionellen Schulen gewesen ist.

Dem Antrage der Kommission gemäß werden hierauf 5000 Mark für ein Absteigequartier des Oberpräsidenten von Brandenburg im Berliner „Fürstenhof" gestrichen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Universitäten und Charité-Krankenhaus in Berlin" kritisiert

Abg. Dr. Friedberg (natl.) die Nichtberücksichtigung des Vorschlagsrechts der Fakultäten im Falle der Berufung des Prof. Bernhard. Redner erörtert des weiteren den Fall Kuhlenbeck. Er fragt an, ob es zutreffend sei, daß in Lausanne sehr viele anarchistische Elemente unter den Studenten vorhanden seien, die Einfluß auf die deutschen Studenten hätten. Ferner bittet er um Aufklärung, ob Prof. Kuhlenbeck willkürlich abgesetzt sei, oder ob dabei nach den in der Schweiz bestehenden Vorschriften verfahren sei. Endlich müsse klargestellt werden, ob Prof. Kuhlenbeck selbst schuld an der ihm zuteil gewordenen Behandlung wäre. Falls nicht, müsse für ihn eine Stelle in Deutschland geschaffen werden. Habe er aber selbst die Schuld, so müsse er des Martyriums, das ihn umgebe, entkleidet werden. (Bravo! b. d. Natl.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 4¾ Uhr.

*

76. Sitzung vom Sonnabend, 1. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahlprüfungskommission beantragt, die Wahl des Abg. Dr. Wendlandt (natl.) für ungiltig zu erklären, hauptsächlich deswegen, weil an Stelle einer Terminwahl in einigen Orten unzulässigerweise Fristwahl stattgefunden habe. Weiter schlägt sie vor, in einer Resolution die Regierung um eine Anweisung zu ersuchen, daß fortan bei allen Wahlen zum Abgeordnetenhause für Termin- und Fristwahlen unterschiedliche Formulare verwendet werden.

Das gleiche verlangt ein nationalliberaler Antrag Wendlandt u. Gen. — Ferner beantragen Dr. Arning u. Gen. (natl.), die Wahl zur nochmaligen Prüfung an die Kommission zurückzuverweisen.

Nach längerer Diskussion wird zur Abstimmung geschritten, über deren Ergebnis das Bureau zweifelhaft bleibt. Der Hammelsprung ergibt, daß 95 Abgeordnete für die Zurückverweisung an die Kommission, 88 Abgeordnete dagegen stimmen. Das Haus ist also beschlußunfähig. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 1¼ Uhr an.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Zweite Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird der Antrag auf Zurückverweisung der Wahl des Abg. Dr. Wendlandt (natl.) an die Kommission angenommen.

Dann werden die Wahlen der Abgg. Dr. Beckmann (kons.), v. Tilly (kons.) und Kuhr (Fr. Vg.) nach dem Antrage der Kommission für giltig erklärt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Kultus-Etats, die beim Kapitel „Universitäten" fortgesetzt wird.

Geheimrat Elster erklärt, daß das Kultusministerium allgemein die Anschauung Dr. Friedbergs bei der Anstellung neuer Professoren teile. Es werde aber wohl nötig sein, irgend welche Maßregeln zu ergreifen, um dem Andrange neuer Universitätslehrer nach Berlin, das sich hier in der Tat als Wasserkopf zeige, zu begegnen. Zum Schluß wendet sich Redner zum Fall des in Lausanne entlassenen Professors Kuhlenbeck; eine Deutschfeindlichkeit der schweizerischen Behörden habe sich bei diesem Falle nicht gezeigt.

Abg. Dr. v. Liszt (Fr. Vp.) erörtert ebenfalls den Fall des Professors Kuhlenbeck, dessen wissenschaftliche „Bedeutung" er durch Stellen aus seinen Schriften illustriert. Auch wirft er ihm Unwahrhaftigkeit vor. Er bezichtigt weiter Kuhlenbeck der Kollegabtreibung. Das schlimmste aber sei der Anschlag am schwarzen Brett der Lausanner Universität, in dem wahrheitswidrig den deutschen Studierenden erklärt wird, nur diejenigen Auslandssemester würden ihnen angerechnet, während deren sie in deutscher Sprache bei deutschen Professoren gehört hätten.

Abg. Brütt (frk.) meint, der Vorredner habe zu einseitig geurteilt. Wir begrüßen die wohlwollende Haltung der Regierung gegenüber Kuhlenbeck. Wie steht es mit der leidigen Affäre des Patientenschachers, der jüngst die Presse beschäftigt hat? Ist es wirklich nötig, daß drei verschiedene Verfahren nebeneinander herlaufen müssen?

Unterstaatssekretär Weber: Vorwürfe, Patientenschacher getrieben zu haben, sind seit einiger Zeit sowohl gegen die Privatärzte als auch gegen einige Professoren erhoben worden. Ich habe schon in der Kommission hervorgehoben, daß, wenn auch über die Angelegenheit viel gesprochen worden ist, an tatsächlichem Material außerordentlich wenig vorliegt. In den Akten ist fast gar nichts darüber enthalten. Um die Angelegenheit klarzustellen, haben die beteiligten Professoren selbst den Antrag gestellt, es möchte ein Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet werden. Ihrem Antrage ist stattgegeben worden. Was dabei herauskommt, kann ich natürlich nicht sagen. Auf das gerichtliche Verfahren im Wege der Privatklage haben wir keinen Einfluß.

Abg. Graf Clairon-d'Haussonville (kons.) verlangt eine Förderung der kolonialen Professuren und spricht sich gegen ein Universitätsgesetz aus, ebenso gegen eine Regelung des studentischen Vereins- und Versammlungsrechts. Für eine Erörterung der Schmiergelderfrage im Aerztestande liege noch nicht genügend Material vor. Bei der Errichtung von Sozialprofessuren müsse die größte Vorsicht beobachtet werden.

Abg. Eickhoff (Fr. Vp.) tritt für eine Reform des zahnärztlichen Instituts in Berlin ein.

Abg. Hauptmann (Ztr.) meint, daß der ganze Fall Kuhlenbeck nur aus einem Konkurrenzkampfe entstanden sei. Bei solchen Streitigkeiten sollte man sich nicht auf die Schriften der Parteien berufen, wie es früher bei dem Streitfall Ruhland-Biermer der Abg. Eickhoff auch getan hat.

Abg. Eickhoff (Fr. Vp.): Ich habe mich immer auf einwandfreie Zeugenaussagen gestützt.

Abg. v. Böhlendorff (kons.) bedauert, daß das Kolonial-Institut nach Hamburg und nicht nach einer preußischen Stadt gelegt worden ist.

Nach weiterer Debatte wird die Weiterberatung auf Montag, 11 Uhr, vertagt.

Schluß 4¼ Uhr.

Herrenhaus.

8. Sitzung vom 29. April.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben, Schwartzkopff.

Präsident Frhr. v. Manteuffel eröffnet die Sitzung gegen 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Lehrerbesoldungsgesetzes wird fortgesetzt.

Auf eine Anfrage des

Generalfeldmarschall v. Heseler, wie es mit der Verpflichtung der Lehrer zur Uebernahme des Fortbildungsunterrichts stehe, erwidert

Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopff: Es kann vorkommen, daß der Lehrer, wenn er seine ordnungsmäßige Zahl von Stunden in der Volksschule gegeben hat, noch von der Behörde, der der Fortbildungsunterricht untersteht, zu Stunden herangezogen wird, eine besondere Entschädigung verlangt. In den Vokationsurkunden wird allerdings schon jetzt jeder Lehrer verpflichtet, in gewissem Umfange auch Fortbildungsunterricht zu erteilen.

§ 2 wird darauf angenommen, ebenso debattelos die §§ 3 bis 7.

§ 8 setzte nach den Beschließungen der Herrenhauskommissionen die Alterszulage wie folgt fort:

1. für Lehrer in den ersten vier Stufen auf je 200 Mark, in der fünften und sechsten je 250 Mark, in der siebenten bis neunten je 200 Mark jährlich;

2. für Lehrerinnen in den ersten zwei Stufen auf je 100 Mark, in den weiteren je 150 Mark jährlich.

Graf v. Carmer-Osten, Herr v. Byern und Professor Dr. Loening-Halle beantragen die Fassung des Abgeordnetenhauses wieder herzustellen, welche in bezug auf die Lehrer die Alterszulagen in etwas anderer Weise wie folgt regelt:

In den ersten beiden Stufen je 200 Mk., in der dritten und vierten je 250 Mk. und in der fünften bis neunten je 200 Mark jährlich.

Graf v. Hohenthal-Doelkau bittet namentlich im Interesse der ländlichen Lehrer, den Passus des Abgeordnetenhauses wieder herzustellen. Da auch Oberbürgermeister Schusterus-Charlottenburg für Wiederherstellung der Abgeordnetenhausbeschlüsse ist, hoffe ich, daß die anderen Bürgermeister ihm folgen werden.

Graf v. Ziethen-Schwerin spricht sich im Sinne des Vorredners aus.

Prof. Dr. Reinke-Kiel bittet auch um Annahme der Abgeordnetenhausbeschlüsse. Sollten die Herrenhauskommissionsbeschlüsse angenommen werden, so sollte man wenigstens einen Vermittlungsantrag beschließen, nach welchem die Gemeinden das Recht haben, alleinstehenden Lehrern eine Amtszulage von 100 Mark zu gewähren. Dann bekämen die Lehrer wenigstens etwas.

Prof. Löning-Halle begründet den oben mitgeteilten, von ihm und dem Grafen Carmer-Osten gestellten Antrag.

Stadtdirektor Tramm-Hannover tritt für die Beschlüsse der Herrenhauskommission ein. Die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses involvieren die Aufhebung der Staatszuschüsse, obwohl die Städte ein Recht auf diese Zuschüsse haben. Der Regierung sollte doch anliegen, zufriedene Städte zu haben. Statt dessen verlangt sie von den Kommunen die Erfüllung eines noblesse oblige, das diese gar nicht erfüllen können. Man verweist uns auf den Dispositionsfonds. Solche Verteilungen aber erfolgen meist ganz willkürlich.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Die Abstimmung über die Alterszulagen wird bis zur Erledigung der Paragraphen, die von den Staatszuschüssen handeln, ausgesetzt. Die §§ 9—15 werden debattelos angenommen. Die Beratung über die §§ 16—19, die von den Mietsentschädigungen handeln, wird ausgesetzt. Die §§ 20 und 21 (Ortszulagen) werden angenommen.

§ 22 setzt die Höchstsummen fest, über die hinaus die Ortszulagen das Lehrergehalt nicht erhöhen dürfen. Ein Antrag Schusterus-Charlottenburg will den Gemeinden das Recht geben, bei der Festsetzung der Ortszulagen den Familienbestand der Lehrer mehr zu berücksichtigen.

Da Ministerialdirektor Schwartzkopff erklärte, keine Bedenken dagegen zu haben, wurde der Antrag angenommen.

Im § 24, der von den Amtszulagen an die Schullehrer handelt, hat die Kommission die pensionsfähigen Amtszulagen von 100 Mark an die ersten und alleinstehenden Lehrer gestrichen. Mehrere Anträge wollen diese Streichung wieder aufheben.

Die Abstimmung über den § 24 wird zurückgestellt, die §§ 25 bis 42 werden debattelos angenommen.

Es folgen die entscheidenden §§ 43—50, die von den Staatszuschüssen an die Schulverbände und den Alterszulagen handeln und gemeinsam diskutiert werden. Die Herrenhauskommission hat die vom Abgeordnetenhause beschlossene Streichung der Staatszuschüsse an Schulverbände mit mehr als 7 Schulstellen wieder aufgehoben und Staatsbeiträge für jede politische Gemeinde bis zur Höchstzahl von 25 Schulstellen beschlossen. Sie hat auch die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Bestimmung aufgehoben, wonach das Recht auf den Bezug des Staatsbeitrags ruhen soll, wenn der Schulverband nach seinen Einkommens- und Belastungsverhältnissen den Staatsbeitrag nicht braucht.

Graf v. Carmer-Osten und v. Byern beantragen, die Fassung des Abgeordnetenhauses wieder herzustellen.

Oberbürgermeister Bender-Breslau befürwortet die Kommissionsbeschlüsse. Am besten wäre es gewesen, wenn der Finanzminister die paar Millionen für die Zuschüsse mehr bereitgestellt hätte. Jetzt sollen die Gemeinden leiden, was unangängig ist.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben tritt erneut für die Fassung des Abgeordnetenhauses ein. Wo der Zuschuß notwendig ist, soll er gewährt werden, wo er nicht notwendig ist soll er aber fortfallen.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag des Grafen Carmer gegen wenige Stimmen abgelehnt und mit großer Mehrheit die Kommissionsfassung des Herrenhauses für die §§ 43—50 aufrechterhalten. Auch bei § 8 wird der Antrag Graf Carmer abgelehnt und die Kommissionsfassung angenommen. Ebenso werden bei allen anderen Paragraphen, deren Abstimmung ausgesetzt war, alle Abänderungsanträge abgelehnt, so daß die Kommissionsfassung des Herrenhauses unverändert bleibt. Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen bis auf die Bestimmung über die rückwirkende Kraft, deren Beratung bis zur Verabschiedung des Mantelgesetzes zurückgestellt wird. Die Resolution der Kommission, die es mit der Selbstverwaltung der Gemeinden für unvereinbar erklärt, durch die Gesetze mit rückwirkender Kraft in das Etatsrecht der Kommunen einzugreifen, wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des Einkommen- und Ergänzungssteuergesetzes. Die Kommission hat die Fassung des Abgeordnetenhauses mit geringen Aenderungen genehmigt.

Der Gesetzentwurf wird nach kurzer Beratung unverändert angenommen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Mantelgesetz. Eingemeindung von Düsseldorf.)

Schluß 5 Uhr.

*

9. Sitzung vom Freitag, 30. April, 12 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben, Dr. Schwartzkopff.

Zunächst wird der Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Düsseldorf debattelos angenommen.

Hierauf verliest Präsident Frhr. v. Manteuffel ein Telegramm des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens, indem dieser, entgegen einer Bemerkung des Abg. Hamecher in der Budgetkommission des Reichstags vom 23. April jede Beziehung zum Deutschen Beamtenbund ablehnt. Eine Beteiligung an dem sogenannten deutschen Beamtentag in Berlin habe der Verband, obschon eingeladen, ausdrücklich verweigert. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Beratung des Mantelgesetzes. Die Kommission hat in das Mantelgesetz die Wohnungsgeldzuschüsse, die ursprünglich in einem besonderen Gesetz enthalten waren, eingearbeitet und hat den Bestimmungen über den Wohnungsgeldzuschuß rückwirkende Kraft nicht schon vom 1. April 1908, wie das Abgeordnetenhaus, sondern erst vom 1. April 1909 ab beigelegt.

Oberbürgermeister Dr. Schmieding-Dortmund betont als Berichterstatter, die Kommission habe gewünscht, das die alten Tarifklassen Geltung haben sollten bis zum Erlaß eines neuen Gesetzes über Wohnungsgeldzuschuß in Preußen, der erst nach der Regelung dieser Frage im Reiche erfolgen könne.

Es findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt.

Graf Mirbach: Die Steuerzuschläge will unsere Kommission dauernd festlegen. Ich bitte Sie, dem Beschluß des Abgeordnetenhauses zuzustimmen, vorläufig nur vorübergehende Steuerzuschläge zu beschließen, bis eine organische Neuordnung der direkten Staatssteuern in Preußen erfolgt. — Nun zur Reichsfinanzreform! Mit meiner persönlichen Meinung will ich zurückhalten. Die Erbschaftssteur hat allerdings den Vorzug, daß sie nicht in die direkten Steuern von Preußen eingreift. Tatsächlich aber ist sie weiter nichts als eine direkte Steuer, die von meinen politischen Freunden aus sachlichen Gründen und im Einklang mit der Geschichte der konservativen Partei scharf bekämpft wird. Die Konservativen haben dem Blockgedanken durch ihre Zustimmung zu einer Besteuerung des Besitzes schon ein Opfer gebracht. Auf das äußerste gefährdet wird die Steuerreform im Reich aber durch diejenigen, die im ganzen Lande Lärm schlagen und zu einer Menge über die Dinge sprechen, die davon gar nichts versteht. Speziell muß ich mich da gegen Professor Delbrück wenden, der uns glattweg den Vorwurf macht, wir Großgrundbesitzer betrügen bei der Einkommensteuerdeklaration. Das Gegenteil ist richtig. Fürst Salm-Horstmar hat schon einen sehr hübschen Artikel mit Beispielen dagegen geschrieben. Nun zu Professor Wagner, der unter meinem Vorsitz als ungebetener Gast bei den Wirtschaftsreformern sprach. Er kam ins Uferlose, aber aus Respekt vor ihm ließ ich ihn reden. Auf Grund einiger harmloser Zwischenrufe hat man dann eine nichtswürdige Darstellung, als ob er herausgetrampelt, gejohlt wäre, in der liberalen Presse gegeben. Der ganze Kampf um die Reichserbschaftssteuer ist nichts als eine Hetze gegen die Konservativen. Besonderen Wert lege ich auf die Reform unserer direkten Steuern. Ich bitte Sie, dem Beschluß des Abgeordnetenhauses beizutreten, wonach diese organische Reform nach drei Jahren erfolgen soll. (Lebh. Beifall.)

Oberbürgermeister Wilms-Posen: Die linksstehende Presse hat nur auf den scharfen Ton des Bundes der Landwirte geantwortet. Ich bedaure, daß die Reichswertzuwachssteuer von den Konservativen angeschnitten ist. Scheitert die Reform, so ist Graf Mirbach mit seinen Freunden daran schuld. (Beifall und Widerspruch.)

Professor Dr. v. Schmoller-Berlin: Die Reichsfinanzreform steht hier eigentlich nicht zur Debatte. Ich muß bestreiten, daß Professor Delbrück den Großgrundbesitzern Unredlichkeiten vorgeworfen hat. Er hat sich ein großes Verdienst dadurch erworben, daß er die Reformbedürftigkeit der Einkommensteuer beleuchtet hat. Der allgemeine Eindruck der Behandlung, die mein Freund Adolf Wagner bei den Wirtschaftsreformern erfahren hat, ist ein ungewöhnlich ungünstiger gewesen. Es war sein gutes Recht und seine Pflicht, als Mann der Wissenschaft, die Erbschaftssteuer zu verteidigen, die alle anderen Länder haben. Eine Reichswertzuwachssteuer halte ich nicht für richtig; am wenigsten liegt sie im Interesse des Grundbesitzers. (Beifall und Widerspruch.)

Vizepräsident Dr. Becker: Ich möchte doch anheimgeben, allmählich zum Thema zurückzukommen. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Mirbach verliest den Brief, den er aus Anlaß der Vorgänge bei den Wirtschaftsreformern an Professor Wagner gerichtet hat, in dem er die Erwartung ausspricht, daß Professor Wagner der Darstellung der Presse, als ob es sich um skandalöse Vorgänge gehandelt habe, was eine dreiste absichtliche Entstellung der Tatsache sei, widersprechen werde.

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

Zur Spezialberatung liegt ein Antrag v. Wedel-Piesdorf und Dr. Hamm-Bonn vor, der für den Wohnungsgeldzuschuß die Tarifsätze des Abgeordnetenhauses bestehen lassen will, dagegen die neue Ortsklasseneinteilung ablehnt. Weiter soll der Ressortminister mit dem Finanzminister bestimmen können, in welche Servisklasse ein in der Klasseneinteilung nicht enthaltener Ort, an dem preußische Beamte ihren dienstlichen Wohnsitz haben, gehöre. Weiter soll das Staatsministerium in besonderen Ausnahmefällen das Recht haben, einzelne Orte in eine andere Servisklasse einzureihen.

Ein Antrag Hamm-Bonn will die rückwirkende Kraft vom 1. April 1908 wiederherstellen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben bittet um Annahme des Antrags v. Wedel-Piesdorf. Der Beschluß der Kommission sei nur mit einer Stimme Majorität bei Abwesenheit von drei Mitgliedern gefaßt. Es empfehle sich, als Provisorium die alte Ortsklasseneinteilung zu nehmen, mit der Absicht einer anderweitigen Regelung, wenn die Sache im Reiche entschieden sei. Durch den Beschluß der Kommission würde den kleinen Orten zuviel, den großen zu wenig Wohnungsgeldzuschuß gegeben.

Oberbürgermeister Ehlers-Danzig begrüßt es, daß keine ganz neue Ortsklasseneinteilung vorgenommen werden soll, wie sie im Abgeordnetenhaus unter einem Wettrennen aller Beteiligten zustande gekommen sei. Er halte es für das wichtigste, die Wohnungsverhältnisse einer Stadt so zu verbessern, daß sie in die niedrigste Tarifklasse kommt.

Oberlandesgerichtspräsident Hamm-Bonn wendet sich gegen die Vorschläge der Kommission.

Graf Fink v. Finkenstein verteidigt die Kommissionsbeschlüsse im Interesse der Beamten.

Staatssekretär a. D. v. Köller spricht für den Antrag Graf Wedel-Piesdorf.

In der Abstimmung werden die Anträge des Grafen Wedel-Piesdorf und mit ihnen § 1 mit großer Mehrheit angenommen, ebenso § 2.

Zu § 3 begründet Oberlandesgerichtspräsident Hamm-Bonn seinen Antrag auf rückwirkende Kraft der Wohnungsgeldzuschüsse vom 1. April 1908 ab. In der Thronrede sei ausdrücklich die Versicherung gegeben, daß alle Aufbesserungen vom 1. April 1908 ab gelten sollen. Die Rede des Finanzministers gegen die wüste Agitation der Beamten war uns allen aus dem Herzen gesprochen, aber berechtigte Wünsche der Beamten soll man erfüllen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben bittet dringend, dem Antrag Hamm stattzugeben, da der Wohnungsgeldzuschuß für eine Anzahl von Beamter die einzige Aufbesserung bedeutet.

Graf Wedel-Piesdorf: Vom Wohnungsgeldzuschuß steht kein Wort in der Thronrede. Wenn ein Minister im Abgeordnetenhaus ein Versprechen in der erwähnten Richtung abgegeben habe, so sei das Herrenhaus dadurch nicht gebunden. (Sehr richtig!) Da die Steuererhöhung für 1908 nicht gelten soll, seien Mittel für die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses im Jahre 1908 nicht vorhanden. Die Beamten erhielten schon eine sehr hübsche Summe, wenn sie jetzt auf einmal sechs Quartalsraten der Besoldungszulage und zwei Quartalsraten Wohnungsgeldzuschuß bekämen. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben betont nochmals, daß die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für weite Kreise der Beamten die einzige Form der Aufbesserung darstellt. Man möge in den Beamtenkreisen das Gefühl der Erbitterung nicht noch weiter Platz greifen lassen. Die letzten Vorgänge in der Beamtenwelt seien ernst genug. Uebrigens sei in der Thronrede ausdrücklich eine Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses angekündigt. (Hört, hört!)

Oberbürgermeister Körte-Königsberg: Ein wirklicher Grund für eine tiefgehende Erregung unter den Beamten liegt nicht vor. Die Staatsbeamten mögen sich damit trösten, daß die Kommunalbeamten nirgends vom 1. April 1908 an erhöhte Gehälter bekommen.

Finanzminister v. Rheinbaben: Was die Gemeinden tun, ist ihre Sache. Die Regierung ist aber durch die Erklärung der Thronrede gebunden.

Oberbürgermeister Dr. Schmieding-Dortmund: Wäre der Landtag durch die Thronrede gebunden, durch die jedes Gesetz in Aussicht gestellt wird, so hätte er überhaupt nichts mehr zu sagen. (Sehr richtig!)

v. Wedel-Piesdorf zieht nach der Feststellung, daß in der Thronrede den Beamten eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses verheißen wurde, seinen Widerspruch gegen die Bewilligung von 1908 zurück.

Graf Fink zu Finkenstein: Ein Versprechen für ein bestimmtes Jahr ist den Beamten nicht gemacht. Wenn das Herrenhaus überhaupt noch ein Parlament sein will, müsse es das Recht haben, auch in der Thronrede angekündigten Gesetzen nicht zuzustimmen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Natürlich ist das Herrenhaus nicht gebunden, aber daß beide Häuser des Landtags auf Erklärungen in der Thronrede besonderen Wert legen, ist doch klar. Es kommt darauf an, daß in der Thronrede Hoffnungen in der Beamtenschaft geweckt worden sind, die nun enttäuscht werden sollen. Daß die Worte der Thronrede für 1908 Geltung haben, ist klar, da die Rede zu Beginn der Landtagskampagne gehalten ist.

Oberbürgermeister Körte-Königsberg verweist darauf, daß

z. B. ein Gesetz über die Heranziehung der Lehrer zur Gemeindeeinkommensteuer, eine Neuregelung des Kommunalsteuerprivilegs wiederholt in der Thronrede angekündigt wurde, aber nicht gekommen ist. Ankündigungen in der Thronrede hätten also nicht die Bedeutung, die ihnen der Finanzminister beigemessen hat.

Der Antrag Hamm wird hierauf abgelehnt. Die rückwirkende Kraft für den Wohnungsgeldzuschuß reicht also nur bis zum 1. April 1909.

Zu § 7, in dem die Kommission dauernde Steuerzuschläge fordert, beantragen Graf Mirbach und Oberbürgermeister Schustehrus-Charlottenburg die Wiederherstellung der Fassung des Abgeordnetenhauses, daß die Steuerzuschläge nur vorübergehend gelten sollen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben bittet, die Anträge auf Wiederherstellung der Fassung des Abgeordnetenhauses anzunehmen. Die Neuregelung der Materie werde auf jeden Fall in kurzer Zeit erfolgen, zumal der jetzt geschaffene Steuertarif auf längere Dauer nicht aufrecht erhalten werden könne.

Oberbürgermeister Ehlers-Danzig gibt zu, daß es ziemlich gleichgiltig sei, ob in diesem Falle der Beschluß der Kommission aufrecht erhalten wird oder nicht.

Graf Botho zu Eulenburg: Die 25 Proz. Zuschläge können in der Tat auf die Dauer nicht bestehen bleiben, ohne die größte Unzufriedenheit hervorzurufen. Da das Abgeordnetenhaus auf seine Fassung besonderen Wert legt, können wir ihr zustimmen.

Oberbürgermeister Rive-Halle: Wir haben dem Finanzminister viel abschlagen müssen, hier können wir ihm entgegenkommen, da die Sache nichts kostet. (Heiterkeit.)

Die Fassung des Abgeordnetenhauses wird hierauf wieder hergestellt.

Beim § 8, wonach die erhöhten Steuerzuschläge bei der Kommunalbesteuerung nicht berücksichtigt werden dürfen, spricht

Oberbürgermeister Körte-Königsberg den Wunsch aus, daß von einer Reichswertzuwachssteuer Abstand genommen werden soll, da die Wertzuwachssteuer für die Gemeinden der letzte steuerliche Nothafen sei.

Oberbürgermeister Lentze-Magdeburg hofft, daß baldmöglichst der Zustand wiederkehren möge, daß Staat und Gemeinde Zuschläge von gleicher Höhe erheben.

§ 8 wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes und das ganze Gesetz in der Gesamtabstimmung. Hierauf wird das wiederhergestellte Wohnungsgeldzuschußgesetz nach dem Antrage v. Wedel-Piesdorf ebenfalls angenommen.

Alsdann wird nach kurzer Debatte beschlossen, in Konsequenz der Beschlüsse zum Mantelgesetz auch bei der Mietsentschädigung für die Lehrer die rückwirkende Kraft bis 1. April 1908 zu streichen. Das Lehrerbesoldungsgesetz wird dann in der Gesamtabstimmung gegen wenige Stimmen angenommen.

Hierauf wird das Gesetz über das Höferecht in der Provinz Hannover in der Fassung der Agrarkommission angenommen.

Alsdann vertagt sich das Haus. Die nächste Sitzung soll voraussichtlich um den 20. Mai herum stattfinden.

Schluß 6¾ Uhr.

Genossenschaftsbewegung.

Eine neue genossenschaftliche Gründung. Mit den paar Mark Dividenden, die der einzelne am Jahresschluß herausbezahlt erhält, kann er nicht viel ausrichten; legen aber die Tausende von Mitgliedern die anfallenden Dividenden zusammen, so lassen sich große Werke schaffen zum Nutzen aller! — So hat der Bauerndoktor Heim zu seinen nach Tausenden in Genossenschaften organisierten bayerischen Bauern gesprochen. Und er gründete aus den von den Bauern nicht abgehobenen Dividenden die bekannte Bauernuniversität in Regensburg, die jährlich im Winterhalbjahr 100 Bauernsöhnen oder selbständigen Bauern Gelegenheit gibt, sich Universalbildung fürs praktische Leben anzueignen. Der zweijährige Betrieb der Bauernuniversität hat die an sie gestellten Erwartungen vollauf befriedigt.

Nun hat Dr. Heim wieder eine neue Gründung im Werk: Er baut ein Altersversorgungsheim und Sanatorium für Dienstboten und Bauern in dem bayerischen Dörfchen Plankstetten. Und wieder liefert die über ganz Bayern zentralisierte große Bauerngenossenschaft durch Zurückhaltung der Dividenden dazu die Mittel. Die erste Rate von 50 000 Mk. ist zum Bau bereits angewiesen. Mit dem Bau wird demnächst begonnen. Zunächst wird ein Teil der Anstalt fertiggestellt. Der weitere Ausbau erfolgt von Jahr zu Jahr. Und in 10 Jahren soll ein Unterkunftsheim fertig sein, das 100 Pfleglinge aufzunehmen in der Lage ist. Aber nicht allein der Bau selbst soll aus den genossenschaftlichen Ueberschüssen bestritten werden, sondern auch der Unterhalt und der ganze Betrieb! Vorläufig glaubt Heim neben den Baukosten jährlich 100 000 Mk. als Betriebskapital zuschießen zu können.

Dieses Beispiel des wegen seiner „zu demokratischen" Gesinnung innerhalb des bayerischen Zentrums angefeindeten Bauerndoktors zeigt wieder aufs neue, daß man durch genossenschaftlichen Zusammenschluß Großes zu erreichen vermag. Und die Gründung und Finanzierung dieser Institute erfolgt doch erst wieder aus den Ueberschüssen der Bauerngenossenschaften, deren Hauptzweck ist (unter Ausschaltung des Zwischenhändlertums): gemeinschaftlicher Einkauf von landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln, Rohstoffen usw. und gemeinsamer Verkauf aller landwirtschaftlichen Produkte.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1908. Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine hat soeben ihren Geschäftsbericht über das Jahr 1908 veröffentlicht. Die Wirtschaftskrise ist nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung dieses Zentralinstituts der deutschen Konsumentenorganisation geblieben. Zwar ist der Umsatz nicht zurückgegangen, aber die Steigerung ist eine geringere wie im Vorjahre. Der Warenumsatz vermehrte sich von 59 866 220,04 Mark auf 65 778 227,03 Mk. Das ist eine Vermehrung von 5 912 056,99 Mk. oder 9,9 Prozent. Im Jahre 1907 betrug die Umsatzsteigerung 28,7 Prozent; so nachhaltig hat die Wirtschaftskrise das weitere Wachstum der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine beeinflußt. Sie teilt übrigens dieses Schicksal mit allen übrigen Großeinkaufsgesellschaften. Soweit Abschlußzahlen über deren Geschäftsergebnisse vorliegen, ist die Umsatzsteigerung im Jahre 1908 bedeutend geringer gewesen als im Jahre 1907. So hat z. B. die englische Großeinkaufsgesellschaft 1908 nur eine Umsatzsteigerung von 2,1 Prozent erzielt, gegen 9,2 Prozent im Jahre 1907. In der Schweiz stieg der Umsatz 1908 um 18,83 Prozent, 1907 um 34,8 Prozent, in Schweden im Jahre 1908 um 2,82 Prozent, 1907 um 13,3 Prozent, in Holland 1908 um 5,6 Prozent, 1907 um 25,0 Prozent, in Schottland erfuhr der Umsatz sogar einen kleinen Rückgang von 0,97 Prozent, gegen 6 Prozent Steigerung im Jahre 1907. Man sieht aus diesen Zahlen, daß die überall herrschende Wirtschaftskrise das Wachstum der Großeinkaufsgesellschaften ungünstig beeinflußt hat. Es kann ja auch nicht anders sein, da die breiten Massen der Bevölkerung ihren Konsum einschränken müssen, wenn die Arbeitsgelegenheit und das Einkommen geringer werden. Das muß notwendigerweise auf die Umsätze der Großeinkaufs-Gesellschaft einwirken.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände kann die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine mit ihrem Geschäftsergebnisse durchaus zufrieden sein. Der Reinüberschuß betrug 544 785,66 Mk. gegen 504 909,97 Mk. im Jahre 1907. Der größte Teil dieses Ueberschusses soll zu Abschreibungen und zur Stärkung der Reserven dienen. Wenn die Generalversammlung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Mainz sich dem Vorschlage der Geschäftsleitung über die Verwendung des Reinertrags anschließt, so werden die Reserven im laufenden Jahre sich auf 1 275 402,65 Mk. oder 85 Prozent des Stammkapitals von 1½ Millionen Mark belaufen. Die Bilanz der Gesellschaft zeigt einen sehr günstigen Status der Gesellschaft und beweist, auf welch gesunder Grundlage das ganze Unternehmen aufgebaut ist. Da jedoch das Eigenkapital der Gesellschaft noch immer in einem unbefriedigenden Verhältnis zum Umsatze steht, wird der Mainzer Generalversammlung vorgeschlagen, das Kapital der Genossenschaft um ½ Millionen zu erhöhen, wodurch es auf die Höhe von 2 Millionen gebracht wird. Im allgemeinen verlief das Jahr 1908 für die Großeinkaufs-Gesellschaft ziemlich ruhig. Die drei für sie bedeutungsvollsten Ereignisse: die Schaffung einer eigenen Bankabteilung, die Angliederung der Tabakarbeiter-Genossenschaft als besonderer Produktivbetrieb und die Errichtung der Seifenfabrik in Gröba in Sachsen fallen in das Jahr 1909 und werden daher im vorliegenden Geschäftsberichte nur kurz erwähnt.

Die Gesellschaft beschäftigt ein Personal von 313 Personen, das sich günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen erfreut. Im vorigen Jahre wurde die Errichtung eines Unterstützungsfonds beschlossen, der bei außerordentlichen Notfällen eingreifen soll. Die Inanspruchnahme dieses Fonds ist im ersten Jahre seines Bestehens nur gering gewesen, er soll aber auch in diesem Jahre wieder durch Zuweisung von 20 000 Mk. erhöht werden. Die einzelnen Abteilungen der Gesellschaft haben recht befriedigend gearbeitet. Ihre Entwicklung bestätigt das allgemeine Bild, das man von der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine bei der Durchsicht ihres Jahresberichts empfängt: Sie steht auf solider Grundlage und beweist durch ihr stetes, nicht überhastetes Vorwärtsschreiten, daß dieses Unternehmen der organisierten Konsumenten sich von richtigen Grundsätzen leiten läßt. Man kann daher mit Vertrauen der neuen Epoche entgegensehen, die durch die Schaffung größerer Produktivbetriebe der Gesellschaft eingeleitet wird.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki **Zur Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten.** Der amerikanische Stahltrust hat soeben seinen Ausweis für das erste Quartal des Jahres 1909 veröffentlicht. Dieser Abschluß wurde mit Spannung erwartet, da im Februar Preisstürze auf den amerikanischen Eisenmärkten einsetzten, über deren Wirkungen der Trustausweis Aufschlüsse bringt. Der Betriebsgewinn im ersten Quartal 1909 beträgt 22,9 Millionen Dollar gegen 26 Millionen im 4. Quartal 1908 und 18 Millionen im Vergleichsquartal des Vorjahres. Der Rückgang gegenüber dem Schlußquartal 1908 ist geringer als man bisher erwartete, nach den Meldungen über die heftigen Preiskämpfe wurde das Resultat noch viel ungünstiger taxiert. Die Reineinnahmen nach Abzug der Zuwendungen an den Tilgungsfonds für die Untergesellschaften, sowie an die Abnutzungs- und Reservefonds stellen sich auf rund 19 Millionen Dollar gegen 21 Millionen im vierten Quartal 1908 und 16 Millionen im ersten Quartal 1908. Einen bedenklicheren Eindruck als diese Ziffern machen bei zahlenmäßiger Wertung die Angaben über die Höhe des Auftragbestandes. Es lagen Ende März 1909 3,5 Millionen Tonnen Aufträge vor, gegen 3,6 Millionen Ende Dezember 1908, der Auftragsbestand Ende März 1908 betrug 4,6 Millionen Tonnen, Ende März 1907 etwa 8 Millionen Tonnen. Diese Zahlen lassen nun aber keinen Schluß auf die augenblickliche Geschäftslage in der amerikanischen Eisenindustrie zu. Mitte dieses Monats erklärte der Präsident des Trusts in der Generalversammlung, die Preisermäßigungen hätten die Wirkung gehabt, daß das Geschäft beinahe zum Stillstand gekommen wäre. In Erwartung noch niedrigerer Preise hätten die Verbraucher mit Käufen zurückgehalten, aber in den letzten Wochen, als die Preise die unterste Grenze fast erreicht hatten, wären die Käufe größer gewesen, das Geschäft sei jetzt in langsamer, aber stetiger Besserung begriffen. Diese Darstellung wird durch die Vorgänge aus der jüngsten Zeit bestätigt, so kam am Mittwoch die Meldung, daß der Stahltrust zum ersten Male wieder eine Preiserhöhung für Stahlplatten und Stabstahl um einen Dollar pro Tonne vorgenommen hat. Zugleich kamen erhöhte Notierungen von den amerikanischen Roheisenmärkten. Der sehr niedrige Auftragsbestand des Stahltrusts am Ende des ersten Quartals läßt sich demnach darauf zurückführen, daß in den ersten beiden Monaten eine völlige Stagnation eingetreten war, daß dann im März der vorliegende Bestand erreicht wurde, zeigt, daß die von dem Trustpräsidenten behauptete Besserung der Geschäftslage wirklich eingetreten war. Daß diese Besserung angehalten hat, dürfte aus den erwähnten Preiserhöhungen hervorgehen, doch ist natürlich von dieser Besserung bis zur Rückkehr normaler Verhältnisse noch ein weiter Weg. Mit Sicherheit darf angenommen werden, daß auch in der amerikanischen Eisenindustrie mindestens die Bewegung „nach unten" überwunden ist. Das bedeutet die Förderung einer Gesundung der internationalen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Soziales.

ssc. **Gartenstädte als Lebensverlängerer.** Der „Daily Telegraph" veröffentlicht folgende markante Ziffern, die den Einfluß des so viel gesünderen Lebens in den Gartenstädten auf die Lebensdauer nachweisen. Von den nachstehenden drei Gartenstädten sind Bournville und Port Sunlight Schöpfungen von sozialgesinnten Unternehmern, während Letchworth die erste Gründung der englischen Gartenstadtgesellschaft ist. Mag auch bei der Todesrate speziell in Letchworth die Tatsache mitspielen, daß zunächst in der Mehrzahl junge und kräftige Leute sich der neuen Gründung zugewandt haben, so sind im übrigen die Unterschiede doch frappant genug.

Gartenstädte	Todesrate auf 1000 Einwohner	Kindersterblichkeit auf 1000 Geburten
Letchworth	4,8	38,4
Bournville	7,5	89,2
Port Sunligth	8,0	65,4
Andere Städte oder Distrikte		
Bethnal Green	19,1	155
Shoreditch	20,6	163
Wolverhampton	14,8	140
Middlesbrough	20,3	169
Durchschnitt für 26 größte Städte	15,9	145

Vermischtes.

Kleine Ursachen — kostspielige Wirkungen. Das „Leipziger Tageblatt" schreibt: „Der kaiserliche Hofzug, der am 13. April das Kaiserpaar nach Venedig brachte, hat in Leipzig ein kleines Mißgeschick gehabt, das seine Folgen zeitigte. Zur Ueberführung des 54 Achsen zählenden Zuges von Schönefeld nach Connewitz, also von der Berliner auf die bayerische Linie, wurden dem Zuge zwei sächsische Schnellzugslokomotiven vorgespannt. Auf den Lokomotiven befanden sich außer Heizer und Führer je ein höherer sächsischer Eisenbahnbeamter. Wegen der zahlreichen Weichen auf der Ueberführungsstrecke ist an verschiedenen Stellen langsameres Fahren (z. B. 45 Kilometer) vorgeschrieben. Trotzdem war eine starke Erschütterung der Wagen des kaiserlichen Hofzuges an einer der kritischen Weichenstellen zu bemerken. Diese Erschütterung hatte die Folge, daß im Salonwagen ein Kammerdiener des Kaisers mit dem Teeservice hinglitt. Im Hofwagen wurde die Notleine gezogen, so daß der Hofzug sofort zum Stehen kam. Nach Feststellung der Ursache setzte sich der Zug mit einiger Verspätung wieder in Bewegung. Dieses Vorkommnis war der Anlaß zu einer eingehenden Untersuchung, die jetzt noch nicht abgeschlossen sein soll. Von der Königl. Generaldirektion der Staatseisenbahnen in Dresden kamen drei Geheimräte bezw. Oberbauräte nach Leipzig und nahmen zusammen mit einigen Leipziger Bauräten die Zwischenfallsstelle in Augenschein. Man stellte einen möglichst ebenso schweren Zug zusammen, spannte zwei Schnellzugslokomotiven davor und fuhr die betreffende Strecke mehrere Male mit jedesmal sich steigernder Geschwindigkeit ab. Während dieser Fahrten wurde ebenfalls ein Teeservice in dem einen der Wagen aufgestellt und in bezug auf seine Schwankungen beobachtet. Dabei soll allerdings das Teegeschirr auch umgefallen sein. Nach diesen Feststellungen begaben sich die Herren von der Generaldirektion nach Dresden zurück." Dazu schreibt ein leidtragender sächsischer Steuerzahler: Daß in dem Lande des durch seine Sparsamkeit berühmten Finanzministers Dr. v. Rüger ein solcher Aufwand an Kraft und Geld möglich ist, damit eine so nebensächliche Angelegenheit gründlich untersucht werden kann, sollte man nicht glauben. Die sächsischen Steuerzahler werden diese Nachricht jedenfalls mit sehr gemischten Gefühlen lesen, die außerdem einen sehr lehrreichen Beitrag zu dem Thema „Bureaukratismus" bildet. Gibt es denn auf den sächsischen Schnellzugsmaschinen keine Geschwindigkeitsmesser?

Ein Offizier wegen Unterschlagung verhaftet. Kiel, den 30. April. Unter dem Verdacht der Unterschlagung von Messegeldern ist der Oberleutnant zur See Schupius in Untersuchungshaft genommen worden.

Unter dem Hammer. Halle a. S., 29. April. Halles größtes Varieté, das Walhalla-Theater, das die Polizei wegen Feuersgefahr geschlossen hatte, kam heute unter den Hammer und wurde vom Kaufmann Raczinski aus Charlottenburg für 291 000 Mark erstanden. 186 000 Mark fallen aus.

Auf die Straße gestürzt. Bautzen, 29. April. Bei dem Versuche, in seine im vierten Stock gelegene Kammer zu gelangen, stürzte der 14jährige Barbierlehrling Basch auf die Straße und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb.

Verbrechen gegen das keimende Leben. Leipzig, 29. April. In Leipzig-Lindenau, Dürrenbergerstraße 21, fand man heute früh die 21jährige Dienstmagd Agnes Scheiding tot in ihrem Bette auf. Die Umstände lassen darauf schließen, daß ein Verbrechen wider das keimende Leben vorliegt. Auffällig ist es, daß die Wirtin der Toten, die Schmiede-Ehefrau Thoma, seit gestern verschwunden ist. Die Polizei hatte diese schon lange im Verdacht, eine sogenannte „weise Frau" zu sein.

Duell. Weimar, 29. April. Heute früh fand hier ein Pistolenduell zwischen dem Referendar Kuhn, dem Sohn eines Finanzrates, und dem Versicherungsbeamten Stief, einem früheren Offizier, aus Erfurt statt. Kuhn wurde tödlich getroffen.

Die Rache des Asiaten. Aus Petersburg wird geschrieben: Von einer barbarischen Bestrafung einer treulosen Frau durch einen grusinischen Fürsten wissen russische Blätter aus Tiflis folgendes zu berichten: Fürst Strasnitzki, der zu den begütertsten Großgrundbesitzern des Gouvernements gehört, ist bei dem grusinischen Adel wegen seines eisernen Starrsinns und der Wildheit seines Temperaments berüchtigt. Vor einigen Monaten hatte er die Tochter eines reichen Tifliser Eigentümers geheiratet und die junge Frau auf sein Schloß geführt, wo er, von aller Welt abgeschlossen, als Einsiedler lebte, bewacht von einer Schar bissiger Doggen und von Dienern, die den Hunden an Wildheit nichts nachgaben. Der Liebe wie dem Mitleid unzugänglich, hauste der gewalttätige Fürst hier wie ein mittelalterlicher Zwingherr und machte mit seinen Wutausbrüchen seiner Frau das Leben zur Hölle. Was Wunder, daß sich die bis aufs Blut gepeinigte Fürstin nach einem Tröster in ihrem Elend umsah, den sie in der Person des Verwalters der fürstlich Darclinschen Güter auch bald gefunden hatte. Zwischen den beiden entspann sich ein inniges Verhältnis. Die Liebenden kamen insgeheim oft zusammen, und beim Stelldichein verabredeten sie die gemeinsame Flucht, um unter einem gütigeren Himmel ein neues Leben zu beginnen. Aber sie hatten keine Zeit mehr, den Fluchtplan zur Ausführung zu bringen. Ein Diener hatte das Gespräch belauscht und das Geheimnis seinem Herrn verraten. Am Morgen des für die Flucht bestimmten Tages wurde der Gutsverwalter von den Dienern des Fürsten Strasnitzki aufgegriffen, auf das Schloß geschleppt und in den tiefsten Keller eingesperrt, wo man ihn dem Hungertode zu überlassen gedachte. Der Fürst aber begab sich in die Zimmer der Gattin und sagte der zu Tode Erschreckten: „Ich höre, daß du heute abend fliehen willst, mein Täubchen. Sehr schön, du sollst sehen, welche Brautfahrt ich für dich ausgedacht habe." Damit verließ er die ihrer Sinne kaum mehr Mächtige und verschloß das Zimmer. Um Mittag wurde der Fürstin das Essen serviert. Kaum hatte sie einige Bissen genossen, als sie, von unwiderstehlicher Schlafsucht befallen, in die Kissen des Divans zurücksank. Erst viele Stunden später erwachte sie aus ihrem bleiernen Schlaf. Ein tödlicher Schrecken lähmte der Frau die Glieder. Sie war gefesselt und steckte in einem wohlverschnürten Sack, der, von unsichtbarer Kraft bewegt, durch die nächtliche Stille dahinschwebte. Erst an von unten an ihr Ohr dringenden Geräusch der gegen die Schienen klirrenden Eisenräder, an dem Schüttern und Poltern der unter ihr dahingleitenden Last erkannte sie allmählich, daß sie sich auf einem in Fahrt befindlichen Eisenbahnzuge befand. Vergebens versuchte sie sich von den ihre Hände und Füße umschnürenden Fesseln zu befreien. Nachdem sie sich lange vergeblich abgemüht, fiel sie erneut in Ohnmacht und erlangte erst beim Morgengrauen auf der Station Velamok wieder das Bewußtsein. Die Bahnhofsbeamten hatten hier den auf dem Dache des Tifliser Durchgangswagens festgefundenen Sack und beim Oeffnen die gefesselte Fürstin gefunden. Sie war die ganze Nacht als Gepäckstück auf dem Wagendach gereist in Ausführung des Racheplanes, den ihr barbarischer Gatte für die versprochene Brautfahrt mit grausamem Raffinement ausgedacht hatte. Die Polizei erließ nach Feststellung des Tatbestandes sofort einen telegraphischen Haftbefehl, demzufolge der Fürst und seine Mitschuldigen in Untersuchungshaft genommen wurden.

Verhaftung. Newyork, 29. April. Der flüchtige Offenbacher Gaswerksbeamte Böning wurde hier beim Eintreffen verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

„Eintracht"-Enger. Ist versehentlich herausgeblieben.

Standesamts-Nachrichten.

Amt Herford. In der Zeit vom 19. bis 24. April 1909 sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten. Söhne: Bahnarbeiter Friedrich Weidenbrück, Sundern; Kolon Wilh. Köstermeyer, Schwarzenmoor; Maurer August Heitlindemann, Sundern; Maler Albert End, Sundern; Landwirt Dr. Gustav Waechter, Elverdissen (Zwillinge).

Tochter: Bauunternehmer Hermann Dustmann, Sundern.

Aufgebote. Milchverkäufer Heinrich Klaus, Stedefreund, und Näherin Anna Koch, Herford; Maschinenarbeiter Friedrich Höning und Johanne Sieker, Schwarzenmoor; Bahnarbeiter Friedrich Raukohl, Schweicheln, und Zigarrenarbeiterin Marie Stork, Eilshausen; Bahnarbeiter Heinrich Entgelmeyer und Zigarrenarbeiterin Johanne Bredenkötter, Diebrock; Landwirt Eduard Höner gent. Heidemeyer, Herford, und Auguste Döpke-Falkendiek.

Sterbefälle. Erich August Heinrich Krömker, 2 J., Schweicheln; Christine Marie Niehaus geb. Vogt, 46 Jahre, Diebrock.

Vereins-Kalender.

Montag.

Diskutierklub 8 Uhr im Restaurant „Stadt Bielefeld".

Männer-Gesangverein „Einigkeit" 8½ Uhr bei Viertmann, Bürgerweg.

Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 9 Uhr bei Brünig.

Gütersloh. Gesangverein „Einigkeit" 8½ Uhr.

Lage. Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Voß, Langestr.

jetzt vorgedruckte Karten versandt, in denen um Zusendung von 100 Klempnern und Installateuren ersucht wird. — Wir ersuchen die Kollegen allerorts, dafür zu sorgen, daß der Zuzug von Arbeitswilligen verhindert wird.

Die Klempnergesellen in Emden (Ostfriesland) sind in eine Abwehrbewegung eingetreten. Die Unternehmer kündigten den Tarif und boten Lohnverschlechterungen von 10 bis 15 Prozent. Versuche der Organisationsleitung, die Differenzen auf gütlichem Wege zu beseitigen, wurden durch den Vorstand des Vereins der Baugewerksmeister brüsk abgelehnt. Die Gesellen haben ihre Kündigung eingereicht, die am 1. Mai abläuft. Die Kollegen allerorts werden ersucht, die Klempner in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen und Arbeitsangebote nach Emden abzulehnen. Klempner und Installateure, meidet Emden!

Die Aussperrung der Stukkateure in Hannover dauert fort. Die Gehilfen beschlossen einmütig, den vom Einigungsamt gefällten Schiedsspruch abzulehnen, da er die von den Unternehmern verlangte Verlängerung der Arbeitszeit guthieß. Die Stukkateure in Hannover sind gewillt, den Kampf fortzusetzen und ersuchen um Fernhaltung des Zuzuges.

Gewerkschaftler und Parteipresse. In der Generalversammlung der Magdeburger Metallarbeiter vom letzten Sonntag machte der Vorsitzende Brandes im Geschäftsbericht auch Mitteilung von einer statistischen Aufnahme in der vorletzten Märzwoche, die Auskunft darüber gibt, welche Tageszeitung von den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes abonniert ist. Von den 8700 ausgegebenen Fragekarten waren innerhalb 8 Tagen 7590 zurückgeliefert. Sie ergaben: 5162 = 68 Proz. Abonnenten der „Volksstimme", 844 = 11,1 Proz. Abonnenten des „Magdeburger Generalanzeigers" oder „Zentral-Anzeigers", 1584 = 20,9 Proz. ohne Zeitungsabonnement. Die Mitglieder, welche außer der „Volksstimme" noch ein bürgerliches Blatt abonniert hatten, sind nur einmal als Abonnenten der „Volksstimme" in den obigen Zahlen enthalten. Die Mitglieder ohne Zeitung sind zumeist ledige Kollegen, welchen zum Teil bei den Eltern oder im Logis die „Volksstimme" zur Verfügung steht. Von den 7590 waren am Zähltag 592 arbeitslos.

Achtung, Steinsetzer! Die Steinsetzer und Rammer in Dresden haben in einer kombinierten Versammlung am 25. April einmütig beschlossen, bei den Unternehmern des Arbeitgeberverbandes für die Straßenbaugewerbe in Dresden die Arbeit niederzulegen, um dadurch die Verhandlung und Beratung zu einem neuen Lohntarif zu beschleunigen. Die Situation für die Streikenden ist äußerst günstig, da die angefangenen Arbeiten einem unbedingten Fertigstellen harren. Jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß sich von auswärts arbeitswillige Elemente finden werden, um den streikenden Steinsetzern und Rammern in den Rücken zu fallen. Aus diesem Grunde ersuchen wir alle reisenden Kollegen, Dresden zu meiden. Der Arbeitgeberverband macht alle Anstrengungen, um aus allen Teilen Deutschlands derartige Elemente herbeizuschaffen. Auch ein Herr Robert Michael, Steinsetzer, wohnhaft in Borna b. Chemnitz, leistet den Dresdener Unternehmern Helfersdienste, indem er in verschiedenen Zeitungen Steinsetzer sucht und sie dann an die Arbeitgeber verweist. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Unternehmerterrorismus. Die Entlassung sämtlicher Arbeiter des Hager-Grünthaler Eisenwerkes erfolgte am Dienstag, 27. April. Ueber den Grund gibt folgende schwarze Liste Auskunft:

Arbeitgeberverein für den Kreis Hagen-Schwelm.
Rundschreiben.

Die Firma Hagen-Grünthaler Eisenwerk hat heute nachstehenden Arbeitern mit vierzehntägiger Frist gekündigt, weil die mit unserem Rundschreiben vom 2. April bekannt gegebenen Hammerschmiede die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, so daß das Werk nach Ablauf der Kündigungsfrist stillgelegt werden wird. Wir ersuchen unsere Mitglieder, keinen Arbeiter der Firma Hagen-Grünthaler Eisenwerk zur Einstellung zu bringen.

Hochachtungsvoll
Die Geschäftsstelle: C. Jakobs.

Nachstehend folgen die mit dem Geburtsdatum versehenen Namen von 192 Arbeitern. 26 Hammerschmiede stehen auf einer besonderen Liste.

Es regt sich auch im Harz! Eine Delegierten-Konferenz der Harzhüttenleute fand am Sonntag 25. April, in Lautenthal im Harz statt. Durch Delegierte waren vertreten die Hütten zu Oker, Juliushütte bei Astfeld, Sophienhütte bei Langelsheim, Lautenthaler Silberhütte, Clausthaler Silberhütte, die Hütte zu Altenau und die Lerbacher Eisenhütte mit rund 1600 beschäftigten Hüttenleuten. Einberufen war die Konferenz von der Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes, um ein gemeinsames Vorgehen bei den verschiedensten Fragen in die Wege zu leiten. Nach eingehender Besprechung wurden mehrere Resolutionen angenommen. Zur Frage des Schichtlohnes die folgende: „Die Konferenz ist der Ansicht, daß auch in den Kesselhütten die achtstündige Schicht ein dringendes Erfordernis ist und die Arbeit im Schichtlohn ausgeführt werden muß, weil bei dem jetzigen Akkordsystem dem Arbeiter keine Kontrolle möglich ist. Den Arbeitern muß ein dem Dienstalter und den Verhältnissen entsprechender Schichtlohn gezahlt werden." — Wegen der Ueberstunden fordert die Konferenz: „Da durch die vielen Ueberstunden, Neben- und Sonntagsschichten Leben und Gesundheit der Hüttenleute gefährdet und Unfälle und Krankheiten durch Ueberanstrengung und Erschlaffung der körperlichen Kräfte vermehrt werden, ist eine Einschränkung und, wo es ohne Gefährdung des Betriebes möglich ist, eine Beseitigung dieser Arbeiten herbeizuführen. Der dadurch entstehende Lohnausfall muß durch Erhöhung des Schichtlohnes bezw der Gedingesätze ausgeglichen werden." — Weiter verlangt die Konferenz, daß bei Kaltstellung der Oefen den Ofenarbeitern der bisherige Schichtlohn ausbezahlt wird, ebenfalls auch den Arbeitern bezw. Ofenleuten, die infolge Krankheiten ihre bisherige Arbeiten nicht mehr verrichten können und im Dienst des Staates minder leistungsfähig geworden sind. — Zur Urlaubsfrage wurde folgender Antrag angenommen: „Die bisherige Regelung der Urlaubsgewährung ist einseitig und ungenügend, da den Hüttenleuten keinerlei Einfluß hierüber zugebilligt ist. Vor allem fordert die Konferenz, daß auch den Vertrauensleuten bezw. den Knappschaftsältesten eine Einwirkung bei dieser Frage gewährleistet wird, damit nicht begründeter Anschein der Einseitigkeit geweckt werden kann." — Daß auch die Arbeitssklaven des Harzes erwachen und sich ihrer elenden Lage bewußt zu werden beginnen, ist zu begrüßen. Sehen die Harzhüttenleute erst ein, daß die christlichen Organisationen nicht imstande sind, nennenswerte Erfolge für sie durchzusetzen, so werden sie nicht unschwer zum Eintritt in die freien Gewerkschaften zu bewegen sein.

Glasarbeiterstreik in Holland. In Mastricht sind 1000 Glasarbeiter wegen Nichtanerkennung der Organisation und Nichteinführung etwas besserer Löhne in den Ausstand getreten. Die Unterstützung der Ausständigen ist von der holländischen Organisation leider nicht aufzubringen, dagegen haben sich die Partei und die Gewerkschaften Hollands gemeinsam verpflichtet, die Ausständigen nach besten Kräften zu unterstützen. Ferner hat das internationale Sekretariat der Glasarbeiter einen Aufruf zur Unterstützung der Glasarbeiter Hollands erlassen.

Erfolgreiche Tarifbewegung im Wiener Steindruckgewerbe. Seit Wochen fanden zwischen dem Gremium der Lithographen und Steindrucker und dem Gehilfenausschuß Verhandlungen zum Zwecke eines neuen Tarifabschlusses für Wien statt. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig; es schien, als ob die Gegensätze nicht zu überbrücken wären, da die Unternehmer die Verhandlungen abgebrochen hatten. Darauf reichte in einer großen Anzahl von Betrieben das Maschinenpersonal seine Kündigungen ein, worauf die Unternehmer den übrigen Berufsangehörigen kündigten. Unter dem Drucke der Verhältnisse fanden abermals Verhandlungen statt, die zu einem befriedigenden Resultat führten. Es wurde erreicht: Für Lithographen, Retoucheure Licht- und Kupferdrucker eine acht-, für das Steindruckpersonal eine 8½stündige Arbeitszeit, eine Erhöhung der Mindestlöhne für ausgelernte Gehilfen bis zu 3 Kronen, für das Hilfspersonal um 2 Kronen pro Woche, ferner eine Erhöhung für Entlohnung der Ueberstunden, die Bezahlung der Feiertage, eine Regelung der Lehrlingsskala, die Kündigungsfrist, bezahlte Urlaube in der Dauer von drei Tagen bis zu einer Woche, die Anerkennung der Vertrauensmänner, sowie die Stellenvermittlung des Oesterreichischen Senefelder-Bundes. Der neue Tarif trat mit dem 26. d. M. in Kraft und hat Giltigkeit bis Ende März 1914. Der Erfolg der Steindrucker zeigt allen Arbeitern die hohe Bedeutung einer gewerkschaftlichen Organisation und die großen Erfolge, die von ihr zu erzielen sind. Freilich ist die Erringung des Achtstundentages im Steindruckgewerbe das Verdienst einer altbewährten, ausgezeichnet disziplinierten, vorzüglich geschulten Organisation, die fast alle Berufsgenossen umfaßt. Wenn andere Organisationen ähnliche Voraussetzungen ihrer gewerkschaftlichen Aktionen aufweisen werden, dürften auch ebenso bedeutsame Erfolge nicht lange auf sich warten lassen.

Gerichtliches.

** **Bielefeld**, 28. April. Strafkammer. Wegen Vergehens gegen § 16 des Gesetzes vom 12. Mai 1894 zum Schutze des Warenzeichens hatte sich der Drogist Bernstein von hier zu verantworten. Bei ihm war gelegentlich einer Nahrungsmittelrevision ein Medizinischer Ungarwein, der als Tockayer-Wein etikettiert worden war, vorgefunden worden. Der Angeklagte behauptet, sich dabei nichts gedacht zu haben, er habe den Wein und auch die Flaschenetiketts von einer Wiesbadener Firma bezogen. Wenn er auch einem alten Mißbrauch gefolgt sei, so habe ihm jedoch die Absicht, das Publikum zu täuschen, ferngelegen. Demgegenüber stellte das Gericht fest, daß das Publikum unter Tockayerwein nicht den Ungarwein verstehe, sondern nur den guten und echten Tockayerwein. Der Angeklagte habe das Publikum nicht nur objektiv getäuscht, sondern auch die Absicht gehabt, das Publikum über Beschaffenheit und Wert des Weines zu täuschen. Das Urteil lautete auf 150 Mk. Geldstrafe eventl. 10 Tage Gefängnis.

Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde der Verlags- und Kolportagebuchhändler Emil Zaun von Bornheim bei Bonn am Rhein, zuletzt in Bielefeld wohnhaft. Der Angeklagte, der schon wegen Betruges vorbestraft ist und von der Staatsanwaltschaft in Lemgo und Detmold steckbrieflich verfolgt wird, hat sich diesmal als Opfer seiner Betrügereien die Landbevölkerung ausersehen, und in der Anklage sind allein 60 Fälle verzeichnet, wo er Personen in der Umgebung von Oeynhausen, in Dornberg und Umgebung, in Theesen, in Brake, in Vilsendorf, Schildesche und in Diebrock um Geldbeträge in der Höhe von 5 bis 30 Mk. beschwindelt hat. Der Angeklagte vertrieb in den Jahren 1908 und 1909 an allen diesen Orten die Zeitschriften „Fürsorge" und „Praktischer Landwirt", welche ihre Abonnenten gegen Krankheit und Unfall bei der Versicherungsgesellschaft „Iduna" versichert hatten. Der Angeklagte aber hat es mit der Einziehung der Beiträge sehr ernst genommen, den Leuten aber weder die bezahlten Zeitschriften noch Versicherung bewirkt. Auf diese Weise hat er die hier aufgeführten Personen um rund 650 Mark geprellt. Das Geld ist von ihm verausgabt und dadurch sind ihm die Mittel, die Zeitschriften anzukaufen, entzogen worden. Die Strafkammer stellte heute schwere Urkundenfälschung in 14 Fällen in Tateinheit mit Betrug und außerdem noch 46 Betrugsfälle fest und erkannte gegen den Angeklagten auf fünf Monate Gefängnis. Die zweite gegen ihn anstehende Sache war eine Berufungssache. In diesem Falle hat er in gleicher Weise eine Anzahl Landleute in der Mindener Gegend gebrandschatzt, und das Schöffengericht zu Minden hatte ihn wegen Betruges zu einer Geldstrafe von 60 Mark eventl. 12 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Staatsanwaltschaft zog heute die wegen des Strafmaßes eingelegte Berufung zurück, da nachher doch auf eine Gesamtstrafe erkannt werden muß.

Der wegen Gewalttätigkeiten mehrfach vorbestrafte jugendliche Arbeiter Carl Westhoff von Minden führt in seiner Berufung Beschwerde darüber, daß ihn das Schöffengericht zu Minden am 4. März d. J. wegen Körperverletzung in 2 Fällen zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt hatte, und dabei wurde heute festgestellt, daß er am 1. Juli v. J. zwei Leute ohne alle Veranlassung durch Faustschläge ins Gesicht mißhandelt hat. Es wurde deshalb seine Berufung als unbegründet verworfen.

Der jugendliche Hausdiener August Hölting von Herford, welcher früher bei dem Kaufmann Limbach in Stellung gewesen ist, war stellen- und dadurch mittellos geworden. Da er Hunger verspürte, ist er in der Nacht zum 5. Dezember v. J. durch ein Fenster in die Küche seines früheren Dienstherrn eingestiegen und hat sich an einem Stück Pumpernickel und einem Ende Wurst zu sättigen versucht. Dies wäre aber nicht schlimm gewesen, wenn er nicht ein Paar Schuhe und ein Portemonnaie mit Inhalt, dem Hausdiener Klöpper gehörig, mitgenommen hätte. Er wurde wegen schweren Diebstahls zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt und wird auch der bedingten Begnadigung empfohlen werden.

Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Schlosser Wilhelm Schreyer von Herford, ein mehrfach vorbestrafter Mensch, hat auf dem Bettelgange in Herford bei dem Dr. Budde eine Mütze gestohlen. Der Diebstahl ist aber sogleich entdeckt und der Angeklagte dingfest gemacht worden. Er erhielt heute wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle und Bettelns drei Monate Gefängnis und drei Wochen Haft. Die Haftstrafe ist durch Anrechnung der Untersuchungshaft verbüßt.

Am 16. September v. J. haben der Kaufmann Heinrich Meyer von Eilshausen und der Bäcker Heinrich Stork von Eilshausen im Zentralhotel zu Bünde den Goldarbeiter Wittkämper ohne jegliche Veranlassung in ihrer Wut darüber, daß sie aus dem Hotel an die Luft gesetzt worden waren, in roher Weise mißhandelt. Das Schöffengericht zu Bünde hatte den Meyer wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu 1 Monat Gefängnis und den Stork zu einer Geldstrafe von 150 Mark eventuell 15 Tagen Gefängnis verurteilt, wogegen die Angeklagten, die um mildere Strafe baten, Berufung eingelegt hatten. Hiermit hatte nur Meyer Erfolg, indem er zu einer Geldstrafe von 400 Mark eventuell 40 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Im übrigen wurde die Berufung verworfen.

** **Bielefeld**, 1. Mai. Strafkammer. Der Malergehilfe Franz Benno Aßmer und der Knecht Emil Heidemann von Halle waren vom Schöffengericht zu Halle wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 2 Wochen Gefängnis und wegen Erregung ruhestörenden Lärmes zu einer Geldstrafe von je 10 Mark eventl. 2 Tagen Haft verurteilt und hatten gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Die Strafkammer kam auf Grund der heutigen Beweisaufnahme zur Aufhebung des ersten Urteils. Der Angeklagte Aßmer wurde von der Anschuldigung der Erregung ruhestörenden Lärms freigesprochen, wähend die Verurteilung des Heidemann wegen dieser Uebertretung bestehen blieb. Bezüglich der Vergehen erfuhr das Urteil ebenfalls eine Abänderung. Es wurde nicht Widerstand gegen die Staatsgewalt angenommen, sondern Gefangenenbefreiung, und beide Angeklagte wurden zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Der Schlachtergeselle Karl Rode von Lübbecke, jetzt zu Hannover wohnhaft, war angeklagt, in der Zeit von Oktober 1907 bis 5. November 1908 seinem Prinzipale, dem Schlachtermeister Hurwitz zu Lübbecke, etwa 100 Mk. von den von der Kundschaft vereinnahmten Geldern veruntreut zu haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte sich fortgesetzt an den Kundengelern vergriffen hat. Der Gerichtshof nahm Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung an und verurteilte den Rode zu zwei Monaten Gefängnis

Aus der Nachbarschaft.

* **Rehme**, 30. April. In der Gemeinderatssitzung vom 28. April entspann sich eine längere Debatte über den neuen Bebauungsplan und dem dazu vor mehreren Jahren beschlossenen Ortsstatut. Es wurde von der Polizeibehörde Eigentümern schwer gemacht, Wohnhäuser an den öffentlichen Straßen, die in dem neuen Bebauungsplan liegen, zu errichten. Da manche Einwohner große Familien haben und schlecht anderswo zur Miete wohnen können, so haben mehrere Familien, die sich ein paar hundert Mark kümmerlich zusammengespart haben, ein eigenes Haus gebaut, damit sie ihrer vielen Kinder wegen nicht zu jeder Zeit auf die Straße geworfen werden können. Nun wurde aber einigen Bauherren von der Polizeibehörde die Bauerlaubnis so lange versagt, bis sie eine Summe von 40 Mk. pro laufendes Meter für Chaussierung des Weges und Anlegung eines Trottoirs deponierten oder den Betrag als erste Hypothek eintragen ließen. Die ganze Bau- und Holzindustrie hätte einen kolossalen Rückgang bekommen, auch die Ländereien wären im Werte gesunken, wenn dieses weiter so gehandhabt worden wäre. Es wurde beschlossen: Wer an einer öffentlichen Straße, die dem neuer Bebauungsplane unterliegt oder an noch nicht ausgebauten Wegen baut, hat bei Offenlegung der Straßen das nach dem alten Ortsstatut festgelegte Straßenterrain gratis an die Gemeinde abzutreten. Das sind durchschnittlich zwei Meter auf jeder Seite des Weges. Beim Ausbau der Straßen und der Chaussierung, beschloß die Gemeindevertretung einstimmig: Wer an den vorbenannten Straßen ein Wohnhaus errichten will, hat bei der Erteilung der Bauerlaubnis pro laufendes Meter Straßenfront 2 Mk. zu entrichten. Dieses Geld wird vom Amt auf Zinseszins angelegt und darf nur für Chaussierung der in Betracht kommenden Straßen verwandt werden. — Da in den letzten Jahren die Arbeiten des Vorstehers sich bedeutend vermehrt haben, wurde die Entschädigung von 300 Mk. auf 500 Mk. erhöht.

* **Lippstadt**, 29. April. Christliche Deutung der Endziele der freien Gewerkschaften. Hier fand am Sonntag nachmittag eine vom christlichen Verband mit dem langen Namen einberufene öffentliche Versammlung statt. Der 2. Vorsitzende des „Christlichen Zentralverbands der Staats-, Gemeinde-, Hilfs- und Transportarbeiter, Brauereiarbeiter und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands", Herr Tremel aus Aschaffenburg, wollte reden über: „Die Endziele der freien Gewerkschaften." Wer nun aber geglaubt hatte, daß der Referent in seinem einstündigen Referat der Versammlung die Endziele klargelegt hätte, der kam nicht auf seine Rechnung. Herr Tremel hatte ausdrücklich eingangs seines Referats betont, die Versammlung sei einberufen und notwendig gewesen zu einer Aussprache darüber, ob der Streit und die Gegensätze in den beiden Richtungen der Gewerkschaftsbewegung, der freien und christlichen, nicht beseitigt werden könnten. Das Referat war nun aber nicht danach, als ob diese Meinung aus reinem Herzen gekommen sei. Aus einer Musterkollektion von Zitaten suchte Herr Tremel den Nachweis zu führen, daß die freien Gewerkschaften viel Sünden hätten, viel Dummheiten bei Lohnbewegungen machten und da nach den bekannten Zitaten von Bömelburg, Reichelt, Legien Gewerkschaften und Sozialdemokratie eins seien, hätten die christlichen Gewerkschaften eine Berechtigung zur Existenz. Dieses war der ganzen Weisheit Schluß. Die nun folgende Diskussion war sehr anregend.

Genosse Castrup-Bielefeld und Genosse Brülling-Dortmund, Bezirksleiter des deutschen Brauereiarbeiterverbandes, legten in je einstündigen Ausführungen unsere Anschauungen dar. Genosse Castrup übernahm die Aufgabe, die vom Referenten vergessenen Endziele der freien Gewerkschaften klarzulegen. Der starke Beifall nach den Ausführungen unserer Genossen bewies, daß eine große Anzahl der Versammlungsteilnehmer auf unserer Seite stand.

Genosse Brülling, welcher speziell auf die hiesigen Verhältnisse der Brauereiarbeiter einging und aktenmäßig feststellen konnte, welche eigentümliche Rolle die Christen bei den Tarifabschlüssen in den hiesigen Brauereien gespielt haben, hatte damit den christlichen Bezirksleiter Eickmann herausgelockt. Dieser versuchte etwas von Logik zu reden, wobei er zu sonderbaren logischen Folgerungen kam, die man einem christlichen Gewerkschaftsführer, wie Herrn Eickmann, weiter nicht übel nehmen darf. Die christliche Art der Vertretung von Arbeiterinteressen suchte er mit Aufbietung seiner ganzen Lungenkraft zu verteidigen. Dieses gelang ihm aber nun doch nicht. Wäre nicht der Brauereiarbeiterverband in der Brauerei Weißenburg frühzeitig eingesprungen, dann wäre ein Tarifabschluß zu stande gekommen, welcher für die Arbeiter nichts gebracht hätte. Wir wollen nur ein Beispiel anführen.

Im § 6 des Tarifentwurfs der christlichen Organisation war folgender Passus enthalten: Arbeiter, die mindestens 6 Jahre im Betriebe beschäftigt waren und in den letzten 2 Jahren nicht länger wie 8 Tage im Jahre gefeiert haben, erhalten jährlich bis zu vier Tage Urlaub; der Zeitpunkt wird nach freiem Ermessen des Arbeitgebers bestimmt.

Diese Abmachung wäre eine ganz ungerechte Behandlung eines Teils der Arbeiter gewesen. Wie viel Krankheitstage im Jahre kommen gerade im Berufe der Brauer vor. Auf Antrag des freien Verbandes der Brauereiarbeiter wurde dann auch dieser § 6 folgendermaßen abgeändert: Arbeiter, die mindestens ein Jahr lang ununterbrochen im Betriebe beschäftigt waren, erhalten jährlich bis zu 4 Tage Urlaub.

Außerdem sind noch mehrere Abänderungen an dem Tarifvertrag durch den Einfluß des letzteren Verbandes vorgenommen worden.

So ist es bei den Christen nun einmal, Bescheidenheit gegenüber den Unternehmern, die manchmal an Entsagung grenzt. Wenn aber nachher durch andere etwas besseres geschaffen wurde, dann können die Herren den Mund nicht voll genug nehmen über die Erfolge ihrer Organisation.

Herr Eickmann hatte keinen glücklichen Tag. Die Versammlung schenkte den sachlichen und ruhigen Darlegungen unserer Genossen mehr Glauben, als seinen Verdrehungen.

Als nächster Redner kam dann Arbeitersekretär Holle aus Lippstadt an die Reihe, ein Mitglied der vor einiger Zeit in der „Volkswacht" gezeichneten Familie Holle aus Münster. Auch Herr Holle bläst jetzt das Friedensinstrument. Wenn uns auch die Gegensätze in der Weltanschauung trennten, aber zusammenarbeiten könnten wir doch. Mit diesem Appell an die Versammlung endete dieser Redner. Zwischendurch versuchte der Herr aber doch, einen Beweis zu geben, wie hilflos die Christen sind bei der Widerlegung unserer Ideen. Die Sozialdemokratie halte selbst an ihren Lehren nicht mehr fest. Die Auffassung von der Zunahme und Konzentration des Kapitals sei als falsch erwiesen und lasse sich widerlegen durch die Statistik. Bernstein und Calwer mußten Herrn Holle auch wieder als Beweis dienen.

Leider war es von unserer Seite nicht mehr möglich, auf diese glänzende Unwissenheit nationalökonomischer Vorgänge einzugehen. Unsere Genossen Castrup und Brülling mußten um 10,28 fahren und sich von der Versammlung verabschieden.

Herr Tremel kam dann auf die Affentheorie zu sprechen und behauptete, die Christen wären die Ebenbilder Gottes. (Dann war Stöcker, der seinen eigenen Vorteil in dieser sündigen Welt so gut wahrzunehmen verstand, auch wohl ein Ebenbild?) „Nur auf dem Boden der christlichen Grundsätze könnten die wirtschaftlichen Gegensätze beseitigt werden." Ganz unsere Meinung, Herr Tremel, nur müssen dann die heutigen Christen erst wieder andere Christen werden. Bei der Grundsatzlosigkeit der christlichen Bewegung und dem fanatischen Haß gegen anders Denkende wird es aber wohl der sozialistischen Bewegung überlassen bleiben, den christlichen Grundsatz von der Menschenliebe zur Geltung zu bringen. Herr Holle war so großmütig, zu bemerken, daß die Christen uns ihre Versammlung zur Verfügung gestellt hätten, damit auch wir einmal hier zu Worte kämen. Sonst sei in Lippstadt kein Boden für sozialistische Ideen und wir könnten uns die Mühe sparen.

Herr Holle selbst aber weiß, wie ängstlich hier die christlichen Schäfchen gehütet werden, um ja nicht mit uns in Berührung zu kommen. Die Lokalabtreibung in Lippstadt zeugt von der Furcht vor der bösen Sozialdemokratie. Hätten wir nur ein Lokal hier zur Verfügung, wir geben den Herren die Versicherung, sie würden ihr blaues Wunder erleben von der Werbekraft der sozialistischen Grundsätze.

Kinematographen-Theater zur alten Post. 2536

Allgemeiner Anerkennung erfreut sich das neue Programm durch seine gediegenen Darbietungen.

Sensationell! Sensationell!

Die Stimme des Verstorbenen.

Amerikanisches Drama.

In einer Eisenwarenfabrik, die zwei Teilhabern gehört, wird der eine Kompagnon vom Schlage getroffen, vermag aber noch einige Worte in den Phonographen zu sprechen, der gerade funktioniert. Der andere Kompagnon benutzt den traurigen Anlaß, um den ihm schon lange mißliebigen Werkführer des Mordes zu verdächtigen. Erst in der Gerichtsverhandlung werden durch ein Kind und durch die aus dem Phonographen kommenden Worte des Verstorbenen die Manipulationen des Intriganten aufgedeckt.

Eine edle Frau.

Lebensbild.

Die Frau eines Trunkenboldes tritt in der äußersten Not der Heilsarmee bei. Bei der Verbreitung des „Kriegsrufes" trifft sie ihren Gatten in einer Kneipe wieder, wo es zu wüsten Szenen kommt. Die Schilderung ihres elenden Lebens in einer öffentlichen Versammlung veranlaßt später den zuhörenden Mann, auch der Heilsarmee beizutreten und ein neues Leben zu beginnen.

Der Holzhauer.

Ein Drama.

Durch ein ihm gestohlenes Beil, das von einem Schurken als Mordinstrument benutzt wird, gerät ein armer Holzhauer in den Verdacht des Totschlages. Erst sein kleiner Sohn, der nach Paris wandert, kann dort durch Zufall den wahren Schuldigen entdecken.

Für Sportliebhaber sehr interessant sind:

Neue Fechtkämpfe.

Fechtkünstler, die verschiedene Gänge und ganz neue Tricks zur Anschauung bringen.

Der Weinagent.

Das ist wahrhaftig zum Schreien, in welcher Weise ein von seinem Chef bedrängter Weinagent endlich einen großen Auftrag vorspiegelt.

Ferner **Ein Tonbild** mit famosem Text.

Der Philanthrop.

Auf drastische Weise überzeugt ein Neffe den Onkel, welche Unannehmlichkeiten es haben kann, wenn man den Armen wohl tun will.

Der feuerspeiende Trunkenbold.

Ein nettes Feuerwerk, das eine ganze Stadt bedroht, wird durch einen arg Berauschten veranlaßt.

Stadttheater.

Heute, abends 7½ Uhr:
Zum letzten Male!

Mignon.

Dienstag, den 4. Mai 1909, abends 7½ Uhr:
Benefiz für den ersten Kapellmeister **Max Cahnbley** und den Oberspielleiter **Carl Kruthoffer.**

Tannhäuser
und: **Der Sängerkrieg auf der Wartburg.**

Sonnabend: Kleine Preise!
Hoffmanns Erzählungen.

Zilligster
• Verkauf •
von Uhren, Ketten, Trauringen, Schmucksachen
bei **Adolf Heuer,**
Niederwall 12

Konsum-Verein „Bünde".

Wir suchen für unsere **Verkaufsstelle** am Bahnhof einen tüchtigen, kautionsfähigen

Lagerhalter.

Offerten nebst Gehaltsansprüche sind an den Vorstand schriftlich einzureichen [2532

Der Vorstand.

Stadtkapelle Lage i. L.

Empfehle mich zur Lieferung

guter Musik

zu solidem Preise.

August Krüger,
Stadtkapellm. 2531

Vom Montag, 3., bis Montag, 17. Mai:

Grosses Preisschiessen

im Restaurant **Bürgersaal.** [2523*

10 wertvolle Preise. **Näheres im Lokal.**

Es ladet ein **Gustav Imkamp.**

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Bisher sind folgende Hefte erschienen:

1. Dr. Christeller: **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.** Mit 9 Text-Illustrationen.
2. Dr. Silberstein: **Das erste Lebensjahr.**
3. Dr. Hirschoff: **Zur Gesundheitspflege des Nervensystems.**
4. Dr. J. Zadek: **Der Achtstundentag, eine gesundheitliche Forderung.**
5. Dr. R. Fröhlich: **Alkoholfrage und Arbeiterklasse.**
6. Dr. R. Silberstein: **Das Schulkind.**
7. Dr. Ernst Gebert: **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.**
8. Dr. L. Chajes-Schöneberg: **Nahrung und Ernährung.** Mit einer farbigen Tafel.
9. Dr. Paul Bernstein: **Wie sollen wir uns kleiden?**
10. Dr. M. Epstein-München: **Der Arbeiterschutz** mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
11. Dr. Zadek: **Frauenleiden und deren Verhütung** nebst einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.
12. Dr. Ernst Thesing-Magdeburg: **Vom medizinischen Aberglauben.**
13. Dr. H. Munter: **Das Wasserheilverfahren** in der Gesundheitspflege des Arbeiters.
14. Louis Jordan-Leipzig: **Verhütung und Heilung des Stotterns.**
15. Dr. Julian Markuse: **Geschlechtliche Erziehung** in der Arbeiterfamilie.
16. Gertrud Rewald-Berlin: **Zähne und Zahnpflege.**
17. Dr. Christeller: **Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers.**
18. Ed. Bernstein: **Der Geschlechtstrieb.**
19. Joh. Ranker: **Die Krankenpflege im Hause.**

Preis pro Heft 20 Pfg.
Porto 3 Pfg.

Vorrätig in der **Buchhandlung „Volkswacht".**

Trinkt Aha's Excelsior! 2117

Soeben erschien:

Simplicissimus Nr. 5.

Buchhandlung „Volkswacht".

Ein erfahrener

Bleicher

wird bei gutem Gehalt **gesucht.**

Zeugnisse und Offerten erbeten unter **H. T. 873** an die Expedition dieses Blattes. [2511



Herford.

Berufskleidung jeder Art zu **Fabrikpreisen** bei 2524

Ernst Zimmermann, Comthurstr. 7.

Soeben ist erschienen und in der **Buchhandlung Volkswacht** zu haben:

Aus der Tiefe.

Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter
von
Adolf Levenstein.

Preis 1 Mark.
Porto nach auswärts 10 Pfg.

Allgemeine Schuhmacher-Krankenkasse. (E. H.)

Außerordentliche

General-Versammlung

am **Mittwoch, den 5. Mai, abends 8½ Uhr,** im Restaurant Hannemann, Webereistraße 5.

Tagesordnung: 2527

1. Wahl eines zweiten Vorsitzenden.
2. Stellungnahme zum 5. Krankenkassen-Kongreß in Berlin.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Trauerbriefe mit Konverts
liefert Buchdruckerei „Volkswacht".

Trauer-Hüte



in größter Auswahl zu billigsten Preisen

F. Kleinemeyer,
Bielefeld Gebrenberg 9

Grabdenkmäler,

Grabeinfassungen, in allen Preislagen, am billigsten bei

Wilhelm Ott,
Engerschestrasse 1 1845
und Herforderstrassen-Ecke.

Todes-Anzeige.

Sonnabend morgen 3 Uhr entschlief nach langem, mit vieler Geduld ertragenem Leiden unser lieber Sohn

Heinrich

im Alter von 12¼ Jahren, welches mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt anzeigen

die trauernden Hinterbliebenen
August Wuifmeyer
nebst Familie.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Mellerstraße Nr. 22, aus statt. [2530*

Todes-Anzeige.

Am Sonnabend, den 1. Mai, vormittags 11 Uhr, starb nach langem, schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Invalide

Karl König

im Alter von 35 Jahren. Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Weststr. 13, aus statt. 2537*

Todes-Anzeige.

Am Sonnabend, den 1. Mai, verschied plötzlich und unerwartet unser frühere Mitarbeiter, der Invalide

Heinrich Wiegand

im Alter von 63 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Arbeiter der Firma K. u. Th. Möller
Abt. Kesselschmiede.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Brackwede, Kaiserstraße 24, aus statt. Vorfeier 2½ Uhr. 2533*



Schlager-Programm!

Biotophon-Theater Niedernstrasse 14.

Schlager! **Kunstfilm!** Farbenprächtige Ausstattung!

Liebesgeschichten!

Dieses reizende Werk, das der Feder des berühmten Schriftstellers Daniel Riche entstammt, spielen die Herren Hormand, Landrin und Fräulein Fusier (Paris) mit vollendeter Kunst und feinem Empfinden. — In einer Reihe von entzückenden Bildern sehen wir die lebendige Schilderung einer Liebesgeschichte aus dem vergangenen Jahrhundert. Der Zufall macht gelegentlich einer Einquartierung einen Offizier Napoleons I. mit einem jungen Mädchen bekannt. Die kleinen Ränke Gott Amors in diesem Liebestraum fesseln den Zuschauer der ausgezeichneten Vorführung bis zum Schluß.

Neu! **Herrlich koloriert!**

Neu! Neu! **Ein triftiger Grund.** (Lustige Szenen.)

Neu! Neu! **Gewinnung von Kalk.** (Hochinteress. belehr. Aufnahme.)

Neu! Neu! **Ein Tierfreund.** (Humoristischer Schlager.)

Neu! Neu! **Manikür-Duett.** a. d. Posse „Wo ist sie denn?"

Neu! Neu! **Der Philanthrop.** (Ausgezeichnete Burleske.)

Neu! Neu! **Der feuerspeiende Trunkenbold.** (Sehr komisch.)

Neu! Sensationell! Seltene Vorführung!

Durch Liebe gerettet.

(Neuester Edison-Schlager.) (Ein packendes Drama aus dem Leben.)

Wunderbare Szenen! Erstklassige Darstellung!

Unser Theater ist ausgezeichnet ventiliert, bietet deshalb auch an heißen Tagen angenehmen kühlen Aufenthalt.

Die Direktion.

2535

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ **Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.**

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Nähgarne,
Seide, Maschinennadeln, feinstes helles Maschinenöl Liter 1,20 Mk. Zentral-Bazar Pradel, Jahnplatz 2. [1984

Kleiderschränke
von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. [2525

Mundharmonikas, 2366
großartige Neuheiten, empfiehlt Ad. Heuer, Uhrmacher, Niederwall 12.

Saiten 2367
für Geige, Zither, Mandoline, gut und billig bei Adolf Heuer, Uhrmacher, Niederwall.

Guano.
Halte stets großes Lager in Guano „Füllhornmarke", sack- und pfundweise zu billigsten Preisen. Huch, Samenhandlung, Bleichstraße 48 a. [2230*

Hüte und Mützen
kauft man billig und gut bei W. Schierbaum, Oelmühlenstr. 69. 2470*

Schirme und Stöcke
in großer Auswahl zu billigsten Preisen bei W. Schierbaum, Oelmühlenstraße 69. [2471*

Strohhüte
für Herren, Knaben und Mädchen, nur das Neueste, zu enorm billigen Preisen bei W. Schierbaum, Oelmühlenstraße 69. [2472*

Wäsche und Krawatten
vom billigsten bis zum feinsten in nur modernen Fassons bei W. Schierbaum, Oelmühlenstr. 69. 2473*

Boxkalf-
Schnürstiefel, prima Ware, gebe ab, so lange der Vorrat reicht. Größe 27—30 4,50 Mark, Größe 31—35 5,00 Mark. Rudolf Wittler, Kaiserstraße 97c. [2526*

Klee-Verkauf. 2529
Am Sonnabend, 8. Mai, nachm. 4½ Uhr, verkaufe ich zirka vier Scheffelsaat Klee parzellenweise gegen sofortige Zahlung. Auch habe noch einige Zentner Runkeln abzugeben. H. Möring, Sieker, Heeperstraße.

Nebenverdienst,
lohnender, durch Verkauf von Arbeiterkleidung, Schlosserjacken, Wäsche usw. Bürgerweg 78, I. Etg. [2521*

Schirme
werden repariert und überzogen. Blumenstraße 12. [2520*

Waschfrau 2538*
gesucht. Gr. Kurfürstenstraße 76 I.

Schulmädchen,
älteres, zum Ausführen eines 2jähr. Kindes für nachmittags gesucht. Alleestraße 5 II. [2522*

Zimmer
mit Morgenkaffee zu vermieten. Siegfriedstraße 87 II. [2528*

Zimmer, [2452*
einfach möbliert, mit Beköstigung, zu vermieten. Wo sagt die Exp.

Post. 2536

en.

Philanthrop.

he Weise überzeugt ein Neffe
welche Unannehmlichkeiten
nn, wenn man den Armen
wohl tun will.

feuerspeiende
runkenbold.

Feuerwerk, das eine ganze
oht, wird durch einen arg
rauschten veranlaßt.

nkenkasse. (E. H.)
che
ammlung
bends 8½ Uhr, im
Bebereistraße 5.
g: 2527

ssen-Kongreß in Berlin.

Der Vorstand.

abdenkmäler,
beinfassungen, in allen
slagen, am billigsten bei
Vilhelm Ott,
Engerschestrasse 1 1845
Herforderstrassen-Ecke.

Todes-Anzeige.

onnabend morgen 3 Uhr
ilief nach langem, mit vieler
ld ertragenem Leiden unser
r Sohn
Heinrich
Alter von 12¼ Jahren,
es mit der Bitte um stille
nahme tiefbetrübt anzeigen
trauernden Hinterbliebenen
nguft Wulfmeyer
nebst Familie.
ie Beerdigung findet am
stag, nachmittags 2½ Uhr,
Trauerhause, Mellerstraße
22, aus statt. [2530*

ge.
tags 11 Uhr, starb nach
geliebter Mann, unser
Invalide
finig
mit der Bitte um stille
Hinterbliebenen.
den 5. Mai, nachmittags
aus statt. 2537*

o plötzlich und unerwartet
iegand

hm
na K. u. Th. Möller
Schmiede.
g, den 4. d. M., nach-
ckwede, Kaiserstraße 24.
2533*

Klee-Verkauf. 2529
Sonnabend, 8. Mai, nachm.
hr, verkaufe ich zirka vier
saat Klee parzellenweise gegen
e Zahlung. Auch habe noch
Zentner Runkeln abzugeben.
ring, Sieker, Heeperstraße.

Nebenverdienst,
ber, durch Verkauf von Ar-
eidung, Schlosserjacken, Wäsche
Bürgerweg 78, I. Etg. [2521*

Schirme
repariert und überzogen.
ßstraße 12. [2520*

Waschfrau 2538*
Gr. Kurfürstenstraße 76 I.

Schulmädchen,
zum Ausführen eines 2jähr.
für nachmittags gesucht.
aße 5 II. [2522*

Zimmer
Morgenkaffee zu vermieten.
edstraße 87 II. [2528*

Zimmer, [2452*
möbliert, mit Beköstigung,
nieten. Wo sagt die Exp.

ginalholzschnitt mit Erfolg anwendbar sein. Aehnliches wäre über das Linoleum zu sagen, das in der Praxis der Buchdrucker bei Tonplatten bereits reiche Anwendung findet. Wie aber würden diese Mittel in der Praxis benutzt werden können, wenn wirklich zeichnerisches Können, wenn ein entwickeltes Naturgefühl dahinter steckte.

Die Arbeiten der Schüler sind nach eigenen Naturstudien gemacht. Ihr Inhalt ist also durchaus eigenes, in die entsprechende Drucktechnik übersetztes Erlebnis. Es ist leicht, an Schülerarbeiten herumzukritteln. Es kommt aber gar nicht darauf an. Die Hauptsache ist, daß unserem jungen Nachwuchs von kundiger Hand der Weg zur Natur gewiesen wird. Die zum Teil sehr guten pflanzlichen, figürlichen und landschaftlichen Studien, die direkt vor der Natur entstanden sind, bieten uns dafür volle Gewähr. Die Blätter mit den bunten Kühen und dem blauen Wagen bieten dem Auge geradezu prächtige dekorative und malerische Werte. Hervorzuheben sind ferner die Aktzeichnungen und die im allgemeinen intim und fein durchgearbeiteten Kopfstudien.

Außerdem sind einige lithographische Arbeiten ausgestellt, die auch wegen ihrer neuen Schriftbehandlung für den Fachmann interessant sind. Leider hat die Schule vorläufig nur einen Lithographen als Tagesschüler. Es ist das vielleicht darauf zurückzuführen, daß die früher so stattliche Zahl der Lithographen am Orte aus verschiedenen Gründen in den letzten zwei Jahren stark zurückgegangen ist.

Besondere Eindrücke erwarten den Besucher der Ausstellung in der Bildhauerklasse des Lehrers Perathoner. Die dort ausgestellten Tierstudien sind lebenden Modellen abgelauscht. Sie zeigen keine ausführliche Detailzeichnung, die man übrigens auch gar nicht vermißt, dafür etwas anderes, was besser ist, großzügige, teilweise sogar scharfe Charakteristik. Die zusammengekauerte Katze oder das behäbig daliegende Karnickel wollen in ihrer Art ernst genommen sein. Sie geben mehr als bloße Form, sie geben etwas vom besonderen Wesen des Tieres wieder trotz der Einfachheit der Auffassung oder vielleicht gerade deswegen. Man fühlt beim Anblick dieser kleinen Schöpfungen das ehrliche Wollen, das betreffende Tier nicht nur in der Körperform nachzuahmen, sondern die Art seiner Bewegung und Haltung zu erfassen und zu studieren. Die Resultate sind mit Rücksicht darauf, daß es Schülerarbeiten sind, überraschend.

Die Klasse Kleinhempel zeigt vornehme, behaglich stille Innenräume. Das große Publikum bevorzugt noch immer überladene Möbel in schlecht und unzweckmäßig ausgestatteten Wohnungen. Eine Besserung tut dringend not. Ein Fachmann sagte uns, daß sämtliche Entwürfe von jedem guten Tischler ohne weiteres herzustellen sind, was sehr wesentlich ist. Es ist immer das Merkmal einer guten handwerkerlichen Kunst, wenn sie sich aus der Eigenart des zu verarbeitenden Materials heraus entwickelt, die Schönheiten und besonderen Reize desselben auszunützen versteht, aber in der Ausführung immer gesundes Handwerk bleibt.

Es wäre noch mancherlei zu sagen. So über die Klasse Muggly, die schöne, besonders in farbiger und ornamentaler Hinsicht bemerkenswerte Arbeiten zeigt. Doch läßt der knappe Raum dies nicht zu. Aus dem gleichen Grunde können wir leider bei den Klassen Höhndorf, Röwekamp und Krüger, sowie bei der namentlich für die Frauen interessanten Arbeiten der Stickschule des Frl. Schneider nicht länger verweilen, obgleich jede Klasse für sich Interessantes genug bietet. Es kann das Wesentliche der Ausstellung nicht in einer Beschreibung ausgedrückt werden sondern es liegt in ihr selbst.

Eigene, sogar recht fleißige Vertiefung in die einzelnen Arbeiten ist freilich für den Besucher notwendig, um die Werte zu erkennen, die sich dem oberflächlichen Betrachter nicht immer gleich aufdrängen. Zum Schluß sei noch einmal auf das Besondere der Ausstellung hingewiesen. Sie zeigt das intime Verhältnis des Lernenden zur größten Lehrmeisterin, zur Natur sie zeigt aber auch, wie das Gelernte im Rahmen des Handwerks zur Anwendung kommt. Mag man über Einzelerscheinungen streiten, gegen das ganze Prinzip, gegen das große Wollen kann kein einsichtiger Fachmann etwas einwenden.

Im Interesse unseres heimischen Handwerks und Kunstgewerbes wünschen wir der Schule zu ihren ernsten Bestrebungen **Glück.**

— **Holzarbeiter-Verband.** Am Montag, 26. April, tagte eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Abrechnung vom 1. Quartal 1909; Ausflug am Himmelfahrtstage; Vortrag des Kollegen Schreck über „Arbeitgeberorganisation" und Verschiedenes. — Zum ersten Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung. Die Einnahmen für die Hauptkasse betrugen 6754,4[illegible] Mark, die Ausgaben 6413,20 Mk., Bestand 341,22 Mark. Die Einnahmen für die Lokalkasse betrugen 13 246,33 Mk., die Ausgaben, wovon 10 000 Mk. zinsbar angelegt worden sind, 12 48[illegible] Mark 26 Pfg., somit bleibt ein Bestand von 762,07 Mark. Von den ausgezahlten Unterstützungen ist hervorzuheben, daß die Arbeitslosenunterstützung aus der Lokalkasse nur mehr 552,15 Mk. gegen 1361,65 Mk. im 4. Quartal 1908 betrug. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Sodann wurde beschlossen, am Himmelfahrtstage einen Ausflug mit Musik durch den Stadtwald nach dem Pappelkrug zu unternehmen, woselbst für gute Unterhaltung verschiedener Art gesorgt wird. Die Kollegen versammeln sich morgens 6 Uhr am Kriegerdenkmal. Hierauf referierte Kollege Schreck über „Arbeitgeberorganisationen". Der lehrreiche Vortrag fand wohlverdienten Beifall. Ferner wurde noch bekannt gegeben, daß über die ausgegebenen Karten und Festzeitungen zur Maifeier bis Freitag abend abgerechnet werden muß, widrigenfalls diese als verkauft betrachtet werden. Schluß der Versammlung 8¼ Uhr.

— **Der städtische Stellennachweis** in der Zimmerstraße besetzte im abgelaufenen Geschäftsjahr (1. April 1908 bis 31. März 1909) von 7620 angemeldeten offenen Stellen 5589. Von den besetzten Stellen entfallen auf den Stadtkreis Bielefeld 2653, den Landkreis Bielefeld 627, den Kreis Herford 219, den Kreis Halle 406, den Kreis Wiedenbrück 353, den Kreis Minden 56, den Kreis Lübbecke 82 und das Fürstentum Lippe 565. Außerhalb des Regierungsbezirks Minden wurden 628 offene Stellen besetzt. Unter den 21 552 Arbeitsuchenden, die sich zur Notierung beim Arbeitsnachweis meldeten, befanden sich 637 Ausländer, und zwar 110 Böhmen, 83 Oesterreicher, 82 Holländer, 75 Polen, 52 Russen, 51 Ungarn, 41 Galizier, 40 Dänen, 39 Schweizer, 18 Belgier, 14 Schweden, 11 Tschechen, 9 Franzosen, 7 Italiener, 3 Amerikaner, 1 Engländer und 1 Rumäne. Als schlechtester Monat im Geschäftsjahre ist der Monat Dezember 1908 zu betrachten, wo auf 100 offene Stellen 505,7 Arbeitsuchende kamen. Die dem Arbeitsnachweise angegliederte Schreibstube für stellenlose Kaufleute und Bureauarbeiter erledigte in der Zeit vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 772 Aufträge. Es wurden 71 807 Adressen geschrieben und 29 868 Briefe postfertig gemacht. Die Zahl der Abschriften in Handschrift betrug 2789 Seiten, in Maschinenschrift 9881 Seiten und 29 180 Seiten Vervielfältigungen. Von 101 notierten Stellenlosen wurden 57 beschäftigt. Von diesen erhielten durch Vermittlung der Schreibstube 25 dauernd und 16 vorübergehend Stellung. An Lohn wurde durchschnittlich pro Tag 3 Mark gezahlt.

— **Das Benefiz für Kapellmeister Cahnbley und Oberspielleiter Kruthoffer** wird auf die Musikfreunde eine besondere Anziehungskraft ausüben. Der vorzügliche Verlauf der Monatsoper ist, ohne das Verdienst der Direktion um das brillante zur Verfügung stehende Material irgendwie schmälern zu wollen, diesen beiden Männern in erster Linie zu danken. Es ist eine ungeheure Arbeit, welche Cahnbley bewältigen hat müssen und in einer Weise bewältigt hat, daß man staunen muß. Dasselbe aber kann man von Kruthoffer sagen. Zu ihrem Benefiz wird der Tannhäuser aufgeführt. Hoffen wir, daß das Haus ausverkauft sein wird.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute wird „Mignon" zum letzten Male gegeben. Die Hauptpartien werden von den Damen Léclaire (Mignon), Schelper (Philine) und den Herren Birrenkoven (Wilhelm Meister) und Bergmann (Lothario) gesungen. Dienstag geht Richard Wagners „Tannhäuser" in Szene. Da diese Vorstellung zum Benefiz für den ersten Kapellmeister Max Cahnbley und den Oberspielleiter Karl Kruthoffer stattfindet, so darf ohne weiteres eine Musteraufführung dieses Werkes erwartet werden.

— **Bielefelder Sommertheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Die engeren Vorbereitungen für die diesjährige Saison sind unter persönlicher Leitung der Direktion eifrig im Gange. Direktor Hans Freiben hat in Berlin ein darstellendes Personal von 20 Mitgliedern engagiert. Die Bühne wurde einer vollständigen Renovierung unterzogen und außerdem die Firma Mühldorfer u. Cie in Bremen mit der Neuanfertigung eines Dekorationsfundusses betraut, so daß schon äußerlich für die Darbietungen ein vornehmer Rahmen geschaffen wird. Die Eröffnung findet am 20. Mai (Himmelfahrtstag) statt mit dem Schlager des „Thaliatheaters" in Berlin „Wo wohnt sie denn?" — Der Billettvorverkauf beginnt in den nächsten Tagen.

— **Polizeibericht.** Eingeliefert wurden 5 Personen wegen Trunkenheit und Verüben groben Unfugs.

Festgenommen wurde der Schlosser Alfred E., weil er dringend verdächtig ist, am 1. 5. 09 nachm. 5 Uhr einem Schulmädchen ein Portemonnaie mit 25 Mk. Inhalt aus der Markttasche entwendet zu haben.

Diebstahl. In der Nacht zum Sonntag, 2. d. M., wurde einem Gärtner an der Wertherstraße aus einem Garten ein Rosenstock gestohlen und ein Rosenstock abgebrochen.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 17. 11. 1908 wurden aus einem Schaukasten an der Niedernstraße dem Kaufmann S. nach Zertrümmern der Glasscheibe mehrere Westen gestohlen. Am Sonnabend, 1. d. M., gelang es der Kriminalpolizei, die Täter zu ermitteln. — Im Anfang März d. J. wurde in der „Havanna-Zentrale" eingebrochen und mehrere Kisten Zigarren, Zigaretten usw. entwendet. Die Täter, die zum Teil schon in Untersuchungshaft sind, wurden auch in diesem Falle des Einbruchsdiebstahls überführt. Es sind dies die stellungslosen Kellner H. P. und Kommis E. Sch. Festgenommen wurde wegen Mittäterschaft der Laufbursche Robert B.

Versammlungen.

Schildesche. Arbeiter-Abstinenten-Bund. Dienstag, 4. Mai, abends 8½ Uhr, bei Böke, Bielefelderstr.: Versammlung. Vortrag des Genossen Sachs über „Alkoholismus und Degeneration".

Unsere Maifeier.

Die Veranstaltungen und Versammlungen in Bielefeld am Abend wiesen vorwiegend guten Besuch auf. Die „Centralhalle" war wieder überfüllt. Von Indiestel konnte man das nicht sagen. Unter Berücksichtigung der letzten Vorgänge in der Reichs- und Landespolitik behandelten die Redner die Forderung des Tages. Die Zahl der Besucher in den 9 Lokalen der Stadt und den Vororten wird auf 5500 geschätzt. Die Beteiligung an dem Morgenausfluge war gegen das Vorjahr etwas geringer. Zirka 250 Personen wanderten vom Sammelpunkt an der Kreissparkasse aus über die Osningberge nach Brackwede. Als die Ausflügler auf der Sparenberg-Promenade angelangt waren, wurden sie von einem über eine halbe Stunde währenden Schnee- und Graupelgestöber überrascht. Der Wald in seinem frischen Grün im Schneekleide bot einen wundervollen Anblick. Der Maienschnee wurde allerdings bald zu Wasser, immerhin dürfte mancher der Teilnehmer am Ausfluge sich einen gehörigen Schnupfen geholt haben.

In Herford war die Versammlung von über 500 Personen besucht.
In Rehme hatten sich über 200 eingefunden.
In Lemgo wurden an die 100 geschätzt.
In Rheda wurden stark in die 90 Teilnehmer gezählt
In Detmold beteiligten sich zirka 350 Personen.
In Oerlinghausen war die Versammlung überfüllt.
In Stadthagen wurden über 160 gezählt.
In Burgsteinfurt war die Versammlung gut besucht.
In Lage nahmen 35 Personen an der Versammlung teil.

K. **Herford,** 2. Mai. Von der letzten Kartellsitzung wurde folgendes Programm für den diesjährigen Himmelfahrts-Ausflug aufgestellt: Morgens 7 Uhr: Abmarsch von der Salzuflerstraße, unterhalb des Berggartens, nach Friedenstal. Weitermarsch nach Loose, dort Zusammentreffen mit den Kollegen aus Salzuflen und Schötmar, dann Weitermarsch nach dem Waldfrieden. Nach kurzer Rast dort Heimkehr über den Stiftberg mit der Endstation bei Tiemeier.

* **Rheda,** 30. April. Stadtverordnetenwahl. In der dritten Abteilung wurden von zirka 600 wahlberechtigten Bürgern 481 Stimmen abgegeben. Es haben erhalten der Zigarrenfabrikant Herr Moses Steinweg 263, der Müller Herr Wilhelm Pohlmann 217 und der prakt. Arzt Herr Dr. Welp 1 Stimme. Mithin ist Herr M. Steinweg gewählt bis Ende 1914. In der zweiten Abteilung wurden von 36 Wahlberechtigten 33 Stimmen abgegeben. Es wurden gewählt für den zum Magistratsmitglied gewählten bisherigen Stadtverordneten Herrn Dr. med. Buchheister Herr Dr. Welp mit 22 Stimmen bis Ende 1910. Eine Stimme wurde für Herrn Wilhelm Pohlmann abgegeben. An Stelle des verstorbenen Herrn Fabrikanten Simons wurde der Zigarrenfabrikant Herr H. Beermann (der früher bereits längere Zeit dem Kollegium angehörte) mit 19 Stimmen gewählt bis 1914. Herr Pohlmann erhielt 4 Stimmen. (Glocke.)

* **Niederbecksen,** 30. April. Vor einigen Tagen wurde auf dem Tweltkamp in Oeynhausen an einem schulpflichtigen Mädchen ein Sittlichkeitsattentat verübt. Der Polizei gelang es gestern, den Burschen zu ermitteln. Eine Person, die unmittelbar nach der Tat dem Menschen in der Nähe des Tatortes begegnete und dann das überfallene Kind fand, ermöglichte die Festnahme. Es ist der 19jährige Zigarrenarbeiter Oesker aus Niederbecksen. Der Genannte ist soweit geständig, daß er zugibt, das Mädchen in unsittlicher Absicht überfallen zu haben. Ob er zur Ausführung der Tat gelangt ist, wird die Untersuchung ergeben.

* **Blotho,** 1. Mai. In der Stadtverordnetensitzung am 30. April stand zunächst die Neuverpachtung der Restauration auf dem Amthausberge auf der Tagesordnung. Es waren sieben Pachtangebote eingelaufen. Die angebotene Pachtsumme schwankte zwischen 1500 und 2000 Mk. pro Jahr. Der Zuschlag wurde Herrn Sturhan, einem Blothoer, mit 1700 Mk. erteilt. Die Stadtverordneten gingen hierbei von der Erwägung aus, daß, da der bisherige Pächter immer behauptet habe, daß er bei 2000 Mk. sich ruiniere, und wegen der Höhe der Pachtsumme ja auch die Differenzen mit dem bisherigen Pächter entstanden seien, die Angebote, die bis zu 2000 Mk. gingen, nicht zu berücksichtigen. — Sodann wurde Mitteilung gemacht über das Abkommen mit dem bisherigen Pächter des Amthausberges, welchen die Stadt wegen rückständiger Pacht verklagt hatte. Die Versammlung stimmte einem Vergleiche zu, wonach die Stadt die Klage zurücknimmt und 300 Mk. schwinden läßt. — Es folgt die Mitteilung, daß der Kreisausschuß der von den Stadtverordneten beschlossenen Gehaltserhöhung der Beamten zugestimmt hat. — Ein Gesuch einer Witwe um Armenunterstützung wurde als begründet angesehen und der Armenkommission überwiesen.

se. **Porta,** 30. April. Der Kampf gegen den Konsumverein. Wie oft hört man in der jetzigen Zeit Klagen aus den Kreisen der Besitzenden über den ungeheuren Steuerdruck, der nahezu unerträglich wirke und jegliche Freude am Leben vergälle. Die vollständig unangebrachten Jeremiaden dieser Leute finden ein freudiges Echo bei verschiedenen kleinen Geschäftsleuten. Bei ihrem Jammern und Stöhnen über die schlechten Zeiten vergessen sie aber leider nur allzu sehr, daß sie jetzt ernten, was sie bei den letzten Wahlen zum gegenwärtigen Blockreichstag gesät haben, indem sie der Rattenfängerpfeife und der durch den Fürsten Bülow ihr entlockten Melodie gehorsam folgten. Wenn über die ungerechte Verteilung der Staatslasten gezetert wird, dann wird in den meisten Fällen auch Bezug genommen auf den hiesigen Konsumverein, der zum Aerger der Gegner der Arbeiter noch immer nicht sein Leben ausgehaucht hat.

Der Kampf gegen den hiesigen Konsumverein datiert allerdings schon seit seiner Gründung. Die Direktion der hiesigen Glasfabrik gründete einen eigenen Konsumverein, um den von den Arbeitern gegründeten Verein zu vernichten. In Flugblättern ist dieses Gebaren der Betriebsleitung der Glashütte in genügender Weise gekennzeichnet worden. In neuerer Zeit wendet man nicht nur den offenen Terror gegen die Mitglieder des Konsumvereins als Kampfmittel an, der in der Entlassung weger ihrer Mitgliedschaft zum Konsumverein gipfelt, sondern man versucht mit unsauberen Mitteln und niedrigen Verdächtigungen dem Verein das Leben zu erschweren. Hierzu gehört die vollständig aus der Luft gegriffene Behauptung, daß der hiesige Konsumverein steuerfrei sei, während die Geschäftsleute schwere, unerschwingliche Steuern zahlen müßten. Tatsache ist aber doch, daß die Konsumvereine Steuern zahlen müssen. Ein weiterer Vorwurf, den einzelne kleinere Geschäftsleute gegen den Konsumverein erheben, ist der, daß die Arbeiter, welche Mitglieder des Vereins sind, dazu beitrügen, den Mittelstand zu vernichten. Auch dieses ist nicht zutreffend, sondern dafür sorgt schon die großkapitalistische Entwicklung. Gegen die Konsumanstalt der Gerresheimer Glasfabrik wagen diese Leutchen nicht zu mucksen. Und doch wäre es notwendig, gerade hierüber einmal ein Licht aufzustecken. Denn der Vorwurf, daß der Konsumverein steuerfrei sei, trifft gerade auf die Konsumanstalten der verschiedensten Fabrikbetriebe zu. Bedenkt man aber, daß in einem Werkskonsumverein die Kontrolle über die Höhe der von Arbeitern eingekauften Lebensmittel und der daraus zu ziehende Schluß über die Lebenshaltung der Arbeiter sehr leicht ist, dann sieht man erst die Schäden dieser von Fabrikanten gegründeten „Wohlfahrtseinrichtungen". Wenn die Arbeiter mit Lohnforderungen kommen, dann wird ihnen vorgerechnet, daß sie in diesem und jenem Jahre soviel an Lebensmitteln aus dem Werkskonsumbezogen haben, mit Rücksicht darauf wird dann die Forderung abgelehnt. Für uns ist es ja verständlich, wenn von den kleinen Geschäftsleuten nicht gewagt wird, gegen die Werkskonsumvereine, auch gegen den der Glasfabrik, zu opponieren, sind doch die Gründer, resp. Gönner und Förderer unter den hochmögenden Fabrikdirektoren, Kommerzienräten usw. zu suchen. Gegen diese den Kampf aufnehmen, heißt für die kleinen Krämer ein Auflehnen gegen die nun einmal nach ihrer Ansicht unabänderliche Weltordnung, vielleicht auch vollständiger Ruin. Ferner wird auch behauptet, der hiesige Konsumverein verkaufe an Nichtmitglieder. Dies ist eine glatte Unwahrheit, weit eher ist den Mitteilungen, die uns geworden sind, Glauben zu schenken, daß die Konsumanstalt der Glashütte Waren an nicht auf dem Werk Beschäftigte abgibt. Würde dies von uns geschehen, würden die Behörden bald einschreiten. Gerade in neuerer Zeit sind ganze Kübel von Verleumdungen über den Konsumverein und seine Leitung ausgegossen worden. Unbeschadet dessen trauen wir dem Gros der hiesigen Arbeiterschaft und auch den einsichtigen Personen des Mittelstandes soviel klaren Blick und richtige Erkenntnis zu, daß sie Unrichtigkeiten von der Wahrheit zu unterscheiden vermögen. Die Arbeiterschaft hat aber die Aufgabe, gerade weil man mit allen Mitteln gegen den Konsumverein zu Felde zieht, für die Stärkung dieser Waffe im wirtschaftlichen Kampf zu sorgen.

* **Minden,** 30. April. Verband der Maler und Lackierer usw. Am Freitag, 30. April, wurde auf Grund des Normaltarifes für das Malergewerbe in Minden, Hausberge usw. zum ersten Male mit dem Arbeitgeberverband ein Tarifvertrag abgeschlossen. Danach beträgt der Stundenlohn für Gehilfen über 20 Jahre 44 Pfg. und unter 20 Jahren 40½ Pfg., für Ueberstunden wurde ein Aufschlag von 10 Pfg., für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pfg. pro Stunde vereinbart. An den Sonnabenden ist eine Stunde und an den Tagen vor den hohen Festtagen 2 Stunden früher Arbeitsschluß. Da auch dieser Tarif mit Jahresschluß abläuft, soll bei den nächsten Verhandlungen einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden näher getreten werden. (Bisher besteht die 10stündige Arbeitszeit.)

* **Essen,** 30. April. Auf der Zeche „Hugo" wurden vier Bergarbeiter durch Erdmassen verschüttet, zwei von ihnen konnten nur als Leichen geborgen werden.

Vermischtes.

Ein Fesselballon in Flammen. Berlin, 30. April. Heute vormittag 10¾ Uhr riß sich der Militärfesselballon, der mit einem Infanterieoffizier aufgestiegen war, los und ging in der Richtung nach Wilhelmsruh davon. Plötzlich schlug eine helle Flamme aus dem Ballon heraus. Rasch senkte er sich zu Boden. Die Reste kamen in Reinickendorf-Ost nieder. Der Offizier wurde gerettet. Das Luftschifferbataillon ist zur Hilfeleistung ausgerückt.

Unwetter. Kassel, 2. Mai. Im ganzen Fuldatal wechseln Gewitter, Hagel und wolkenbruchartige Regenschauer ab. Bei dem heftigen Unwetter schlug ein Blitz in den Kirchturm von Fliedern ein. Die Kirche wurde in Brand gesteckt und vollständig zerstört. Auch in die Pfarrkirche des Dorfes Borsch schlug der Blitz. Unter den Kindern, die zu einer Gesangsstunde versammelt waren, brach eine Panik aus. Mehrere wurden ohnmächtig.

Einsturz einer Ballonhalle. Frankfurt a. M., 30. April. Heute mittag kurz nach 12 Uhr stürzte auf dem Platze der Luftschiffausstellung eine mehrstöckige, im Zimmermannsrohbau fertige Halle unter donnerähnlichem Getöse ein. Die Arbeiter konnten sich rechtzeitig retten; nur einer von ihnen wurde schwer, ein anderer leicht verletzt.

Frankfurt a. M., 30. April. Beim Einsturz der Parsevalballonhalle auf dem Gelände der Luftschiffahrtausstellung wurden drei Arbeiter schwer verletzt, davon ist einer, der Zimmermann Konrad Keller, bereits gestorben. Einige Personen trugen leichtere Verletzungen davon. An der Halle, die nach den Plänen der Firma Artur Müller-Berlin und der Firma Gerstner in Mainz ausgeführt wird, wurde seit etwa 8 Tagen gearbeitet.

Kälteſturz und Schneefall. Flensburg, 2. Mai. Bei starkem Kälteſturz trat gestern in ganz Schleswig-Holstein starker Schneefall ein.

Vulkanausbruch in Kamerun. Kamerun, 30. April. Nach einer am gestrigen Tage in Duala aufgegebenen Meldung an das Reichskolonialamt wurde um 7 Uhr eine starke Eruption des großen Kamerunberges beobachtet. Am Berg fiel feiner Steinschlag. Der Ausbruch erfolgte auf der nordwestlichen Seite mit großem Feuerschein. Der Lavastrom nimmt, von Duala gesehen, die Richtung von Nord 58 Grad 8 Minuten West. In Buea war die Lage bis zum Abend des 28. April unverändert. Die dort befindlichen Steinhäuser, namentlich das Gouvernementsgebäude, zeigen durchgehende Risse. Der Sicherheitsdienst in Buea wird aufrechterhalten und bleibt alarmbereit. Schwache Stöße werden andauernd bemerkt. Der Ausbruch des Vulkans dauert an.

Sturm in Amerika. Newyork, 1. Mai. Neue Orkane haben im Mississippi-Tal und den Staaten Tennessee, Missouri, Indiana, Arkansas und Pennsylvania große Verheerungen angerichtet. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt, da die telegraphischen Leitungen zerstört sind. Nach den bisher vorliegenden Meldungen beträgt der Gesamtverlust an Menschenleben mehrere Hundert. Am schlimmsten scheinen die Stürme in Tennessee gewütet zu haben. Die Verluste an Eigentum werden auf 5 Millionen Dollar geschätzt. Der 60 Fuß hohe Wall des Gefängnisses von Michigan City in Indiana ist durch den Sturm zerstört worden. Es wurden Truppen herangezogen, um ein Entkommen der Sträflinge zu verhindern.

Newyork, 2. Mai. Der Sturm hat viel größeren Schaden angerichtet, als man zuerst angenommen hat. 202 Tote und 800 Verletzte sind bisher bekannt. Der Schaden geht in die Millionen.

Newyork, 2. Mai. Infolge der Wirbelstürme sind auf dem Huron und Eriesee zwei Schiffe, die Schonerbark „George Nestor" und der Eisenleichter „Batawia" gestrandet. Elf Personen, die sich an Bord des „George Nestor" befanden, und die Besatzung der „Batawia" von 15 Mann ertranken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Der angekündigte sensationelle Verkauf der

vorjährigen Wasch-Konfektion

und der unter Preis erworbenen Warenposten

beginnt heute

2 Uhr.

Lediglich das Bestreben, jede beginnende Saison mit neuer, frischer Ware zu eröffnen, veranlasst uns, derartige Verkäufe zu veranstalten. ∴ ∴

Im vorliegenden Falle bringen wir, ausser der vorjährigen Wasch-Konfektion, Gelegenheitsposten zu derart billigen Preisen, wie wir solche noch nicht gebracht haben. ∴ ∴ ∴

Dieser Verkauf dauert nur bis 8. Mai.

Aenderungen werden bei diesen Unterpreisposten von uns nicht übernommen. ∴ ∴ ∴ ∴ ∴

Die Abgabe des Quantums behalten wir uns vor.

Angeschmutzte, weiße
Batist-, Kinder- u. Mädchen-Kleider
Serie I früherer Preis 3.00—11.00 **2.00** Serie II früherer Preis 7.50—20.00 **4.00**

Ca. 100 zurückgesetzte Wasch-Kleider
früher bis 12.00 Serie I **75 ₰** Serie II **1.50** Serie III **2.00** Serie IV **3.00**

Ca. 500 weisse Seidenbatist-Blusen
mit Schweizer Lochstickerei, Einsätzen, mit Entredeux, teils mit Passen
Serie I **95 ₰** Serie II **1.45** Serie III **1.95** Serie IV **2.90**

Vorjährige farbige Waschblusen
elegante türkische und imitiert Leinenblusen
früherer Preis bis 7.00 zum Aussuchen **1.50**

Vorjährige weisse Seidenbatist-Blusen
größtenteils angeschmutzt
Serie I früherer Preis bis 8.00 Stück **1.00** Serie II früherer Preis bis 15.00 Stück **2.00**

Kleiner Posten vorjähriger
Wasch-Kinder-Jacketts
imitiert Leinen fonst bis 10.00 **3.90**

Vorjährige
Wasch-Morgenröcke und Matinés
früher bis 16.50
Serie I **2.50** Serie II **5.00**

ca. 30 zurückgesetzte weiße
abgepasste Roben in Kartons
früher 4.75—10.00 zum Aussuchen **2.00**

ca. 1000 ganz feine weisse **Seidenbatist-Blusen**
denkbar beste Verarbeitung, erstklassiges Fabrikat
Serie I **3.50** Serie II **4.90** Serie III **5.75** Serie IV **6.90**

ca. 600 farbige Wasch-Blusen
aus hübschen gestreiften Chemise, Kattun, Zephyr und imit. Leinen
Serie I **1.65** Serie II **1.95** Serie III **2.90**

600 farbige Sommer-Blusen
aus einfarbigem Zephyr mit passenden Einsätzen und Passen hübsche Ripspiqué, Hemdblusen etc.
Serie I **3.35** Serie II **3.90** Serie III **4.90**

300 hübsche neue Wollmusseline-Blusen
aus reinwollener Musseline, moderne Streifen, aparte Fassons
4.90 5.90 6.90 8.75

Posten Jackenkleider
in kleineren Nummern und Neuheiten aus dieser Saison
12.75 19.75 29.00

Farbige Kostüm-Röcke
aus hübschen, hellen, engl. Stoffen
5.75 7.75 11.75

Vorjährige
Sonnen-Schirme
früherer Preis bis 3.75
Serie I **75 ₰** Serie II **1.50**

Enorme Posten
Wasch-Unterröcke
aus prima Stoffen, ganz aparte Neuheiten. :: ::
Serie I **1.85** Serie II **2.90**

Wollbatist-Blusen
ganz auf Futter, neue, streng moderne Fassons
2.65 2.90 3.90

Wollbatist-Blusen
aparte Macharten, mit Einsätzen und Passen ganz auf Futter
5.90 6.75 7.75

Engl. Paletots
aus soliden Stoffen in neuen Mittelfarben
4.50 6.90 9.75 13.50 17.50

Staub-Paletots
aus hübschen, hellen Stoffen, Cavacoat und Gambrastoff
4.50 7.50 10.75 13.50

Ca. 200 weiße angeschmutzte **Knaben-Waschblusen**
mit und ohne Ueberkragen in allen Größen
Wert b. 4.00 Serie I **65 ₰** Serie II **1.00**

Kleiner Posten weiße **Knaben-Anzüge**
— — nur in großen Nummern, passend für Knaben von 6 bis 9 Jahren — —
weil angeschmutzt Serie I **1.95** Serie II **2.90**

Ca. 1500 Russenkittel aus den verschiedensten Stoffen mit schönen echten Borden besetzt
75 ₰ 95 ₰ 1.35 1.95 2.90

2534

S. Alsberg & Co.